Wuppertal Einzelpreis 15 Reichspfennig. Dienstag, den 27. Mai 1930 Nr. 122. 46. Jahrgang

Erscheint täglich nachmittags, außer Sonntags. — Bezugspreis monatlich 2.30 M. — Bei Nichterscheinen keine Erstattung des Bezugsgeldes.

Postscheckkonto: Köln 9928.

Bei allen Ueberweisungen wird um genaue Angabe der Anzeigen- und Zeitungsnummer gebeten.

Freie Presse

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe (35 mm breit) 10 Reichspfennig. Reklamen. 1 mm Höhe (92 mm br.) 40 Reichspfennig. - Anzeigenrechnungen sind sofort zahlbar. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen u. s. teleph. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Bei Störungen durch höhere Gewalt können Ersatzansprüche nicht berücksichtigt werden.

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei für das Bergische Land

Redaktion: Elberfeld, Robertstraße 8a. Fernsprecher 26431. — Hauptgeschäftsstelle: Elberfeld, Robertstraße 8a. Fernspr. 26411. — Nebengeschäftsstelle: Barmen, Ref. Kirchstr. 13-15. Fernspr. 59804. Abonnements- und Anzeigen-Annahme: Langerfeld: Jesinghauserstraße 81. Remscheid, Freiheitstraße 42. Fernspr. 3325. Ronsdorf, Kurfürstenstr. 41 Velbert, Friedrichstraße 136. Fernsprecher 447.

Der Ring um den Düsseldorfer Mörder geschlossen

Kürten schrieb die Briefe

Neue Gegenüberstellungen von Opfern - Die Schriftproben identifiziert Kürten bleibt vollkommen ruhig

In Düsseldorf gibt es naturgemäß kein anderes Gesprächsthema, als die Verhaftung des 47jährigen Kutschers Peter Kürten. Die Wahrscheinlichkeit, daß Kürten der langgesuchte Vampir von Düsseldorf ist, ist in der Tat sehr groß. Auch die Düsseldorfer Kriminaldirektion, die zuerst ziemlich skeptisch war, neigt jetzt mehr und mehr dazu, diese Wahrscheinlichkeit zur Sicherheit werden zu lassen. Nur die Berliner Kriminalpolizei ist noch ziemlich zurückhaltend in ihrem Urteil. Ihr Schriftsachverständiger Schneikert ist vorläufig der einzige Beamte aus dem Stab der Berliner Kriminalpolizei, der zur Teilnahme an den notwendigen Ermittlungen nach Düsseldorf gefahren ist.

Mit Ausnahme der Ermordung der Emma Große gibt Kürten die Täterschaft aller Sexualmorde zu, die in den Gesamtkomplex der Düsseldorfer Lustmordserie fallen. Kürten soll auch eingestanden haben, der Schreiber jener zwei Briefe zu sein, in denen der Täter jedesmal 24 Stunden nach der Tat die Tatorte und die Stelle der Leichenvergrabung bekannt gab. Diese Briefe sind nach der Ermordung der Maria Hahn und der kleinen Gertrud Albermann geschrieben worden. Die Aufgabe des Schriftsachverständigen Schneikert aus Berlin wird es sein, festzustellen, ob Kürten mit dem Autor dieser Briefe identisch sein kann. Des Ueberfalls auf die Angestellte K., der zur Entlarvung Kürtens führte, des Mordversuchs an der Hausangestellten Gertrud Schulte und des Ueberfalls auf Frau Ida Meurer ist Kürten bereits überführt. Man fragte ihn nach den Motiven seiner Verbrechen. Er antwortete nur: „Ich habe mich an der Menschheit rächen wollen!"

Besonders dramatisch gestaltete sich die Gegenüberstellung mit Frau Meurer, die von dem Täter am 25. Oktober 1929 überfallen worden ist, die aber mit dem Leben davon kam. Frau Meurer wurde am Sonntag zu den Vernehmungen herangezogen. Kürten wurde mit 20 anderen Personen in eine Reihe gestellt, ohne besonders aufzufallen.

Als Frau Meurer vor Kürten angelangt ist, läuft ein aufgeregtes Zucken über ihr Gesicht. Sie veranlaßt ihn, einige Worte zu sprechen. Der Mann tut, wie ihm geheißen wird. Entsetzt ruft Frau Meurer aus: „Der ist es gewesen, ich erkenne ihn an der Stimme, an seinem Aussehen, an allem!" Kürten bleibt ruhig, sagt nichts, lächelt . . . Frau Meurer: „Was haben Sie denn nun eigentlich an jenem Abend mit mir vorgehabt?" Kürten: „Ich wollte Sie erwürgen." Frau Meurer schreckt zusammen. Sie kann einige Minuten kein Wort reden. Dann hat sie sich gefaßt, fragt mit zitternder Stimme: „Ja, weshalb denn eigentlich?" Kürten sieht seinem Opfer in die Augen, stockend kommt es aus ihm: „Den Grund . . ., den Grund . . ., ach, das verstehen Sie eigentlich nicht, das versteht überhaupt keiner, auch nicht die Polizei, das ist so merkwürdig und schwer zu verstehen. Ich weiß es im Grunde selber nicht. Ich wollte Sie eben ermorden. Ich mußte es tun." Im polizeilichen Vernehmungsraum ist es unheimlich still. Man weiß nicht recht: spielte der Unhold nur Theater? Oder sprach wirklich die Stimme eines entsetzlichen Dämons aus ihm? — Dann ist Kürten wieder ganz sachlich, ganz Fachmann seines grausigen Metiers. Er berichtigt die eine oder andere Ungenauigkeit in der Darstellung von Frau Meurer . . .

Die unheimliche Ruhe des Vampirs macht bisweilen sogar einer gewissen Dreistigkeit Platz. Als einer der Beamten, den die Vernehmung sehr anstrengt, sich den Schweiß von der Stirne wischt, erklärt ihm der Mörder: „Das ist nichts für jemand, der so beleibt ist."

*

Die Düsseldorfer Kriminalpolizei teilt mit, daß das Ergebnis ihrer Feststellungen über die Mörderbriefe noch nicht abgeschlossen ist. Kürten habe inzwischen zugegeben, daß er mehrere Briefe geschrieben habe, um das Publikum zu beunruhigen. Den ersten Brief habe er Ende September an den „Düsseldorfer Stadtanzeiger" gerichtet und ihn selbst dort eingeworfen. Auf diesen Brief hat er nach seinen Angaben in einem Schreiben an die Polizei Bezug genommen. Dieser Brief ist aber niemals zur Kenntnis der Polizei gelangt.

Der Schreibsachverständige Dr. Schneider hat bereits festgestellt, daß nur Kürten der Urheber der vorliegenden Mörderbriefe sein kann. Er ließ Kürten die Briefe unter den gleichen Materialbedingungen nochmals schreiben und konnte bei einem Vergleich mit den Originalen die absolute Gleichartigkeit feststellen.

Schiedsspruch Eisenindustrie Nord-West

Aenderungen des Rahmentarifs - Senkung der Eisenpreise Schiedsspruch auf ein Jahr befristet

Bochum, 27. Mai. (Eigener Funkspruch.)

In Bad Oeynhausen wurde am Montagabend nach langwierigen Schlichtungsverhandlungen für die Nordwestgruppe der Eisenindustrie ein Spruch in der Lohn- und Preisfrage gefällt.

Der Spruch sieht die Aufhebung jener Akkordklausel vor, die seinerzeit nach dem großen Kampf der Metallarbeiter von dem Reichsminister des Innern, Severing, festgelegt wurde, wonach die geltenden Akkordsätze nicht geändert werden dürfen, soweit das nicht durch wesentliche technische und organisatorische Veränderungen oder Neuerungen in der Eisenindustrie erforderlich ist. Die Arbeitgeber verpflichteten sich als Aequivalent zu einer Senkung der Eisenpreise. Sie machten gleichfalls folgendes Angebot:

Es soll eine Ersparnis bis zu 10 Prozent der Gesamtlöhne und Gehaltssummen eintreten. Die Tarifgehälter und Tariflöhne bleiben dabei unberührt. Gleichzeitig bieten die Arbeitgeber an, den Akkordrichtsatz der Hilfsarbeiter und den Lohnsatz der in Zeitlohn entlohnten 21jährigen Arbeiter unbeschadet des laufenden Lohntarifs um ein Geringes zu erhöhen. Auf der anderen Seite soll die Minderung der Verdienste der Arbeiter nur dann eintreten, wenn die Eisenindustrie den Preisabbau einen Monat vorher durchführt und zwar in einem Umfange, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen entspricht. Die Gesamtlohnsumme im Bezirk der Eisenindustrie Nordwest beträgt rund 530 Millionen Mark, so daß theoretisch eine Ersparnis von 53 Millionen Mark erzielt würde. Praktisch rechnet man jedoch nur mit rund 30 Millionen Mark Ersparnis, weil Härten im Lohnabbau nach Möglichkeit vermieden werden sollen.

Die Forderung der Schlichter wurde in dem Schiedsspruch zum Teil verankert. Es wurden jedoch auch einige Abänderungen des bisherigen Rahmentarifs zugunsten der Arbeitnehmer vorgenommen. Der Schiedsspruch soll wegen seines experimentalen Charakters bis zum 31. Mai 1931 befristet sein. Er kann erstmalig am 1. April 1931 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am 2. Juni ab.

Die Lübecker Aerzte kaltgestellt

Lübeck, 27. Mai (Eigener Funkspruch)

Die Lübecker Bürgerschaft nahm am Montag zu dem furchtbaren Säuglingssterben Stellung. Die leitenden Medizinalbeamten verteidigten sich persönlich. Sie scheinen sich jedoch bisher über das Ausmaß und die Auswirkung der entsetzlichen Katastrophe immer noch nicht klar geworden zu sein. Als die tödliche Wirkung der Vaccine bereits feststand, hat man es

nicht einmal für notwendig gehalten, die noch in den Händen der Hebammen befindlichen Ampullen zurück zu fordern!

Nicht weniger belastend ist, daß der verantwortliche Tuberkulose-Medizinalrat, Prof. Deicke, angeblich in der ersten Erregung die in seinen Händen befindliche giftige Flüssigkeit weggoß, statt zur genauen Untersuchung sicherzustellen.

Die sozialdemokratischen Redner übten an dem Verhalten der Aerzte schärfste Kritik und forderten, daß die Aerzte Deicke und Altstedt zur Disposition gestellt werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien nahmen sämtlich für die Aerzte Partei. Der Antrag der Sozialdemokratie wurde trotzdem mit knapper Mehrheit angenommen.

Verkleinerung des Reichstags?

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, ist im Reichsfinanzminanzministerium ein vorläufiger Referentenentwurf für das Ausgabensenkungsgesetz fertiggestellt. Der Entwurf wird in der nächsten Zeit vom Kabinett beraten werden. Er sieht sehr einschneidende Maßnahmen im Hinblick auf den Behördenabbau und auf beamtenrechtlichem Gebiete vor. Weiter wird in dem Gesetz auch der Vorschlag gemacht, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern, und zwar soll das geschehen durch eine Aenderung des Wahlgesetzes. Das bisherige Wahlgesetz bestimmt, daß auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministeriums soll erst auf 80000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Das würde bedeuten, daß nach den Ziffern der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 der Reichstag nicht 490, sondern, wenn die zersplitterten Parteien mitgerechnet werden, nur 384 Abgeordnete zählen würde. Es würde also eine Ersparnis von mehr als hundert Abgeordneten bringen.

Der zweifelhafte Finanzminister

Der Reichsfinanzminister hat dieser Tage in Köln in einer volksparteilichen Versammlung eine Rede gehalten, in der er nach dem Bericht eines Kölner Blattes, das ihm lokal- und parteipolitisch sehr nahe steht, u. a. gesagt haben soll, die Sozialdemokratie habe sich in der kritischen Zeit geweigert, die Verantwortung für die Schritte zu übernehmen, die für die Gesundung unseres Volkes unbedingt notwendig gewesen seien. Die jetzige Regierung sei fest entschlossen, das Ziel der Sanierung mit allen Mitteln durchzusetzen, wenn erforderlich, auch ohne Reichstag. Die Regierung habe zu regieren, und der Reichstag zu kontrollieren, ein Parlament, das auch regieren wolle, dürfe es nicht geben. Wenn der Damm zu reißen drohe, komme es nicht darauf an, daß die letzten Gesetze der Aesthetik erfüllt würden, dann gelte es zu handeln, wobei auch ganz ruhig ein paar Schönheitsfehler mit in Kauf genommen werden könnten.

Am Montag hat der sozialdemokratische Abg. Dr. Hilferding zu diesen Ausführungen Moldenhauers das Nötige gesagt. Er hat die falsche aber jetzt so beliebte Darstellung der Motive der Sozialdemokratie zurückgewiesen, und die überaus gefährlichen verfassungsrechtlichen Seitensprünge Moldenhauers in das rechte Licht gerückt. Aber der Angegriffene ist ausgewichen. Das, was im Bericht des Kölner Blattes steht, will er entweder nicht gesagt haben, oder wenn er es gesagt habe, so sei es anders gemeint gewesen. Er habe darauf hinweisen wollen, daß die Sozialdemokratie die Regierung verlassen hätte, weil sie die Verantwortung für die sozialpolitischen Folgen der eingeleiteten Gesetzgebung nicht tragen zu können erklärte. Er habe nicht von der Notwendigkeit gesprochen, ohne den Reichstag zu regieren, sondern er habe die Auflösung des Reichstags und den Appell an die Wähler für den Fall in Aussicht stellen wollen, daß das Parlament der Annahme der von der Regierung für erforderlich gehaltenen Gesetze widerstrebe.

Natürlich müssen wir die Auslegung, die der Finanzminister seinen Worten gibt, als authentisch gelten lassen. So hat er es gesagt und so hat er es gemeint, und wir können nur beklagen, daß das Kölner Blatt über die Rede eines ihm nahestehenden Ministers einen so schlechten Bericht herausgibt. Daß einmal ein einzelner Satz einer Ansprache mißverstanden wird, kommt sicher häufig genug vor. Aber daß der ganze Sinn falsch wiedergegeben wird, ist ein Pech, das einem Redner doch seltener zustößt. Vielleicht äußert sich die „Kölnische Zeitung" selbst einmal über diesen Gegenstand und teilt uns mit, ob sich Herr Moldenhauer nicht doch am Ende über wichtige staatsrechtliche Probleme zum mindesten recht zweideutig geäußert hat.

Aus ihrer heutigen Morgenausgabe könnte man entnehmen, daß Herr Moldenhauer in etwas eigenartigem Lichte erscheint, denn die „Kölnische Zeitung" läßt ihn selbst, wie der Wortlaut der folgenden Notiz zeigt, erklären, der Bericht habe gestimmt. Dann aber wird das berühmte Versteckspiel weiter betrieben und gesagt, der Bericht sei „nur sehr zusammengedrängt" worden. Wir drucken die „Randnote" hiermit zur eigenen Beurteilung unserer Leser ab, sie steht an der Spitze der heutigen Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung":

„Am Samstag und Sonntag hat der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer vor seinen Parteifreunden in Köln und Godesberg über die Finanzlage des Reichs gesprochen. Er wurde deshalb von den Sozialdemokraten bereits gestern im Reichstag gestellt. Ihre Angriffe stützten sich auf den Bericht der „Kölnischen Zeitung", und der Minister meinte in seiner Erwiderung, der Bericht lasse „falsche Auslassungen" zu. Wie dann aus einer Aeußerung des Abgeordneten Pfleger hervorging, ließ auch diese Erklärung „falsche Auslegungen" zu. Dr. Moldenhauer selbst sagte nämlich unserm Vertreter: „Der Bericht der „Kölnischen Zeitung" stimmt, er ist nur sehr zusammengedrängt und daher von den Fraktionen in ihrem Sinne ausgelegt worden." Wir haben es also nicht nötig, die Zuverlässigkeit unserer Berichterstattung ausdrücklich zu betonen; sie ist nicht angezweifelt worden. Leider stimmt der Bericht der „Kölnischen Zeitung" auch in dem, was Dr. Moldenhauer zur Frage der Reichsreform sagte. Er meinte, die Frage Bayern trete „unbedingt" zurück hinter der des Dualismus zwischen Reich und Preußen. Wir sind bekanntlich anderer Auffassung und halten die Frage Bayern geradezu für das Kernproblem einer allerdings nicht „differenzierenden" Gesamtlösung. Aber da es immerhin möglich ist, daß auch in diesem Punkt unser Bericht „nur sehr zusammengedrängt" war und daher noch einiger Erläuterungen bedarf, wollen wir uns mit dem Reichsfinanzminister über die Fragen der Reichsreform vorläufig nicht auseinandersetzen."

Man sieht, daß trotz Reichstagsdebatte und „Randnote" der Fall nicht erschöpfend geklärt ist. Aber Herr Moldenhauer hat sich zu einer Wendung in dem Bericht der „K. Z." auch gestern im Reichstag bekannt, nämlich zu der, daß die Regierung zu regieren und der Reichstag zu kontrollieren habe. Auch sie ist bedenklich



Vom Potsdamer „Blutschande"-Prozeß

1. Gertrud Frenzel, die von ihrem Vater vergewaltigt sein will. Sie liegt augenblicklich infolge Nervenzusammenbruchs im Krankenhause. — 2. Frau Pfarrer Schenk, die Beherrscherin der Gertrud Frenzel. — 3. Pfarrer Schenk.

und angreifbar genug. Das Parlament hat nicht nur zu kontrollieren, sondern auch die Regierung zur Verantwortung zu ziehen und sie eventuell durch die Entziehung des Vertrauens zum Rücktritt zu zwingen. Die Regierung regiert, aber auch wenn sie noch so stark ist oder sich als noch so stark gebärdet, so trägt sie die Verantwortung gegenüber der Volksvertretung. Doch von diesem Grundsätzlichen abgesehen, nimmt sich die häufige Unterstreichung der führenden Stellung des Kabinetts durch die gegenwärtigen Minister und namentlich durch den Reichsfinanzminister etwas komisch aus. Wo war denn Herr Moldenhauer, als es sich darum gehandelt hätte, die ursprüngliche Vorlage aufrecht zu erhalten, die das Kabinett Müller, dem er doch ebenfalls angehörte, zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gemacht hatte? Und war das schon ein Regieren, als schließlich die Steuergesetze — wie wir doch annehmen dürfen wider die bessere Ueberzeugung des Reichsfinanzministers — mit Rücksicht auf die Gruppen und Grüppchen, der man zur Mehrheitsbildung bedurfte, in wesentlichen Punkten verändert wurden? Man sollte darauf verzichten, sich einer Stärke zu rühmen, die man nicht besitzt, und der Minister eines einstweilen noch demokratisch-parlamentarisch regierten Staatswesens sollte sich zu gut dafür sein, in seinen Reden Wendungen zu gebrauchen, die den gedankenlosen Nachbetern antiparlamentarischer Phrasen Wasser auf ihre Mühlen liefern.

Sondersteuer wird geschoben

Der Reichstag beschäftigte sich am Montag mit der Sonderumsatzsteuer gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Es lagen hierzu vier Anträge vor: ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Aufhebung der Steuer vom 1. April 1930 ab, ein Antrag des Zentrums ersucht die Regierung, im Herbst oder bei der in Absicht gestellten Reform der Umsatzsteuer einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Sonderumsatzsteuer vorzulegen. Ein Antrag der Demokraten ersucht die Regierung, die Erhebung der Sonderumsatzsteuer auszusetzen, während ein Antrag der Wirtschaftspartei die Sonderumsatzsteuer bestehen lassen will, aber die allgemeine Umsatzsteuererhöhung von 0,10 v. H. sowie die Mineralwassersteuer ausgesetzt wissen will.

Alle Anträge wurden gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten dem Steuerausschuß des Reichstages überwiesen. Trotz der Gegensätze innerhalb der Regierungsparteien, die auch in der Debatte zum Ausdruck kamen, sind sie darin einig, daß die Entscheidung über das Schicksal der Sonderumsatzsteuer auf unabsehbare Zeit vertagt werden soll. Das ist insbesondere die Meinung des Zentrums, das durch seinen Antrag lediglich den Anschein erwecken will, als ob es die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, die bei seinen Arbeiter-Anhängern die größte Erbitterung ausgelöst hat, beseitigen wolle. In Wirklichkeit beugt sich das Zentrum dem Druck der Wirtschaftspartei und opfert ihm die Interessen der Konsumgenossenschaften und Verbraucher.

Polnisch-deutscher Grenzzwischenfall

Amtlich wird mitgeteilt: Am 24. Mai, 21 Uhr, sind zwei polnische Grenzpolizeibeamte, die **unbefugterweise die deutsch-polnische Grenze überschritten** hatten und in das deutsche Grenzpolizeiamt in Neuhöfen eingedrungen waren, in diesem Hause durch deutsche Grenzpolizeibeamte festgenommen worden. Sie widersetzten sich unter Anwendung ihrer Dienstwaffen der Festnahme und verwundeten einen deutschen Beamten, so daß dieser von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Unmittelbar darauf unternahmen andere polnische Grenzbeamte unter Ueberschreitung der Grenze einen Befreiungsversuch, indem sie eine große Anzahl von Schüssen auf das deutsche Grenzpolizeigebäude und die deutschen Beamten abgaben. Die Verletzungen des deutschen Beamten, der vier Schüsse erhalten hat, sind ungefährlich; der eine festgenommene polnische Beamte hat **einen Bauchschuß** erhalten, dem er am Vormittag des 26. Mai erlegen ist. Die Vernehmungen zur völligen Klärung der Angelegenheit sind noch im Gange. Weitere Mitteilungen werden nach Abschluß dieser Vernehmungen und Eingang des Berichtes an das zuständige Ministerium erfolgen.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die polnische Regierung wegen des Zusammenstoßes von deutschen und polnischen Grenzwächtern bei Münsterwalde bestimmte Forderungen an die Reichsregierung zu richten beabsichtigt und entsprechende Instruktionen an ihre diplomatische Vertretung in Berlin bereits erteilt hat. Die polnische Regierung verlangt nach unserer Information eine Untersuchung des Vorfalls durch eine gemischte Kommission, die Befreiung der beiden angeblich auf deutschem Boden und von deutschen Beamten verhafteten polnischen Offiziere und Zahlung einer Entschädigung, sowie die Bestrafung der schuldigen deutschen Beamten.

Die verkalkten Demokraten

Der Reichsparteiausschuß der Demokratischen Partei hat am Sonntag in Halle getagt. Er endete nach Reden von Professor Hellpach und Koch-Weser mit der Annahme einer von Frau Bäumer vorgelegten Entschließung mit 118 gegen 25 Stimmen. Der Kern dieser Entschließung liegt in dem folgenden Satz: „So bekennt sich der Parteiausschuß zu einer Neubelebung und Aktivierung der Deutschen Demokratischen Partei." Es liegt in dieser Entschließung das Bekenntnis, daß die Demokratische Partei alt, müde und greisenhaft geworden ist und daß sie bis an den Rand der Selbstaufgabe gelangt ist!

Die Demokratische Partei konnte in der letzten Zeit nicht leben und nicht sterben. Ihr Parteiausschuß hat beschlossen, daß sie leben soll, aber ob Beschlüsse allein hinreichend sind, um ihr neues Leben einzuflößen, ist fraglich. Neubelebung und Aktivierung, das heißt, sie wollen von vorne anfangen. Der Parteiausschuß hat ferner eine Art Aktionsprogramm aufgestellt. Aus diesem Programm geht hervor, daß es sich bei der Neubelebung im wesentlichen nur um das Weitermachen im alten Stil handeln soll. Zur Arbeitslosenversicherung forderte dies Aktionsprogramm einen Abbau der Leistungen auf dem Wege der Bildung von Gefahrenklassen, auf dem Gebiet der Finanzpolitik erhebt das Programm Bedenken gegen neue Steuern und die Wirtschaft belastende Auflagen und fordert die schleunige Vornehmung eines Sparprogramms.

Keine neuen Steuern und Einsparungen — das ist sicher eine allgemeine Forderung, aber ebensogut konnte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Quadratur des Zirkels fordern!

Der Sinn dieser Tagung ist also: Es bleibt bei den Demokraten alles beim alten.

Hindenburg stinglt mit

Ungesetzliche Extrazahlung

Die Münchener Meldung, daß der Reichspostminister a. D. Stingl sich vertraglich eine Pension ausgedungen hat, die mindestens 5000 Mark jährlich höher ist als die ihm zustehende Pension, und daß diese Differenz aus dem Unterstützungsfonds des Reichspräsidenten gezahlt wird, wird von den amtlichen Stellen keiner Erwiderung gewürdigt. Wie uns auf Erkundigung mitgeteilt wird, ist der in der Münchener Meldung dargestellte Sachverhalt durchaus zutreffend.

Gewaltige Kundgebung der freien Gewerkschaften in Essen

Hände weg von der Sozialversicherung!

Energische Forderungen

Der Bezirksausschuß des ADGB. Rheinland-Westfalen-Lippe veranstaltete am Sonntag in Essen eine machtvolle Kundgebung, die von über 2000 Funktionären besucht war. Ihr stärkster Erfolg beruht in der Uebereinstimmung, daß die Angriffe der Sozialreaktion mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt werden müssen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat Franz Spliedts vom Vorstand des ADGB., in dem er deutliche Abrechnung mit Brünings Reaktionskurs hielt. Mit scharfen Worten brandmarkte der Redner auch das Verhalten des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, die jetzt glauben, ohne die Hilfe der SPD. und der freien Gewerkschaften mit den schwierigsten sozialpolitischen Problemen der Gegenwart fertig zu werden. Demgegenüber hätten die freien Gewerkschaften zu erklären, daß sie zwar den Kampf nicht provozieren, ihm aber auch nicht ausweichen werden, wenn es hart auf hart geht.

Als die wichtigsten Aufgaben im Rahmen der Sozialpolitik seien zu betrachten: die Beseitigung der anarchischen Zustände auf dem Arbeitsmarkt und die Verkürzung der Arbeitszeit. Hier gelte es, alle Kräfte anzuspannen, damit das große Arbeitslosenheer verringert werde. Es sei gewiß richtig, daß das Reich sich in Finanzschwierigkeiten befindet, auf keinen Fall aber dürfe Sparsamkeit durch ein Attentat auf die Erwerbslosenversicherung geübt werden, woran nicht gespart werden könne, da die Leistungen in keiner Weise unangemessen sind. Wer sich aber hier heranwage und soziale Verschlechterungen herbeiführen wolle, müsse damit rechnen, daß er von den freien Gewerkschaften und der SPD. energisch abgewiesen werde. Die Bereitschaft zur Beseitigung irgendwelcher Mißbräuche bei der Arbeitslosenversicherung sei von den freien Gewerkschaften immer wieder betont worden, nicht aber könne ein Kompromiß zustandekommen über den Abbau der sozialen Einrichtungen, die sowieso nur ein Minimum dessen an Unterhaltung gewähren, was eine Arbeiterfamilie zum notwendigsten Lebensunterhalt gebraucht.

Nachdem der Redner die Verschlechterungsanträge noch im einzelnen kritisch beleuchtet hatte und nachweisen konnte, wie sinnlos die Gegner der Sozialpolitik vorgehen, ermahnte er die anwesenden Funktionäre, auf dem Posten zu sein, damit die kommenden Kämpfe um die Sozialversicherung erfolgreich für die werktätigen Schichten durchgefochten werden können. In einem Appell, die Organisation zu stärken und sich zu jeder Stunde zum Kampf für die lebenswichtigen Interessen der Arbeiterklasse bereit zu halten, schloß der Redner seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die prachtvolle Kundgebung wurde beendet mit einem einmütigen Treugelöbnis der Funktionäre und einem brausend aufgenommenen Hoch auf die freie Gewerkschaftsbewegung.

Das Steuer-Ermächtigungsgesetz angenommen

Hilferding stäupt Moldenhauer

Ein blamierter Held

Es ist eine alte Erfahrung: je schwächer einer ist, um so mehr beißt er den starken Mann heraus. Niemand zeigt das deutlicher als der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Geleistet hat er bisher nichts. Die Finanzgesetze, die unter seiner Regierung angenommen worden sind, hat er unter dem Druck der Regierungsparteien hinnehmen müssen. Dieser selbe Moldenhauer reist aber ins Land und hält draußen Reden, die ihn als den großen Führer der Reichsfinanzen hinstellen sollen.

Am Samstag hat er in Köln gesprochen. (Siehe unseren heutigen Leitartikel.) Er hatte das Pech, daß die ihm nahestehende „Kölnische Zeitung" einen ausführlichen Bericht veröffentlichte. Danach hat er gesagt, daß die Sozialdemokratie sich aus der Regierung entfernt habe, weil sie die Verantwortung für die Sanierung der Reichsfinanzen nicht habe übernehmen wollen. Ferner hat der Reichsfinanzminister gedroht, ohne den Reichstag regieren zu wollen. Mit leichtem Achselzucken und ironisch meinte er, die Regierung werde sich durch Rücksichten auf Aestethik nicht abhalten lassen.

Der Finanzminister drohte also glatt mit einem Verfassungsbruch.

Dr. Hilferding stellte ihn zu Beginn der Montagsitzung des Reichstages. Er verlangte von dem Reichsfinanzminister Aufklärung über diese unerhörte Rede. Hinsichtlich des Austritts der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung sei das Gegenteil des von Moldenhauer Gesagten richtig. Gerade die Sozialdemokratie habe durch sofortige Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung die Sanierung der Finanzen verlangt. Die Moldenhauersche Rede zeige, daß er den Reichstag noch unter die Bedeutung des Reichstages in der Kaiserzeit herabdrücken wolle. Herr Moldenhauer soll sich gesagt sein lassen, daß die Verfassungsfragen für die Sozialdemokratie nicht ästethische, sondern Gewissensfragen seien.

Der heldenhafte Reichsfinanzminister machte während der Rede Hilferdings ein Gesicht, als sei er aus allen Wolken gefallen. Dann erhob er sich und

gab unter wachsendem Erstaunen des Hauses seine Kölner Rede ganz und gar preis.

Er wollte ganz etwas anderes gesagt haben, als ihm sein Kölner Blatt in den Mund gelegt hat. Vielleicht wußte er selbst nicht mehr, was er in der Stadt des rheinischen Karnevals zusammengeredet hat. Man wird nach dem Auftreten Moldenhauers in der Montagsitzung des Reichstages in Zukunft seine Reden im Land noch weniger ernst zu nehmen haben als seine Reden im Reichstag. Herr Moldenhauer ist als Reichsfinanzminister die unzulänglichste Erscheinung, die je auf diesem Platz gestanden hat.

Die Aussprache über die Kölner Rede Moldenhauers, auf die auch mehrere andere Parteiredner eingingen, knüpfte sich an die

Beratung des Ermächtigungsgesetzes

zu steuerlichen Maßnahmen, ferner an die Beratung des Gesetzentwurfes über die Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen in Verbindung mit den Anträgen über Aenderung des Umsatzsteuergesetzes. Der sozialdemokratische Sprecher, Dr. Hilferding, führte den Nachweis, daß dieses Gesetz verfassungsändernd sei, also mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müsse. Dagegen bestritt der Demokrat Fischer, daß eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig sei. Nicht weniger deutlich machte später noch der Demokrat Reinhold dem Reichsminister klar, daß dieser in Köln Unsinn geredet habe. Spöttisch meinte Reinhold, der Finanzminister sollte sich doch endlich den Ruf nach einem starken Mann schenken und im Reichstage durch die Tat beweisen, daß er der starke Mann sei.

Die Debatte wandte sich dann den Anträgen auf Abänderung der Umsatzsteuer zu. Die Sozialdemokratie hat die

Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine

beantragt. Infolgedessen kam auch in anderen Parteien Leben. Das Zentrum beantragte, spätestens im Herbst eine Gesamtreform der Umsatzsteuer vorzunehmen. Die Demokraten beantragen, die Erhebung der Sonderumsatzsteuer zunächst auszusetzen und die Wirtschaftspartei verlangt die Herabsetzung der allgemeinen Umsatzsteuer um 0,10 v. H., will aber die Sondersteuer für Warenhäuser und Konsumvereine bestehen lassen. Ueberraschenderweise verlangt die Wirtschaftspartei auch die Aufhebung der Mineralwassersteuer. Sämtliche Reden der Regierungsparteien zeigten, wie schwer sie jetzt schon an der verpfuschten Finanzreform zu tragen haben.

Dr. Hertz von der Sozialdemokratie hielt dem Zentrum vor, daß dessen Antrag eine Verschleppung der Aufhebung der Sonderumsatzsteuer auf Jahre bedeute. Er erklärte, daß Ausschußberatungen über den sozialdemokratischen Antrag gar nicht nötig seien, denn das bedeute eine Vertagung auf unbestimmte Zeit. Er verlangte die Abstimmung noch am Montag. Der Deutschnationale Wienbeck verspottete mit Recht die Anträge der Wirtschaftspartei und des Zentrums. Er meinte, ob der Zentrumsantrag ein Sühneopfer für Herrn Schlack bedeute? Er fragte die Wirtschaftspartei, warum sie denn vor 6 Wochen für die Mineralwassersteuer gestimmt habe, wenn sie jetzt schon wieder aufgehoben werden soll. Er verhöhnte die Wirtschaftspartei auch deshalb, weil diese nicht vorausgesehen habe, daß die Warenhaussteuer abgewälzt werde.

Sämtliche Anträge zur Umsatzsteuer wurden schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dem Steuerausschuß überwiesen. Das Ermächtigungsgesetz zu steuerlichen Erleichterungen wurde mit einfacher Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, in der Einleitung zu diesem Gesetz festzustellen, daß es verfassungsändernd ist, wurde im Hammelsprung mit 174 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 156 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Nationalsozialisten haben sich also diesmal mit den Sozialdemokraten für den Schutz der Verfassung erhoben.

Blutige Kämpfe in Indien

London, 27. Mai (Eigener Drahtbericht)

Der Sonderkorrespondent des „Daily Herald" in Indien berichtet, die eingeborenen Polizeibeamten seien nur sehr schwer zu bewegen, gegen die Anhänger Gandhis vorzugehen. Die englische Regierung müsse bald zu einem Uebereinkommen mit der Gandhi-Bewegung kommen. Im anderen Falle sei die militärische Besetzung Indiens unvermeidlich.

Die Lage in Indien hat sich in den letzten 24 Stunden sehr verschärft. Streiks und Kämpfe mehren sich an zahlreichen wichtigen Orten. Außer den üblichen Verhaftungen ist es am Montag mehrfach zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei konnte vielfach der Lage nicht mehr Herr werden. An verschiedenen Stellen wurde Militär zur Unterstützung herangezogen.

In Burma wurden acht Personen getötet. Alle Läden der Stadt wurden nach dem Zwischenfall geschlossen. Es ist mit der Verhängung des Ausnahmezustandes zu rechnen. In Peschawar und Umgebung wurden verschiedene Salzdepots von großen Menschenmassen angegriffen. Den Eingeborenen gelang es, in das Depot Kharagoda einzudringen und sich der Salzvorräte zu bemächtigen. Als die Polizei eingriff, wurden über 100 Personen verletzt; davon vier schwer. In Rangoon hat es 12 Tote und 52 Verletzte gegeben. Hier bildeten Kämpfe zwischen streikenden Dockarbeitern und Arbeitswilligen die Ursache des Eingreifens der Polizei. Auch in Delhi kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. 50 Personen wurden verletzt. In einem Dorfe bei Mardan wurde ein englischer Offizier getötet.

Indiendebatte im Unterhaus

London, 27. Mai. (Eigener Funkspruch.)

Das Unterhaus beschäftigte sich am Montag in später Stunde mit den Vorgängen in Indien. Der konservative Sprecher versuchte, die Kommunisten als Quelle des Uebels hinzustellen, ohne jedoch im Hause Widerhall zu finden. Der Redner der Arbeiterpartei sprach sich über den eventuellen Erfolg einer britisch-indischen Konferenz sehr kritisch aus.

Als der Staatssekretär für Indien, Benn, das Wort ergriff, kam es zu einem lebhaften Zwischenfall mit einem Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei. „Was ist die Pflicht der Regierung?" erklärte der Staatssekretär, darauf entgegnete der Abg. Brown: „Das letzte Wort, das eine Arbeiterregierung notwendig hat, ist die schmutzige Arbeit des Imperialismus zu besorgen." Dieser Zwischenruf erregte stürmischen Protest auf vielen Bänken. Benn erwiderte, er fühle sich durch den Zwischenrufer nicht verletzt, weil das Parlament die Stätte sei, wo jede Meinung zum Ausdruck kommen müsse. Zu Brown sagte der Unterstaatssekretär in ernstem Tone: „Glauben Sie, daß alle die Vorgänge nicht auch für mich eine Quelle tiefster Sorge sind?"

Es sei die Pflicht der Regierung, daß sie ihre Aufgabe erfüllt. Es sei im Interesse Indiens selbst, daß die Ordnung aufrecht erhalten wird. Selbstverständlich sei die Gewalt kein Heilmittel und England wünsche, daß alle Indier, gleich welchen Stammes und welcher Rasse sie auch angehören, als freie und gleichberechtigte Bürger in das britische Reich eingehen könnten. Bis dahin seien jedoch noch große Schwierigkeiten zu überwinden und diese seien hauptsächlich indische Fragen und indische Schwierigkeiten. Indien müsse selbst eine Lösung dafür finden. Die Politik für Indien stehe fest und das Ziel dieser Politik werde von den englischen Parteien gebilligt. Zu den Konservativen gewandt, sagte der Unterstaatssekretär: es habe eine Schule gegeben, die Indien gerade gut als Ausbeutungsmittel für britische Interessen gehalten hat, aber, so fügte Benn hinzu: „wenn solcher Glaube noch länger bei einem großen Teil der öffentlichen Meinung aufrecht erhalten würde, so wären die Tage der Verbindung zwischen England und Indien gezählt.

Zum Schluß gab der Minister seiner Hoffnung Ausdruck, daß es bald gelingen werde, die Tragödie zu beenden und die beiden Völker zusammen zu führen.

Morgen Start nach Havanna

Neuyork, 27. Mai. (Eigener Funkspruch.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das am Montag gegen 1 Uhr mitteleuropäische Zeit von seiner Fahrt nach Rio de Janeiro nach Pernambuco zurückkehrte, wird am Mittwoch nach Havanna starten. Am Dienstag wird das Schiff seine Betriebsstoffe und Gasvorräte ergänzen.

Ein konsumgenossenschaftliches Großunternehmen

f. Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Hamburg) über das Jahr 1929 gewährt einen interessanten Einblick in die geschäftliche Entwicklung des vielseitigen Wirtschaftsunternehmens der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, denen es gehört. Kein kapitalistischer Konzern, sondern ein wirtschaftliches Kraftzentrum, das die genossenschaftlichen Verbrauchergenossenschaften zum alleinigen Nutzen der ihnen angeschlossenen Familien sozusagen aus dem Nichts geschaffen und entwickelt haben. Der objektive Volkswirtschaftler sieht mit Bewunderung, die konsumvereinsfeindlichen Wirtschaftsparteiler der Händlerorganisation aber mit Haß und Neid auf diese Schöpfung der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens (der Kürze halber GEG genannt, welche Buchstaben auch das geschützte Warenzeichen der Gesellschaft darstellen) betrug im Jahre 1929 über eine halbe Milliarde, nämlich 501 378 122 Mark (1928: 444 371 664, 1927: 373 041 885 Mark). Von diesen Umsätzen entfallen auf die Handelsabteilungen 377 498 652 Mark (1928: 339 651 157, 1927: 309 904 395 Mark), auf die eigenen Produktionsbetriebe 123 879 470 Mark (1928: 104 720 506, 1927: 63 137 490 Mark). Die Zahlen zeigen von Jahr zu Jahr gewaltige Fortschritte und insbesondere interessant ist das Anwachsen der genossenschaftlichen Gütererzeugung. Denn ihr Anteil am Gesamtumsatz ist gewachsen von 16,98 Prozent (1927) auf 23,57 Prozent (1928) und von da auf 24,71 Prozent (1929). Daß nahezu ein Viertel des Gesamtumsatzes auf die eigene Gütererzeugung entfällt, ist eine Tatsache von wichtigster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Denn sie enthält die tatsächliche Möglichkeit der Regelung der Produktion auf der Grundlage der genossenschaftlich organisierten Bedarfsdeckung; sie enthält ferner das stärkste Element zur Kontrolle und Regulierung der Warenpreise in der Privatwirtschaft und damit zugleich den einzigen Widerstandsfaktor gegen die monopolistische Preiswillkür von Industriekonzernen und Handelssyndikaten.

Darum die immer heftiger werdende Bekämpfung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung überhaupt, auf deren Basis die Entwicklung der GEG beruht, sowohl seitens der Spitzenverbände der Industrie wie des Handels. Was den sinnenfälligsten Ausdruck gefunden hat beim Zündholzmonopolgesetz, wo die 30 000 Kisten Kontingentsleistung der beiden Zündholzfabriken der GEG mit einer jährlich um 1 130 000 ℳ höheren Reichsabgabe belastet wurden, als die mengenmäßig gleiche Leistung des internationalen Ivar Kreuger-Konzerns. Außerdem auch bei der Sonderumsatzsteuer, die nur blindwütigem Haß der deutschen Volks- und Wirtschaftsparteiler gegen die Konsumgenossenschaften ihr Entstehen zu verdanken hat. Auch das Verbot der Gefrierfleischeinfuhr ist darauf zurückzuführen, was eindeutig klar die Berliner „Allgemeine Fleischerzeitung" zum Ausdruck brachte, indem sie jenes Verbot bezeichnete als „das radikalste und sicherste Mittel, die Vormachtstellung der Konsumvereine zu brechen, oder wenigstens stark zu erschüttern". Was dieses Verbot für Tausende von Arbeitslosen und minderbemittelten Familien der Konsumgenossenschaften bedeutet, zeigt der Geschäftsbericht der GEG mit einer Belieferung von rund 10 Millionen Kilogramm Gefrierfleisch an 38 norddeutsche Konsumgenossenschaften mit einem um 35 Prozent niedrigerem Preise als Gefrierfleisch gleicher Qualität.

Die Fleischwarenfabriken der GEG hatten einen Umsatz von 24 657 609 Mark (1928: 17 642 484 Mark), die Schlachtungen beliefen sich auf 61 159 Schweine und 4242 Rinder und Kälber mit einem Gesamtschlachtgewicht von 6 166 970 Kilogramm. Außerdem wurden 65 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 184 490 Stück Schlachtvieh beliefert. Man hat demnach einen im amerikanischen Ausmaße tätigen Großbetrieb vor sich, wie er in Deutschland nur auf konsumgenossenschaftlicher Grundlage durch Ausschaltung des Absatzrisikos denkbar ist.

In ähnlichen Ausmaßen arbeiten noch zirka 40 andere Fabrikations- und Veredlungsbetriebe für den Bedarf der Konsumgenossenschaften bezw. ihrer Mitglieder, worunter u. a. sich ein großes Butter- und Käse-Unternehmen befindet, in welchem 43 Sennereien im württembergischen und bayerischen Allgäu mit einer Milchlieferung von 20 Millionen Liter beteiligt sind und ein Gesamtumsatz an Butter und Käse von 61 087 700 Kilogramm im Werte von 10½ Millionen Mark erzielt wurde.

Volkswirtschaftlich bedeutsam ist auch die Tatsache, daß die Finanzierung dieses in seiner Eigenart größten Handels- und Produktionsunternehmens in Deutschland vollkommen unabhängig vom privaten Bankkapital durch die Konsumgenossenschaften allein geschieht. Ja, die GEG hatte im Jahre 1929 bei der sogenannten Preußenkasse in Berlin, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit Krediten aufzuhelfen hat, einen Einlagebestand von rund 15 Millionen Mark, wofür sie und die ganze konsumgenossenschaftliche Bewegung von den kreditbedürftigen händlerischen Mittelständlern in der übelsten Weise bekämpft werden. Was man den „Dank vom Hause Habsburg" nennt. Der Gesamtumsatz der Bankabteilung der GEG im Giro-, Bankeinlagen-, Devisen- und Wechselverkehr betrug im Jahre 1929 8 376 448 000 Mark, also rund 8,4 Milliarden, woraus sich anschaulich die Bedeutung und Größe dieser Handels- und Produktionszentrale der deutschen Konsumgenossenschaften ergibt.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 7446 Personen mit einem Aufwand von 18 297 805 Mark für Gehälter und Löhne und 1 089 718 Mark Beiträgen zur Sozialversicherung, außerdem über eine halbe Million Beiträgen für Privatversicherung in der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Eine soziale Leistung, an die ebenfalls kein privatwirtschaftliches Unternehmen heranreicht. Trotzdem, oder gerade deshalb ist die GEG der verhaßte Wauwau aller konsumvereinsfeindlichen Mittelständler und Handels- und Industrie-Syndikusse.

Der Ueberschuß betrug 4 946 869 Mark, wovon den „Aktionären", die nur Konsumgenossenschaften sind, eine 5 Prozent Kapitalverzinsung im Betrage von 740 867 Mark zufließt, während der „Rest" von 4 205 502 Mark den Produktions- und sonstigen Reserven überwiesen wird, um die genossenschaftliche Gütererzeugung noch weiter zu entwickeln. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften können mit größter Genugtuung diese Entwicklung ihres Unternehmens betrachten, das sie in ihrem ureigensten Interesse zu fördern bemüht sein werden.

Wirrwarr auf den Metallmärkten

Das Kupferkartell wartet auf eine neue Hausse

Die Vorgänge auf den Kupfermärkten sind für Deutschland wegen des Konflikts bei der Mansfeld A.-G. und die vollzogene Anlehnung des Hirsch-Kupferkonzerns an die belgisch-englische Produzentengruppe (Haut Katagna) von besonderem Interesse. Einmal demonstrieren die Vorgänge auf den Kupfermärkten, wie eine Kartellpolitik nicht auszusehen hat; des anderen zeigen sie die fürchterlichen Gefahren eines kapitalistischen Rohstoffmonopols. Die Politik des Internationalen Kupferkartells, das in der Hauptsache von den Amerikanern (Guggenheim, Rockefeller usw.) beherrscht wird, ist bekannt. Vor wenigen Wochen wurde die Kupfernotierung vom Kartell um insgesamt 5 Cent heruntergesetzt. Das Ziel, den seit Monaten stockenden Verbrauch anzuregen, wurde nicht erreicht. Besonders stellte sich Europa auf den Standpunkt, daß auch der ermäßigte Kupferpreis angesichts des schlechten Absatzes und der hohen Profite der amerikanischen Gruppengesellschaften noch zu hoch sei.

Ganz anders beurteilte das Kartell die Marktlage. Obwohl im Internationalen Kupferkartell selbst über die Preispolitik gestritten wird und wichtige amerikanische Kupferproduzentengruppen die Ansicht vertreten, mit dem Markt zu gehen und den Absatz durch eine radikale Preisermäßigung anzuregen, war die Leitung des Kartells nach der Preisermäßigung um 5 Cent der Auffassung, daß der Verbrauch wieder mal dazu reif sei, um in neue große Käufe hineingehetzt zu werden. Entsprechend dieser Auffassung ermäßigte das Kartell den Preis sehr zögernd um ein weiteres ½ Cent und setzte ihn, als die erwarteten Käufe erfolgten, an zwei aufeinanderfolgenden Tagen um je ¼ Cent in die Höhe. Es soll in den letzten Tagen von Europa allerdings mehr Kupfer gekauft worden sein als im Durchschnitt des letzten halben Jahres. Als Hauptkäufer wird Deutschland genannt. Der Deutsche Walzwerkverband hat übrigens einen entrüsteten Einspruch gegen die unstete Kartellpolitik nach Amerika gekabelt. Das Kartell kümmerte sich selbstverständlich um diesen Kabelprotest sehr wenig. Es hat ja auch zunächst seinen Zweck erreicht und glaubt jetzt, in Ruhe abwarten zu können, ob die allmählich um sich greifenden Produktionsermäßigungen den Markt wieder völlig in seine Gewalt bringen. Dabei liegt das Künstliche der Kaufwelle auf der Hand. Das erkennt man besonders daran, daß während des Anwachsens der Kauftätigkeit auf dem Kupfermarkt kartellfreies Kupfer höher bezahlt worden ist als Kartellkupfer. Der Kupfermarkt selbst ist in den letzten Tagen recht still geworden.

Die Vorgänge auf dem Kupfermarkt haben natürlich die Märkte der anderen Metalle stark beeinflußt. Man kann sagen, daß sich die Ereignisse beim Kupfer bei den anderen Metallen mehr oder weniger wiederholen. Dazu kommen andere ungünstige Faktoren. So zweifelt man beim Zinn stark daran, ob die Produktionseinschränkung in der vorgesehenen Form durchgeführt werden kann und wirksam werden wird. Beim Zink hat sich in Deutschland eine Erscheinung gezeigt, die nun schon Regel geworden ist. Es handelt sich dabei um den vor einiger Zeit vorgeschlagenen Zinkzoll. Die Befürworter dieses Zolls behaupteten, daß sie ihn als „Waffe" für internationale kartellpolitische Zwecke gebrauchten. Die Vorlage liegt auch noch nicht einmal im Reichstag. Aber der vorgeschlagene Zinkzoll ist heute schon Selbstzweck geworden und wird von gewissen Erzeugergruppen geradezu als „einzige Rettung des deutschen Zinkhüttengewerbes" hingestellt. Es ist immer wieder die Ideologie der hohen Preise und des Marktschutzes, die, so sollte man meinen, in den letzten 5 Jahren bereits den Beweis ihrer Untauglichkeit zur Genüge erbracht hat.

Ganz grotesk nimmt sich im Wirrwarr und im Labyrinth der Metallmärkte die Aktion der Mansfeld A.-G. aus. Sie besteht, neben frachtlichen und steuerlichen Vergünstigungen, auf einen Lohnabbau, d. h. sie droht mit Entlassungen und will die Arbeiterschaft, die infolge der Eigentümlichkeit des für den Mansfeldkonzern in Frage kommenden Wirtschaftsbezirks in ihrer Arbeitsmöglichkeit völlig von der Mansfeldschen Kupferproduktion abhängt, zu einer Einwilligung in den Lohnabbau zwingen. Nach Becker folgt jetzt Mansfeld. Hat man bei Mansfeld Glück, dann werden Dutzende anderer Betriebe und schließlich ganze Wirtschaftszweige folgen. Ankündigungen dieser Art liegen bereits für die schlesische Textilindustrie vor.

Wenn Mansfeld seine Wünsche durchsetzt, so wird sich zeigen, daß den Unternehmern durch Lohnabbau nicht geholfen werden kann. Das Unternehmen hängt eben von dem Metallmarkt ab. Auf diesem Markte sind aber Faktoren wirksam, gegen die man mit Rezepten wie Lohnabbau nichts ausrichten kann. Der Mansfeldkonzern selbst zieht es vor, seine Aktion im Dunkeln durchzuführen. Eingeweihte Kreise wollen wissen, daß Mansfeld deshalb nicht die Forderung nach einer staatlichen Subvention gestellt hat, um der mit dieser Subvention wahrscheinlich einsetzenden Kontrolle zu entgehen. Eine Kontrolle bei Mansfeld halten wir aber unbedingt für nötig. Wenn man einige tausend Menschen auf die Straße setzt, so daß sie kaum die Möglichkeit haben, wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden, ist Grund genug vorhanden, daß die in Frage kommenden Stellen sich die Mansfeldaktion mal näher ansehen. Die angedrohten Arbeiterentlassungen größten Stils bei Mansfeld rechtfertigen schon allein die in der Oeffentlichkeit geforderte Kontrolle.

Erziehungsbeihilfen sind kein Schulgeldersatz

In letzter Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen städtische Schulverwaltungen dazu übergingen, Kriegerwaisen, die Reichserziehungsbeihilfen bekommen, keine Freistellen auf höheren oder mittleren Schulen mehr zu bewilligen. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. mitteilt, folgende Stellungnahme zu solchen Vorgängen eingenommen:

„Die Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen beruhen nicht auf einer gesetzlichen Grundlage, sondern sie sind eine freiwillige Leistung des Reiches. Ihre Bewilligung und Bemessung richtet sich nach dem Bedürfnis des Einzelfalles. Die Beihilfen sollen zur Ergänzung bereits vorhandener Bezüge und Vergünstigungen dienen, haben also nur subsidäre Bedeutung. Sie sind nicht nur zur Bestreitung von Schulgeld, sondern ebenso zur Deckung von Nebenkosten (Bücher, Fahrgeld, Kleider usw.) bestimmt. Der Zweckbestimmung der Erziehungsbeihilfen widerspricht es hiernach, wenn, wie es in einzelnen Städten der Rheinprovinz der Fall ist, der Bezug der Erziehungsbeihilfe zum Anlaß genommen wird, um Vergütungen aller Art, z. B. Schulgeldbefreiung und -ermäßigung, zu schmälern und zu versagen."

Ein reaktionärer Vorstoß gegen die Arbeitszeit wurde von der Internationalen Alliance des Hotelgewerbes, der auch der Reichsverband der deutschen Hotels angeschlossen ist, auf ihrer soeben in Amsterdam stattgefundenen Tagung angenommen. Die Alliance lehnte den gesetzlich begrenzten Arbeitstag als unannehmbar ab und beschloß, ihre Landesverbände bei ihren Aktionen gegen die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages mit allen Kräften zu unterstützen.

Wie die Tarifpolitik der Christen und Hirsche aussieht

Für die Bäder auf Rügen haben die Christen und Hirsche einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertreter des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wurde nur zu den Schlußverhandlungen hinzugezogen. Der Tarifabschluß ist für die Christen und Hirsche kein Ruhmesblatt. Er läßt zu, daß die Prozentaufschläge auf die Pensionspreise, soweit sie über 10 Proz. hinausgehen, von den Unternehmern für Beleuchtungskosten — im Hochsommer! — eingesteckt werden können. Die vereinbarten Löhne sind erheblich schlechter als die des Tarifvertrages des benachbarten Bädergebietes auf den Inseln Usedom und Wollin. Außerdem ist eine Verfallklausel für Ueberstunden vereinbart worden, wonach Ansprüche erlöschen, wenn sie nicht bis zum nächsten Tage geltend gemacht sind, was eine Einengung der Verjährungsfrist (§ 196 BGB.) bedeutet. Auch sind zwei Stunden Mehrarbeit gemäß § 5 der Arbeitszeitverordnung zuzulassen.

Der freigewerkschaftliche Zentralverband mußte es ablehnen, eine solche für die Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe schädliche Tarifpolitik mitzumachen. Den Christen und Hirschen war es anscheinend mehr darum zu tun, die Gunst der Rügenschen Hotel- und Gastwirte für ihre Stellenvermittlung zu gewinnen als vernünftige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Wie kann man z. B. zulassen, daß die Unternehmer an den erhobenen Prozenten mitverdienen? Die Gäste bezahlen den Prozentaufschlag doch in der Annahme, daß er die allgemein übliche Trinkgeldablösung ist, die für die Entlohnung des früher auf Trinkgeld angewiesenen Bedienungspersonals verwendet wird.

Die Nichtbeteiligung des Zentralverbandes, d. h. der stärksten und einflußreichsten Gewerkschaft, an dem Tarifabschluß hat die Arbeitgeber wild gemacht. Sie machen entgegen dem Artikel 159 der Reichsverfassung bei Einstellung von Arbeitnehmern die Nichtzugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Organisation zur Bedingung.

Druck erzeugt Gegendruck. Haben sich die Scharfmacher überlegt, daß im Sommer auch viele freigewerkschaftliche Arbeiter, Angestellte und Beamte während ihrer Urlaubszeit nach Rügen kommen? Wenn sie von der Feindseligkeit der Gast- und Hotelwirte gegen die freien Gewerkschaften hören, werden sie wahrscheinlich darauf verzichten, Rügen zum Ziel ihrer Sommerreise zu wählen.

Die Theorie

Novelle von Bodo M. Vogel.

„Eigentlich, meine Herren", so erzählte uns unser alter Freund Riemenschneider, „eigentlich war ich immer ein entschiedener Gegner der Hypnose und leugnete selbst ihre Existenz. Für mich war der Hypnotismus gleichbedeutend mit Schwindel, der Hypnotiseur war ein geriebener Scharlatan, der die leichtgläubige Menge übers Ohr haut und dabei ein schönes Stück Geld verdient. Und wehe dem, der mir gegenüber eine andere Theorie über die Hypnose verfechten wollte! Der würde vorgenommen, zermalmt und unter der Wucht meiner stichhaltigen Argumente zu Staub zerrieben.

Um meiner Theorie und meinen stichhaltigen Argumenten die wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen, nahm ich einmal an einer hypnotischen Vorstellung teil, die in unserer Stadt in der „Harmonie" veranstaltet wurde. Ich staunte, denn was der Mann — es war ein älterer, spitzbärtiger Herr, der sich Professor titulieren ließ — alles fertig brachte, war einfach unglaublich. Ja, mehr noch: phänomenal! Er versetzte durch einen einzigen Blick bekannte Persönlichkeiten unserer Gesellschaft in Traumzustand, befahl ihnen allerlei Dinge auszuführen, berauschte sie mit einem Glase Wasser, kurz und gut, er ließ die Leute Handlungen vornehmen, die sie bei nüchternem Verstande niemals ausgeführt haben würden.

Angesichts dieser Tatsache nun, meine Herren, mußte ich meine Theorie aufgeben, meine Argumente verloren ihre Stichhaltigkeit, und ich warf mich mit Eifer auf das Studium der Erscheinungen der okkulten Welt. Ich begann selbst Versuche zu machen, und konnte mich daher bald rühmen, bis an den Kern des Problems vorgedrungen zu sein.

Soweit war ich gekommen, als ich eines Abends eine kleine Reise in unser Nachbarstädtchen unternehmen mußte. Als Reiselektüre steckte ich mir eine Abhandlung über die Hypnose in die Tasche. Die Abteile waren nicht besonders stark besetzt und ich konnte daher während der Fahrt ruhig meine Studien fortsetzen. Neben mir, in ziemlicher Entfernung, saß ein junger Mann, der ins Leere stierte, mir gegenüber ein älterer, wohlbeleibter, elegant gekleideter Herr, der innerhalb von fünf Minuten schnarchte wie in Sägewerk.

Ich konnte nicht lesen. Dieses Schnarchen ging mir auf die Nerven. Ich pfiff wie eine Lokomotive, schlug mit den Absätzen auf. Nichts half! Bis mir dann plötzlich einfiel, den unausstehlichen Menschen durch das Zauberfluidum meines Willens in Hypnose zu versetzen und so mir die erforderliche Ruhe zu verschaffen.

Ich konzentrierte also meinen ganzen Willen und meine ganze Energie auf den Mann, stierte ihn mit unerbittlichen Blicken an und wiederholte mir unter gewaltiger Anstrengung aller meiner körperlichen und geistigen Kräfte den Befehl:

„Nicht schnarchen! Ruhig sein! Nicht schnarchen! Ru—hig — sein!!!"

Der Mann reagierte nicht auf meinen Befehl. Im Gegenteil, er verstärkte sein Schnarchkonzert, daß mir die Ohren sausten. Ich war der Verzweiflung nahe. „Na, warte, du ekelhafter Kerl!", dachte ich bei mir mit zusammengebissenen Zähnen, „ich werde dich doch noch kriegen!" Und ich nahm wieder all meine magische Kraft zusammen und heulte in meinem Innern dem Mann entgegen:

„Stehen Sie auf! Ich will es haben! Stehen Sie auf! Setzen Sie sich neben mich! Ich — be — feh — le — es — Ih — nen — — —!"

Und siehe da, der Herr stand auf, ohne die Augen geöffnet zu haben, kam mit unsicheren Schritten auf mich zu, streifte den jungen Mann neben mir und ließ sich endlich zwischen uns beiden auf die Bank fallen. Er schnarchte zwar immer noch, jetzt scheinbar im Traumzustand, und sein Kopf sank nach und nach auf meine Schulter. Ich zuckte mit der Achsel und dann fiel er nach der anderen Seite hinüber, auf seinen rechten Nachbarn, der ihn auch wieder zurechtsetzte. Der Zug fuhr in rasendem Tempo, hielt hier und da auf einer Station, und der fremde Mann schlief noch immer.

Jetzt bekam ich es mit der Angst zu tun. Ich hatte den Menschen in Hypnose versetzt. Er fuhr vielleicht bis zur Endstation durch und verpaßte durch meine Schuld die Station, auf der er aussteigen wollte. Wie sollte ich ihn wieder wecken? Zunächst versuchte ich es natürlich mit der suggestiven Methode. Aber umsonst konzentrirte ich jetzt meine ganze Energie. Er rührte sich nicht vom Fleck und schnarchte, schnarchte unverdrossen weiter. Der Zug fuhr langsamer. Es mußte also bald eine Station kommen. In meiner Verzweiflung nahm ich den jungen Mann bei den Schultern und rüttelte ihn kräftig. Er riß die Augen auf, blinzelte mich an, und ich rief ihm erfreut zu:

„Herr, wir sind hier in Neunhausen! Müssen Sie nicht vielleicht hier aussteigen?"

„In Neunhausen?", fragte er erstaunt, „natürlich! Da bin ich zu Hause!"

Er sprang auf, nahm seinen Reisekoffer und stieg in aller Eile aus. Es war die höchste Eisenbahn, denn schon fuhr der Zug weiter.

Ich trocknete mir die Stirne, kalter Schweiß stand darauf. Es war finstere Nacht draußen. Ich griff nach meiner Uhr, um nach der Zeit zu sehen. „Teufel!", dachte ich bei mir, ich habe sie doch eingesteckt!" Und ich griff nach meiner Brieftasche. Teufel! Teufel! Beides war verschwungen.

„Ich bin bestohlen worden!", schrie ich meinen Nachbarn an. Unwillkürlich griff auch er in seine Westentasche und in seinen Rock. „Ich auch!", heulte er. „Geld und Uhr sind weg!"

„Tja, meine Herren!", schloß unser Freund Riemenschneider, „tja, und seit diesem Tage bin ich wieder zu meiner alten Theorie zurückgekehrt. Hypnotische Experimente habe ich niemals wieder gemacht und es ist mir auch nichts mehr weggekommen! ....."

Stadthalle Johannisberg

Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr:

ERÖFFNUNGSKONZERT

des städtischen Orchesters Wuppertal.

Dirigent: Städt. Kapellmeister KARL GEMOND.

Einlaß 7½ Uhr. **Eintrittspreis 0.30 Mk.** Einlaß 7½ Uhr.

Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Ausschreibung!

Für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wuppertal soll die Lieferung der Kolonialwaren für die Zeit vom 1. 7. 1930 bis 31. 3. 1931 vergeben werden. Angebotsformulare mit Lieferungsbedingungen sind bei den Direktionen der Städtischen Krankenanstalten in Wuppertal-Barmen, Heusnerstraße 29, und in Wuppertal-Elberfeld, Arrenbergerstraße 20/54, zum Preise von 0.20 RM. zu haben. Die Angebote sind bis zum 8. 6. 1930 an die Direktion der Städtischen Krankenanstalten in Wuppertal-Barmen, Heusnerstraße 29, verschlossen mit der Aufschrift „Angebot für Vergebung von Wirtschaftsbedürfnissen" einzureichen. Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ausschreibung nur auf Großhändler beschränkt ist.

Wuppertal, den 26. Mai 1930.

Der Oberbürgermeister.

J. A.: Dr. Bremme.

Straßenbahn- und Autobusverkehr am Himmelfahrtstage.

Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 29. Mai 1930, wird der Straßenbahnverkehr vormittags wie an Wochentagen, dagegen der Autobusverkehr wie an Sonntagen eröffnet. Nachmittags und abends findet Sonntagsverkehr statt. Die Wagen nach Wermelskirchen verkehren von 6,15 Uhr ab Markt in vierteistündlicher Folge bis Talsperre und halbstündlicher Folge bis Wermelskirchen. Durch das Eschbachtal verkehren die Wagen vormittags stündlich, erstmalig 8,31 Uhr ab Talsperre, 9,02 Uhr ab Burg-Bahnhof, nachmittags halbstündlich, erstmalig 13,31 Uhr ab Talsperre und 14,02 Uhr ab Burg-Bahnhof. Nach Burg über Ehringhausen findet vormittags Halbstundenverkehr statt, 7 Minuten vor den vollen und halben Stunden ab Markt, erstmalig 8,23 Uhr.

Remscheid, den 26. Mai 1930.

Städtische Werke.

Beerdigungs-Anstalt „Pietät"

Heinrich Zocher

Elberfeld, Arrenbergerstraße 7

Telephon Westen 35 141 und 35 142

Besorgung sämtlicher Beerdigungs - Angelegenheiten.

Elberfelder Spitzenlager

Kipdorf 90

ist u. bleibt ganz besonders preiswert bei Bedarf in Klöppelspitzen (zirka 7cm von 7 Pfg. an) Handklöppel-, Tüll- u. Valenciennes- usw. Spitzen, Feston-Stickereien usw. und hat stets größte Auswahl von Tausenden von Metern, Kragen, Rüschen für Mäntel und Kleider, Handschuhe, Strümpfe, Socken usw. konkurrenzlos billig!! **Große Auswahl in Sommerfellen** für Besatz und fertigen Sommerpelzen bei billigsten Preisen!!

Stempel Lorges

BARMEN

Karlstr. 30. Fernruf 1267

Metall- u. Emaill-Schilder.

Aufarbeiten

von

Polstermöbeln

übernimmt

Wilh. Erbach, Velbert

Friedrichstr. 135, Tel. 855

Die

Sensation

des

Berg. Landes

ist die

Eröffnung

des rationellen Weinausschankes im

Klosterkeller

Elberfeld, Morianstr., neben der Hauptpost

Für Reise u. Urlaub

FAHRPLÄNE

Amtliches Kursbuch
(Westdeutschland) . . . . . Mk. **1.50**

Amtlicher Taschenfahrplan
für das Industriegebiet . . . Mk. **0.90**

Wuppertaler ABC-Fahrplan
mit Abfahrtzeiten Barmen und Elberfeld . . . . . Mk. **0.70**

Der billige Fahrplan M. **0.30**

Buchhandlung Freie Presse

Elberfeld, Barmen, Remscheid, Velbert

Kohlen / Koks / Briketts

von nur besten Zechen liefert in jeder Menge frei Haus u. Keller

Wilh. Müller Barmen-R.

Telephon 56444. Heckinghauserstraße 196.

Das Stadtgespräch

sind

Hamms billige Preise

Beachten Sie unsere Passage!

Hamm, Barmen, Werthersir. 44.

Kauft nur bei Inserenten.

Geradehalter- **G. Beuthel jr.** Bandagist

Telefon 1202 Barmen, Mittelstraße 6

Krankenkassenlieferant.



Gust. Kellner Söhne

Barmen, Allee 220

gegründet 1864

Lieferanten der Reichsbank

Staatsmedaille.

Geld-, Kartothek-, Mauerschränke Tresoranlagen



Während der Arbeitspause

liest man die Freie Presse! Aber man liest sie nicht nur, man empfiehlt sie auch den Arbeitskollegen, die sich vielleicht noch mit einem Blatte behelfen, das die Interessen der Schaffenden nicht so rückhaltlos vertritt wie die Freie Presse! Eine wachsende Bezieherzahl steigert die Möglichkeit der wirkungsvollen Interessenvertretung! Sorgt deshalb dafür, daß der Freien Presse ständig neue Leser zugeführt werden!

Bestellzettel.

Ich bestelle vom 1. Juni ab die Freie Presse und bitte sie mir bis dahin gratis zu liefern.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Vereinigte Stadttheater

Barmen Mittwoch, 28. Mai **Elberfeld**

Geschlossen.

8–10½: Zusatzvorstell., im Abonnement C 33: **Armer Columbus.** Oper von Erwin Dressel. III.

Salamander-Theater

Nur noch bis Samstag

der berühmte rheinische Komiker **Herm. Job**

3 Lachschlager an einem Abend:

„Der möblierte Herr"

„Bubi"

„Kommt garnicht in Frage".

Zoo **Wuppertal - Elberfeld**

Mittwoch, den 28. Mai 1930

von 3½–7 Uhr und 8–10½ Uhr **Großes Nachmittags- u. Abendkonzert**

Erwachsene 1.–, Kinder 0.50 Mk.

Eintritt zum Abendkonzert von 7½ Uhr ab. Erwachsene 0.50, Kinder 0.25. **Tägl. Konzert.**

DAS weiß jeder Bergische es gibt in Elberfeld nur ein

Restaurant Adolf Bauscher

Kölnerstraße 68

Dort finden Sie bei mäßigen Preisen **la Speisen und Getränke.** Eigene masch. Großkühlanlage im Hause.

Erholungsheim „Obstfarm"

Herchen (Sieg). Fernruf Eitorf 76.

Besitzer: Arbeiter-Samariterbund e. V.

Das herrlichste Plätzchen im ganzen Siegtal. Das Haus der guten Küche. Alle Bequemlichkeiten, fl. Wasser, Bäder, Garagen, Terrassen, Wald, Freibäder, Pension 5—5.50 RM. Fordern Sie Prospekte

Restaurant „Zum Sonnenbad"

Moritz Henkel, Remscheid,

Honsbergerstr. 128 Fernsprecher 3446

hält sich bestens empfohlen.

Angenehmer Aufenthalt. — Gesellschaftsraum 150 Personen fassend.



Werktätige in Stadt und Land!

Euer Versicherungsunternehmen, die

Volksfürsorge

gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

ist die größte Volksversicherungsgesellschaft in Deutschland

Günstige Versicherungsbedingungen!
Hohe Gewinnanteile!
Bei Unfalltod doppelte Versicherungssumme!

Arbeiter, Angestellte und Beamte versichern sich und ihre Angehörigen nur bei dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge

Auskunft erteilen bezw. Material versenden, kostenlos die Rechnungsstellen; **Elberfeld**, Bachstraße 105 I, **Remscheid**, Kirchhofstraße 6 **Velbert**, Wilhelmstr. 20 und der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg, An der Alster 58-59,

Wollen Sie tapezieren?

In meinen 4 Verkaufsgeschäften finden Sie die Tapete, die Sie suchen.

Auch der verwöhnteste Geschmack bekommt für wenig Geld hochwertige Qualitäts-Tapeten.

TAPETEN DER SAISON 1930

sind eingetroffen und sehen Sie in meinen Schaufenstern einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit. — Beziehe direkt von den leistungsfähigsten und ringfreien Tapetenwerken Deutschlands.

Großer Umsatz — niedrige Preise.

Wilhelm Diederichs, Wuppertal

Barmen: Berlinerstraße 4 (gegenüber Schönenstraße), Telephon 55882
Barmen: Neuer Weg 37 (gegenüber dem Stadttheater) „ 55882
U.-Barmen: Haspeler- und Kniestraßen-Ecke, „ 55882
Elberfeld: Königstraße 25, Nähe Königsplatz, Telephon „ 55882
Zweiggeschäft: Solingen, Hauptstraße 284, Telephon 531 30.



Achtstundentag im Hauptausschuß

Letzte Oelung beginnt am 3. Juni

Der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat gestern nach drei langen Sitzungen die Beratung des ersten Etats der neuen Wupperstadt zum Abschluß gebracht. Die gestrige Sitzung dauerte fast acht Stunden. Es gab öfter lebhafte Erörterungen, aber von den von den Rechtskreisen angekündigten weiteren Streichungen war nichts zu merken. Man sah ein, daß der Etat schon sehr stark zusammengestrichen war, so daß sogar die Verwaltung wiederholt bemerkte, daß sie schwere Bedenken habe, die Abstriche zu beantragen. Jedenfalls machten sich die Folgen der bisherigen Steuerpolitik der bürgerlichen Mehrheiten sehr stark fühlbar.

Bei den Etats Fuhrbetrieb, Müllbeseitigung, Straßenreinigung, Steinfabrik usw. wünschte die Verwaltung eine

Neuregelung der Gebühren auf einheitlicher Grundlage.

Bei den Kanalbenutzungsgebühren verlangte sie 2 v. H. des Gebäudesteuernutzungswertes. Die Vereinheitlichung der gesamten Gebührensätze bringt allgemein eine Erhöhung der Sätze. Bemerkenswert ist, daß beim Feuerwehretat Streichungen beabsichtigt waren, die auch bei der Verwaltung schwere Bedenken auslösten.

Zum Etat der Park- und Gartenverwaltung beantragte die sozialdemokratische Fraktion, die Arbeiten zur Schaffung von weiteren Grünflächen und Ruheplätzen in den verschiedenen Stadtteilen fortzusetzen. Insbesondere sei es notwendig, in Elberfeld

den Hombüchelerplatz mit Grünanlagen und Ruheplätzen zu versehen,

sowie das sogenannte „Nonnenwäldchen" an der Dorotheenstraße, das sehr vernachlässigt sei, durch Anpflanzungen, gärtnerische Anlagen, Aufstellung von Ruhebänken und bessere Beleuchtung auszubauen.

Beim Etat Friedhöfe erfuhr man, daß die Stadt Wuppertal durch die Vereinigung in den Besitz von zwei kleinen kommunalen Friedhöfen gekommen ist, und zwar in Ronsdorf und Cronenberg. Im übrigen gibt es nur konfessionelle Friedhöfe. Verlangt wurde, endlich

einen großen kommunalen Friedhof für Wuppertal

zu schaffen. Ferner beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den Antrag des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung auf

Errichtung eines Krematoriums,

der mit einem Darlehnsangebot von 100 000 ℳ verbunden wurde, alsbald auszuführen. Der Briefwechsel zwischen dem früheren Oberbürgermeister von Elberfeld und dem Oberbürgermeister von Remscheid betr. Errichtung eines Krematoriums für das ganze Bergische Land unter Beteiligung der Nachbargemeinden ist infolge der kommunalen Neugliederung abgebrochen worden. In der letzten Remscheider Stadtverordnetenversammlung wurde erneut angeregt, diese Verhandlungen fortzusetzen. Die Errichtung eines Krematoriums ist hier dringend notwendig.

Unverständlich sind die Streichungen bei der Parkverwaltung, da weitere Spielplätze usw. eine Notwendigkeit für die dicht bebaute und bevölkerte Wupperstadt sind.

Beim Volksschuletat,

in dem ursprünglich 372 000 ℳ eingespart werden sollten, ist durch den Finanzausgleich vor wenigen Tagen eine Entlastung bei der Landesschulklasse herbeigeführt, so daß eine wesentliche Mehrüberweisung zu erwarten ist. (Schätzungsweise 180 000 ℳ.) Bemerkenswert ist eine Anregung, daß die Schulhöfe auch in Barmen — wie bisher schon in Elberfeld — für die Kinder zum Spielen freigegeben werden sollen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde darauf hingewiesen, daß die Streichungen keineswegs gerechtfertigt werden können. Unsozial sei es auch, daß die unentgeltliche Lieferung der Lehr- und Lernmittel, wie sie in Elberfeld besteht, abgeschafft werden solle, anstatt die Elberfelder Regelung auf die gesamte Wupperstadt zu übertragen.

Beim Etat der Mittel- und höheren Schulen

soll eine Schulgelderhöhung eintreten, und zwar bei den Mittelschulen von 84 auf 120 ℳ, bei den höheren Schulen von 200 auf 250 ℳ. Das Schulgeld in Cronenberg soll wie bisher 160 ℳ betragen. 30 Prozent des Schulgeldes sollen für Freistellen, Geschwisterermäßigungen usw. verwandt werden.

Bei der Beratung der Etats für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsschulen, für die kaufmännischen Berufsschulen, für die höheren Handelsschulen und Handelsschulen, für die Handwerker- und Kunstgewerbeschulen wurde besonders die Zusammenfassung dieser Anstalten erörtert.

Beim Wohlfahrtsetat

ist hervorzuheben, daß die geplante Einsparung von 100 000 ℳ für Schulspeisungen wieder aufgegeben worden ist. Die übrigen Anträge der Verwaltung zum Etat wurden gegen die Linke angenommen. Die Richtlinien für die Wohlfahrtspflege wie die einheitliche Festsetzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze, die vom Wohlfahrtsausschuß einmütig beschlossen wurden, fanden auch im Hauptausschuß eine Mehrheit, so daß dadurch auch eine nicht unbeträchtliche Aenderung des Etats eintritt. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte u. a., die Bezüge aus früheren Arbeits- und Dienstverhältnissen (Ruhegelder, Pensionen, Invaliden-, Angestelltenversicherung u. dgl.) wie Einkommen aus Aufwertungsansprüchen zu behandeln, d. h. ein Betrag von 22,50 ℳ monatlich frei zu lassen. Zu Abschnitt 17 betr. Wandererfürsorge beantragte sie, daß die zu leistende Arbeit in Einklang mit der gewährten Unterstützung stehen müsse. Zu den Richtsätzen beantragte sie, daß der Satz für den Alleinstehenden und Haushaltungsvorstand in der allgemeinen Fürsorge auf 12 ℳ erhöht wird. Ein Eventualantrag verlangt, daß an Stelle des Wortlauts: „Die Wohlfahrtsbezirke werden ermächtigt usw." gesetzt wird: „Die Wohlfahrtsbezirke sind angewiesen usw.".

Eine eingehende Besprechung erfuhr auch

der Krankenhausetat.

Es ist geplant, den Tagessatz von 4,50 ℳ auf 5,50 ℳ für die dritte Klasse, von 9 ℳ auf 10 ℳ für die zweite Klasse, von 13,50 ℳ auf 15 ℳ für die erste Klasse zu erhöhen. Daß sich unsere Fraktion gegen die Erhöhung bei der 3. Klasse gewandt hat, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden.

Beim Etat des Stadtamtes für Leibesübungen sollen statt der ursprünglich vorgesehenen 69 000 ℳ nur 40 000 ℳ gestrichen werden. Dennoch eine unverantwortliche Streichung, die eine Einschränkung der Jugendpflege mit sich bringt. Auch die Streichungen bei der Stadtbücherei, beim Städtischen Museum sind kulturwidrig. Wieviel Arbeiten sind sowieso schon zurückgestellt worden! So ist der für Elberfeld schon seit Jahren notwendige Berufsschulneubau, der schon vor langer Zeit von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, bis jetzt noch nicht in Angriff genommen worden. So rächt sich die falsche Finanz- und Steuerpolitik der bürgerlichen Mehrheit in den früheren Jahren, die nur Scheinetats verabschiedete und alle Reserven aufbrauchte.

Zur Festsetzung und Vereinheitlichung der Tarife und Gebühren für Gas, Wasser, Elektrizität usw.

wurden dem Hauptausschuß Unterlagen für die Beratung in den Fraktionen überreicht. Die Beratung der Deckungsvorschläge und der Tarife erfolgt am kommenden Montag in einer weiteren Sitzung des Hauptausschusses. Am Dienstag, den 3. Juni, beginnt die Etatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung, für die einige Tage nötig sein werden.

Die Beratungen im Hauptausschuß haben die zu deckenden Beträge erhöht, trotz aller Streichungen und Gebührenerhöhungen, die bereits beschlossen sind. Es ist zur Zeit noch nicht zu sagen, welche Lösung die Deckungsfrage finden wird. Kommt es nicht zu einer Verständigung, dann wird, wie wir schon früher bemerkten, ein Zwangsetat die notwendige Folge sein.

Erwähnt sei noch, daß die sozialdemokratische Fraktion zum Etat der Hauptverwaltung die Angleichung in der Besoldung der unteren Beamten Elberfelds an die Barmens bis zur Gruppe IVb, sowie die Angleichung in der Anstellung der Beamtenschaft nach dem Elberfelder Ortsstatut beantragt hat.

Aus der Angestelltenversicherung

Was noch zu wenig bekannt ist.

Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung für 1929 wurden im ganzen Reich

nur 576 Anträge

auf Gewährung eines Zuschusses für Heilverfahren tuberkulöser nichtversicherter Angehörigen der Versicherten (Ehefrauen und Kinder, soweit diese für Kinderheilverfahren nicht mehr in Frage kommen) gestellt. Diese sehr geringe Inanspruchnahme läßt darauf schließen, daß den Versicherten diese Leistungsart zu wenig bekannt ist. Die Reichsanstalt führt das Heilverfahren nicht selbst durch, überläßt die Durchführung vielmehr den Fürsorgeämtern (Wohlfahrtsamt, Gesundheitsamt), Krankenkassen oder den sonstigen der Bekämpfung der Tuberkulose dienenden Stellen. Anträge nehmen entgegen der Elberfelder Rekonvaleszentenverein. für die übrigen Ortsteile die Geschäftsstellen des Vereins für Gemeinwohl. Nachträgliche Zuschußanträge für bereits durchgeführte Heilverfahren werden von der R. f. A. grundsätzlich abgelehnt.

Schützt die Volksschule!

Gegen die Sparmaßnahmen der Verwaltung

Die Vertreterversammlung der Freien Schulgesellschaft Wuppertal, in der 8500 Eltern und Schulfreunde der Freien Schulen zusammengeschlossen sind, nahm in ihrer Sitzung am 25. Mai folgende Entschließung einstimmig an:

„Die heutige Vertreterversammlung der Freien Schulgesellschaft Wuppertal erhebt schärfsten Einspruch gegen die beabsichtigten Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens. Diese Sparmaßnahmen bedeuten eine unverantwortliche Senkung des Volksschulniveaus, Erhöhung der Klassenfrequenz, Steigerung der Junglehrernot, Erdrosselung jeder Schulreform und führen in ihrer Auswirkung dazu, die körperliche und geistige Ausbildung des Arbeiterkindes möglichst niedrig zu halten. Die Vertreterversammlung erwartet von den Vertretern der arbeitenden Klassen im Stadtparlament und in den Ausschüssen, daß sie mit allen Mitteln versuchen, die Sparmaßnahmen zu verhindern und dafür sich einsetzen, daß mit Rücksicht auf die soziale und wirtschaftliche Notlage des Arbeiterkindes die finanziellen Mittel zur Hebung des Volksschulwesens wesentlich erhöht werden."

Abtreibung oder Verhütung?

Ueber dieses Thema sprach der Genosse Dr. Marcuse-München in einer gut besuchten, geschlossenen Versammlung bei Hegelich, Unterbarmen. Genosse Marcuse ist den Wuppertalern kein Fremder mehr. Auch diesmal verstand es der Redner wieder, seine Zuhörer von Anfang bis Ende des Vortrages zu fesseln, durch seine wohldurchdachte Art und Weise, wie er das etwas heikle Thema den Zuhörern übermittelte. Besonders die Frauen wissen es dankbar zu schätzen, wenn ihnen Aufklärung und Belehrung in solch vornehmer und dezenter Weise gegeben wird. — Die Bevölkerungspolitik, die Geburtenregelung ist ein sozialhygienisches Problem. Das Maschinenzeitalter bringt nicht nur äußerliche Umgestaltung des Frauenkörpers, sondern auch eine innere Umgestaltung, eine Umstellung der Seele der Frau mit sich. Aus der ursprünglichen Nurgebärerin und Erhalterin der Fortpflanzung ist die industrielle Frau getreten, die dabei ihren Naturberuf nicht mehr rein einhalten kann. Kindersterblichkeit, Frauenkrankheiten sind Folgen der Frauenberufsarbeit. Für uns Sozialisten gilt es, für die Massenerscheinungen, den sexuellen Ausdrucksformen, Ehescheidungen, Abtreibungen, Geschlechtskrankheiten, die innerlichen Ursachen zu suchen und nicht oberflächlich mit „Sittenlosigkeit" zu verurteilen. Die Gegenwart der sexuellen Krise charakterisiert allein der zwei Millionen Frauenüberschuß. Wir müssen den schlimmsten Auswirkungen der gesellschaftlichen Erscheinungen, der Abtreibung, wirksam entgegentreten. Ungeheuerliches Zahlenmaterial liegt vor über Strafen, körperliches und seelisches Leid. Die Arbeiterfrauen leiden darunter am meisten. Wer verhütet, braucht nicht abzutreiben. Eine Abtreibung, selbst durch geschulte Hände, bleibt immer gefährlich. Die Belehrung über Verhütungsmittel hat streng wissenschaftlich zu geschehen und die Mittel müssen wirtschaftlich für die Massen tragbar sein. Wir fordern darum Ehe- und Sexualberatungsstellen. Die Geburtenregelung ist eine Selbsthilfe der gegenwärtigen Zeit, braucht keine Dauererscheinung zu sein. Wir können daher eine dauernde Merelisation nicht befürworten. Geburtenregelung ist bedingt durch die Erscheinungen der gesellschaftlichen Einrichtungen. Verhütung ist die schärfste Gegnerin der Abtreibung, Verhütung gehört zur Erkenntnis der Volksmassen.

da.

An die sozialistischen Arbeiter-Esperantisten!

Genossen und Genossinnen! Der 8. Bundestag der LEA. zeigte in voller Deutlichkeit die „Eroberung" desselben durch die Kommunisten, worüber uns folgende Beschlüsse hinreichend informieren:

1. Ablehnung des Antrags zur Satzungsänderung des § 6. Hierdurch wird es den sozialistischen Mitgliedern unmöglich gemacht, dem Bunde beizutreten.

2. Anschluß an die IfA. (Interessenverband für Arbeiterkultur). IfA. ist der Bund für Kommunisten und ausgeschlossene (aus dem Zentralkomitee für Arbeitersport und sonstige Kulturverbände) Organisationen.

3. Wahl Bildebrands zum Bundesvorsitzenden. Hiernach stellt die von Sozialisten gereinigte Gruppe Berlin den Bundesvorstand.

4. Wahl Bäßlers als Redakteur der Bundeszeitung. Also wird auch sie uns in Zukunft ihr kommunistisches Antlitz zeigen.

Vier Punkte — vier Gründe für uns, die Sachlage im Bunde zu überprüfen, zu bedenken, ob noch irgend etwas an der Sache zu ändern ist, oder ob uns der Austritt aus dem Bund als letzte Lösung bleibt. Es ist nicht möglich, zu dulden, daß LEA. eine Filiale der KPD. werde, anstatt eine über den Parteien stehende Kulturorganisation zu sein.

Die Zugehörigkeit zur IfA. genügt schon allein, uns jeglichen moralischen Kredit bei Sozialdemokraten zu nehmen. Es bedeutet, daß Gruppen im Bunde nicht mehr neutral sein können, sondern automatisch durch den Bund Mitglieder der IfA. sind. Es bedeutet ferner, daß sozialdemokratische Organe sich nicht in den Dienst der LEA.-Propaganda stellen. Hierüber bleibt nicht der geringste Zweifel!

Der Bund ist kommunistisch geworden!

Prüfen wir also, was zu tun bleibt!

Genossen und Genossinnen! Die Verhältnisse im Bunde zeigen uns, daß das Verhalten der Kommunisten im Bunde mit unserer örtlichen Bewegung eine einzige Parallele zog bis zur endgültigen Besetzung des Bundesvorstandes. Der kommunistische Vorstoß war gut organisiert und richtete sich in allen seinen Handlungen nach der Psyche der indifferenten Mitglieder, um somit die Mehrheit zu erringen.

Was ist richtiger: passiv zu bleiben oder sich zum Gegenstoß zusammenzufinden? Genossen und Genossinnen, die sich zur Mitarbeit bereit erklären wollen, werden hiermit gebeten, sich auf schnellstem Wege mit dem Genossen Jakob Krieg, Barmen, Alsenstraße 14, schriftlich in Verbindung zu setzen, damit dringende Beschlüsse gefaßt werden. Mit Freundschaft: J. Krieg.

Anspruch auf längere Kündigungsfrist

Ein Arbeiter, der mit eintägiger Kündigungsfrist entlassen war, klagte auf Zahlung des Lohnes für die Dauer einer einmonatigen Kündigungszeit. Der Kläger war zunächst als gewöhnlicher Arbeiter mit Akkordlohn eingestellt. Als solcher hatte er unstreitig keinen Anspruch auf eine längere Kündigungsfrist. Er behauptete aber, daß er, ohne daß der Anstellungsvertrag formell abgeändert wurde, später mit anderen Arbeiten betraut wurde, so daß er als Vorarbeiter bezw. Meister anzusprechen sei. Als solcher stünden ihm nach dem in Frage kommenden Tarifvertrag eine monatliche Kündigungsfrist zu.

In erster Instanz wies das Arbeitsgericht Berlin die Klage kostenpflichtig ab. Es ließ für die Entscheidung lediglich den formellen Anstellungsvertrag sprechen und danach hatte der Kläger keine Ansprüche zu stellen. Das Landesarbeitsgericht Berlin hob diese Entscheidung auf. Es vertrat die Rechtsauffassung, daß für die Beurteilung eines Arbeitsverhältnisses nicht der formelle Anstellungsvertrag maßgebend sein kann, sondern ausschließlich die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit.

* **Pfingstpaketverkehr.** Die Post bittet, zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen die Pfingstpakete und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort, soweit notwendig unter näherer Bezeichnung seiner Lage, besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket und Päckchen muß die vollständige Anschrift des Absenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In den Päckchen sind etwaige Hohlräume mit Holzwolle usw. auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen" oder „Päckchen" bezeichnet sein.

* **Zur Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaft in Köln vom 27. Mai bis 1. Juni** werden alle planmäßig zwischen 7.30 und 11 Uhr in Köln-Hbf. ankommenden Eilzüge aus Richtung Düsseldorf und Elberfeld auf Bahnhof Köln-Deutz zum Aussteigen, ferner alle planmäßig zwischen 17 und 24 Uhr von Köln-Hbf. abfahrenden Eilzüge auf Bahnhof Köln-Deutz zum Einsteigen halten. Die Züge zur Hin- und Rückfahrt nach Köln werden außerdem verstärkt. Auch werden Reservezüge aufgestellt, die bei starkem Verkehr als Sonderzüge nach Köln abgelassen werden.

* **Franz von Hoeßlin** hat die Einladung erhalten, im September 12 Vorstellungen im Theatre Colonne in Buenos Aires zu dirigieren. Im Interesse der Wuppertaler Theater- und Konzertsaison hat er auf dieses Gastspiel verzichtet.

* **Stadttheater.** Dienstag, den 27. Mai, 20 Uhr, im Stadttheater Barmen (Zusatzvorstellung im Abonnement A) „Die Richterin". In Elberfeld um 20 Uhr „Olly Polly". Mittwoch, den 28. Mai, 20 Uhr, im Stadttheater Elberfeld (Zusatzvorstellung im Abonnement C) „Armer Columbus".

50 Jahre Provinzial-Taubstummen-Anstalt

Als im Jahre 1878 der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten eine statistische Aufnahme der in der Rheinprovinz vorhandenen taubstummen Kinder im schulpflichtigen Alter vornehmen ließ, wurde festgestellt, daß noch über 300 bildungsfähige taubstumme Kinder ohne Unterricht waren. Diesen Notstand legte die Provinzialverwaltung dem Provinziallandtage in einer Denkschrift vor. Um nun für die Zukunft die schulmäßige Ausbildung aller Taubstummen in der Rheinprovinz sicherzustellen, beschloß der Provinziallandtag am 29. April 1879, zu den schon vorhandenen sechs Taubstummenanstalten in der Rheinprovinz noch drei weitere Anstalten in Trier, Essen und Elberfeld zu errichten.

Die Elberfelder Taubstummenanstalt wurde auf gemeinsame Kosten der Provinz und der Stadt Elberfeld eingerichtet und

am 12. April 1880 mit 12 Kindern eröffnet,

am 1. Juni desselben Jahres wurde eine zweite und am 1. Juli eine dritte Klasse eingerichtet. Das erste Lehrpersonal bestand aus dem Vorsteher Friedrich Hilger und den Lehrern Migge und Deumlich. In den Jahren 1881 und 1883 wurde je eine weitere Klasse angegliedert, die von den Lehrern Seeger und Hopp geführt wurden. Die Anstalt war städtisch und paritätischen Charakters. Die Unterrichtsräume befanden sich im Gebäude des früheren Gymnasiums in der Grünstraße. Für die weitere Entwicklung war sehr vorteilhaft, daß 1888 ein Neubau an der Schusterstraße errichtet wurde. Am 19. November desselben Jahres übernahm der Provinzialverband die Anstalt als Eigentum und sorgte für die alleinige Unterhaltung. Die wachsende Schülerzahl und die Ausdehnung des Lehrgangs auf acht Schuljahre im Jahre 1904 drangen darauf, das Schulgebäude zu erweitern. Der Anbau wurde 1905 begonnen und war im November 1906 fertig.

Für die Einschulung der taubstummen Kinder bestand bis zum 1. April 1912 kein Zwang. Erst durch Gesetz vom 7. August 1911 wurde die allgemeine Schulpflicht für diese Kinder eingeführt. Nach diesem Gesetz unterliegen taubstumme Kinder, die das 7. Lebensjahr vollendet haben, der Schulpflicht; diese endet nach achtjährigem Unterricht, kann aber bei besonderen Gründen auch ausgedehnt werden bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Auf das weitere Fortkommen und die berufliche Ausbildung ist bei der Entlassung Rücksicht zu nehmen.

Aufgenommen wurden in der hiesigen Anstalt bis zum 26. April 1929 631 taubstumme Kinder.

Die Zöglinge, die nicht in Wuppertal beheimatet sind, wohnen in Pflegehäusern, die in der Nähe der Anstalt liegen. Die Zahl der Schüler beträgt zur Zeit 78 (48 Knaben und 30 Mädchen). Von diesen Schülern sind 48 Zöglinge und 30 Schulgänger aus Elberfeld, Barmen und Vohwinkel. Das Lehrerkollegium besteht aus dem Direktor, fünf Taubstummenoberlehrern und vier Taubstummenoberlehrerinnen. Die Kosten des Baues und der Unterhaltung der Anstalt, des Unterrichts und der Verwaltung trägt der Provinzialverband. Die Pflegekosten werden seit dem 1. April 1924 von den Bezirksfürsorgeverbänden aufgebracht. Diese sind berechtigt, die Unterhaltungspflichtigen der Kinder zur Zahlung von Beiträgen zu den entstehenden Pflegekosten heranzuziehen.

Elberfeld, 27. Mai.

Große Seidendiebstähle

bei einer Wuppertaler Seidengroßhandlung beging der achtzehnjährige Angestellte Karl He. aus Elberfeld. Im Laufe des Jahres 1929, hauptsächlich aber während des Ablaufs seiner Kündigungsfrist im ersten Vierteljahr 1930 entwendete er von dem ihm unterstellten Lager viele hundert Meter Seidenstoffe im Werte von über 3000 Mark. Einen Teil setzte er zu regulären Preisen an Reisende und Bekannte ab, etwa 200 bis 300 Meter verkaufte er zur Hälfte des Großhandelspreises an den im gleichen Hause bei einer anderen Firma beschäftigten Handlungsgehilfen Hans Ku. aus Elberfeld, der die Stoffe in seinem Bekanntenkreise mit Gewinn weiter veräußerte. Die für ihn in Frage kommenden Qualitäten und Farben „bestellte" er nach einer ihm von He. übergebenen Musterkarte der Großhandlung; „geliefert" wurde von He. während der Geschäftszeit in der Aktentasche oder unter dem Arbeitsmantel. Die Diebstähle konnten solange unentdeckt bleiben, weil der Angeklagte He. selbst die Lagerbücher zu führen hatte und keine Kontrolle bestand. Erst am Tage des Austritts des Angeklagten wurde der Geschäftsinhaber durch einen anderen Angestellten darauf aufmerksam gemacht, daß He. im Begriff sei, in seiner Aktentasche Seidenstoffe wegzutragen. Von dem Inhaber und der Polizei zur Rede gestellt, gestand der Ertappte seine Schuld ein. Auch vor dem Schöffengericht gab er die Straftat in vollem Umfange zu, dagegen bestritt der Mitangeklagte Ku., von der unehrlichen Herkunft der Seide etwas gewußt zu haben, vielmehr sei er immer des Glaubens gewesen, daß es sich um fehlerhafte oder sogenannte Ramschware handle, eine Einlassung, die dem Gericht aber unglaubwürdig schien. Es verurteilte den Angeklagten He. wegen fortgesetzten Diebstahls zu 3 Monaten, den Angeklagten Ku. wegen Hehlerei zu 2 Monaten Gefängnis. Ein dritter Mitangeklagter, der Packer Werner Hi. aus Elberfeld, der sich auf Anregung des He. in geringem Umfange an einigen Diebstählen beteiligt hatte, erhielt an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 15 Tagen 75 Mark Geldstrafe.

Hermann Job im Salamander

Wer Job noch nicht gesehen hat, muß sich eilen; nur noch wenige Tage, bis zum 31. Mai, zählt sein Gastspiel. Job ist nicht der Humorist im üblichen Sinne, sondern ein trefflicher Menschendarsteller. Er spezialisiert sich auf den Typ des jovialen, älteren Herrn, der gern noch mal einen Seitensprung macht, und der volkstümliche rheinische Dialekt gibt seinen Figuren den eigenen Ton. Er hat sich mit einem Stab Mitwirkender versehen, die alle bestens auf ihn eingestellt sind, und er selbst hat auch eine Anzahl von Lustspielen und Schwänken verfaßt, worin jede Rolle seinen Leuten und natürlich auf ihm selber geradezu auf den Leib geschrieben ist.

Dazu gehören auch die drei Einakter, die das neue Programm bringt: **„Der möblierte Herr"**, **„Bubi"** und **„Kommt gar nicht in Frage!"** Einen literarischen Maßstab kann man wohl kaum an diesen Werken anlegen, aber sie unterhalten das Publikum einige Stunden lang in angenehmer Weise, und das ist schließlich der Zweck der Uebung. Darum sei allen, die sich trotz aller Misere der Zeit einmal herzlich auslachen mögen, der Besuch des Salamanders bestens empfohlen.

M. L.

---

e. **Unser Genosse Otto Hense**, Eichenstraße 17, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Genosse Hense ist über 25 Jahre Mitglied unserer Partei, 27 Jahre im Buchbinder-Verband, 35 Jahre Abonnent der „Freien Presse", 34 Jahre Genossenschafter in der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung". Hense ist bei allen Parteiarbeiten dabei. Die Parteigenossen beglückwünschen das „Geburtstagskind" aufs herzlichste und wünschen, daß der brave Mitkämpfer uns noch recht lange erhalten bleibt.

e. **Postdienst am Himmelfahrtstage.** Am Himmelfahrtstage erfolgt im Ortszustellbezirk eine einmalige Briefzustellung. Geld- und Paketzustellungen werden nicht ausgeführt. Die Zustellung im Landbezirk ruht. Eilzustellung erfolgt in üblicher Weise. Die Postschalter sind wie an Sonntagen geöffnet.

e. **Jüdische Siedlungs- und Aufbauarbeit in Osteuropa.** Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft hielt Herr Dr. Michael Traub-Berlin, Generalsekretär der „Ort" („Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie- und der Landwirtschaft unter den Juden") im Kaiserhof am 22. Mai einen Vortrag über „Formen und Wege des jüdischen Wiederaufbaues". Nach einer kurzen historischen Einleitung, in der der Redner die Gründe darlegte, die den größten Teil der jüdischen Bevölkerung zwangen, den Handel als Beruf zu ergreifen, schilderte er in anschaulicher Weise die große Not, die besonders unter den Juden Osteuropas herrscht. Diese Not liege hauptsächlich in wirtschaftlichen Ursachen begründet. Der einzige Weg der Rettung für die auf diese Weise der Existenzmöglichkeit beraubten Juden sei die berufliche Umschichtung und der Uebergang zu produktiven Berufen. Diese Umschichtung vorzunehmen und in ordnungsmäßige Bahnen zu leiten, sei Zweck und Aufgabe der Gesellschaft „Ort", die sich bereits im Jahre 1880 gebildet habe. — Nach dem Vortrag, der durch Lichtbilder ergänzt wurde, stellte sich ein Ortskomitee dem Vortragenden zur Verwirklichung des Zieles unter dem Vorsitz der Herren Sanitätsrat Dr. Ollendorf-Barmen und Rechtsanwalt Brück-Elberfeld zur Verfügung.

b. **Ein eigentümliches Betragen** legte der kaufmännische Angestellte Sch. aus Barmen an den Tag. Am 8. Dezember 1929 wurde das Ueberfallkommando zu der Wirtschaft Schr. in Barmen gerufen, weil dort eine Schlägerei im Gange war. Als es am Tatort erschien, herrschte schon wieder Ruhe, nur Sch. und ein Freund waren noch im Lokal. Als man die Personalien feststellen wollte, wurde Sch. frech, bedrohte die Beamten und rief: „Ihr Laffen, binnen 24 Stunden sprenge ich die ganze Wache in die Luft!" Das Amtsgericht Barmen hatte gegen Sch. auf 80 ℳ Geldstrafe erkannt, von dem Angeklagten war gegen das Urteil Berufung eingelegt worden, die aber in zweiter Instanz verworfen wurde. tt.

e. **Wegen Betruges** verurteilte der Einzelrichter den jetzt erwerbslosen P. aus Elberfeld zu 100 Mark Geldstrafe, im Nichtvermögensfalle für je 5 Mark einen Tag Gefängnis.

e. **Zerstörungslümmel** zertrümmerten in der verflossenen Nacht gegen 2¼ Uhr eine Spiegelscheibe der Produktivgenossenschaft „Solidarität", Grünstraße. Die zweite Scheibe hat wohl einen Fußtritt bekommen, der aber seine beabsichtigte Wirkung verfehlte. Gestohlen wurde nichts, da die Lümmel anscheinend gestört wurden, doch sind die im Fenster liegenden Stoffe und Anzüge durch Glassplitter beschädigt. Hoffentlich gelingt es, den oder die Täter ausfindig zu machen.

e. **Zechpreller.** Der völlig mittellose 22jährige Reisende Helmut B. aus Elberfeld hatte anfangs dieses Jahres in den Künstlerstuben und in der Bar eines hiesigen Lokals eine Zeche von 25 Mark gemacht und den Wirt mit zwei auf die Sparkasse ausgestellten Schecks bezahlt. Zu der Zeit belief sich sein Sparkassenguthaben auf ganze 85 Pfg., er hatte auch keinerlei Aussicht, Geld zur Einlösung der Schecks zu bekommen, so daß das Gericht sich nicht der von dem Angeklagten vertretenen Meinung, das Geld werde er schon auftreiben, anschließen konnte. Es belegte ihn für den Betrug jedoch nur mit einer Geldstrafe von hundert Mark, weil er noch nicht vorbestraft ist und den Schaden inzwischen fast ganz ersetzt hat.

e. **In betrügerischer Absicht** „kaufte" der Arbeiter W. aus Elberfeld bei einer hiesigen Firma am 7. Dezember 1929 einen Sprechapparat unter Eigentumsvorbehalt. Er leistete darauf eine Anzahlung von 6 Mark. Um aber zu Geld zu kommen, verkaufte er den Apparat. Das Amtsgericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen. tt.

e. **Festgenommen** wurde ein 19jähriger Anwohner der Südstraße, der an Kindern unter 14 Jahren unsittliche Handlungen vornahm.

e. **Treibriemendiebstahl.** In einer der letzten Nächte verschafften sich Diebe Eingang in einer Schreinerwerkstelle in Dönberg, aus der sie einen 7 Meter langen und 8 Zentimeter breiten Treibriemen im Werte von 40 ℳ entwendeten.

Barmen, 27. Mai.

Der gestohlene Damenmantel

Aufgehobener Freispruch

Der Arbeiter Ernst M. aus Barmen sollte in der Nacht vom 16. zum 17. November 1920 im „Wirmhof" Elberfeld einen Damenmantel gestohlen haben. In der fraglichen Nacht saß der Angeklagte in dem Lokale bis gegen 4 Uhr. Danach ging er hinaus. Nachdem er kurze Zeit fort war, bemerkte eine ebenfalls in dem Lokal anwesende „Dame", daß ihr Mantel verschwunden war. Sie ging darauf mit ihrer Freundin und zwei bekannten Herren hinaus. Da sahen sie zwei Männer laufen, deren Verfolgung aufgenommen wurde. Einer der beiden ließ einen Mantel fallen, der sich als der gestohlene herausstellte. Während einer entkam, konnte man M. der Polizei übergeben. M. leugnete hartnäckig, brachte zwei Zeugen, einen Kellner und den Portier des „Wirmhof", die bekundeten, daß M. allein und ohne Mantel auf dem Arm das Lokal verlassen habe. Auf Grund dieser Aussagen war der Angeklagte in erster Instanz freigesprochen worden. Gegen den Freispruch hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In der neuen Verhandlung zeigte sich dasselbe Bild, es stimmte aber bedenklich, daß die beiden Entlastungszeugen, die doch täglich einer großen Anzahl Leute begegnen, sich des Angeklagten nach so langer Zeit noch genau erinnern. Aber selbst wenn ihre Wahrnehmung unterstellt würde, wäre es doch leicht möglich, daß M. einen Komplicen gehabt hatte. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Freispruch zu Unrecht ergangen war. Es gab der Berufung des Staatsanwaltes statt und verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis. tt.

---

b. **Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum** feiert am morgigen Tage unser langjähriger Parteigenosse Karl Opfer (Maler- und Anstreichergeschäft), Haspelerstr. 31b.

b. **Kirmes in Beyenburg.** Am 29. Mai ist in Beyenburg Kirmes. Deswegen fährt die Reichsbahndirektion Elberfeld zahlreiche Sonderzüge zwischen Barmen-Rittershausen und Beyenburg. Auf den Bahnhöfen der Strecke Barmen-Rittershausen—Krebsöge werden über alle an dem genannten Tage auf der Strecke verkehrenden Personenzüge — Sonderzüge und fahrplanmäßigen Züge — besondere Fahrpläne ausgehängt.

Cronenberg, 27. Mai.

c. **Wegen Ausübung unerlaubten Schankbetriebes** verurteilte der Einzelrichter den Geschäftsführer P. aus Cronenberg zu einer Geldstrafe von 30 Mark, hilfsweise 6 Tagen Gefängnis. tt.

Vohwinkel, 27. Mai.

v. **Verkehrsunfall.** Am 25. d. M., gegen 23.45 Uhr, geriet ein Personenkraftwagen in der Königstraße ins Schleudern und stürzte um. Der Fahrer des Wagens und ein Mitfahrer kamen mit leichten Hautabschürfungen davon. Der Wagen konnte seine Fahrt fortsetzen. Der Führer gab an, von den Scheinwerfern eines anderen Personenkraftwagens geblendet worden zu sein.

Briefkasten

Wette N. S. 36. Maßgebend ist die Entscheidung des Betriebsleiters. Wenn der Arbeiter unentschuldigt dem Betrieb fernbleibt, ist dies ein Grund zur fristlosen Entlassung.

E. O. Wird das Dienstverhältnis nach Ablauf der Dienstzeit von dem Arbeiter fortgesetzt, und zwar mit Wissen des Arbeitgebers, so gilt es als auf unbestimmte Zeit verlängert, sofern nicht der Arbeitgeber sofort widerspricht (§ 625 BGB.).

Sozialdemokratische Partei

Ostersbaum.

An die Genossinnen des Bezirks!

Mittwoch, den 28. Mai, 20 Uhr, in der Wirtschaft des Genossen Alois Groll, Ostersbaum 86: Frauen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Wirtschaftliche und politische Befreiung der Frau. Referent: Genosse Lehrer Korn. 2. Mitteilungen und Bezirksangelegenheiten. Zu dieser Frauenversammlung sind nicht nur die Leserinnen der „Freien Presse", sondern auch die Frauen, die auf unserem Boden stehen, herzlichst eingeladen. Die Genossinnen des Bezirks mögen es als ihre Pflicht betrachten, zu erscheinen. Die Bezirksführerin.

Ostersbaum.

Freitag, den 30. Mai, 20 Uhr, in der Wirtschaft des Genossen Alois Groll, Ostersbaum 86: Bezirks-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Christmann über: „Die politische Lage." 2. Bezirksangelegenheiten. In Anbetracht der Wichtigkeit des Vortrages, ist es Pflicht aller Genossinnen und Genossen, zu erscheinen. Der Bezirksvorstand.

Beckacker.

Samstag, den 31. Mai, 20 Uhr, bei Brunst, Wittenerstraße: Wichtige Bezirks-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten und Geschäftsführers des Gesamtverbandes Genossen Robert Daum über: „Politik- und Wirtschaftsfragen." 2. Bericht von der Vertreter-Versammlung. 3. Bezirksangelegenheiten. Es ist Pflicht aller Mitglieder, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen. Der Bezirksvorstand.

Langerfeld.

Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Himmelfahrtstage Punkt 6.30 Uhr, beim Cen. Wolfertz, Kirschbaumstraße, zur Fahrt nach Eitorf. Es wird pünktlich abgefahren.

Der Ausschuß.

Jungsozialisten Wuppertal.

Mittwoch, den 28. Mai, 20 Uhr, im roten Saale des Gewerkschaftshauses: Vortrag des Genossen Bernd Hoffmann-Köln über: „Neudeutscher Imperialismus." Gäste willkommen. — Donnerstag, den 29. Mai: Fahrt zum Hexentanzplatz. Treffen 7 Uhr am Hauptbahnhof, 7.30 Uhr Schützen- u. Carnaperstraßen-Ecke. — Samstag, den 31. Mai: Wochenendkursus in Langenberg. Thema: „Die Wirtschaft der Gegenwart." Referent: Genosse Dr. Fritz Levy-Berlin. Treffen 17 Uhr am Hauptbahnhof, 17.30 Uhr Schützen- u. Carnaperstraßen-Ecke.

Velbert.

Freitag, den 30. Mai, 19.30 Uhr bei Otting, Poststraße 59: Mitglieder-Versammlung. In dieser Versammlung spricht Genosse Dr. Marcuse-München über: „Abtreibung oder Verhütung?" Gäste können eingeführt werden. Der Vorstand.

Jungsozialisten Velbert.

Mittwoch, den 28. Mai, 20 Uhr, im Jugendheim: Vortrag des Genossen Kunsheimer. Thema: „Wir und die Religion." Die Genossen und Genossinnen, die an der Aussprache: „Was wir Jungsozialisten wollen?" teilnehmen, erscheinen um 19 Uhr. Diejenigen, die an der Gaukonferenz in Langenberg teilnehmen, erscheinen um 19 Uhr. Diejenigen, die an der Gaukonferenz in Langenberg teilnehmen, treffen sich am Samstag, den 31. Mai, am Denkmal 17.30 Uhr. Die Leitung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Barmen

Akontozahlung: Alle Züge müssen am Freitag, den 30. Mai, von 20 bis 21 Uhr, bei Sonnenschein eine Akontozahlung auf Beiträge an den Kameraden Eckstein abliefern. Der Vorstand.

Alle Züge müssen am Mittwoch, den 28. Mai, von 20 bis 22 Uhr: **Wichtiges Material bei Sonnenschein abholen.**

Der Festausschuß.

1., 3. und 4. Zug: Freitag, den 30. Mai, ab 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 28: Fortsetzung des Vortrages.

6. Zug: Dienstag, den 27. Mai, 20.15 Uhr, bei Kesting, Taubenstraße: Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Jungbanner: Alle Magdeburgfahrer müssen am Freitag, den 30. Mai von 20 bis 21 Uhr, das Fahrgeld bei Sonnenschein an den Kameraden Thomas abliefern. Der Vorstand.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Elberfeld.

Gruppe West: Heute, Dienstag: Abendspaziergang. Bei Regen Spielabend. Bringt Geld für die Heimkassierung mit.

Freundschaft: Elli.

Gruppe Süd: Wir treffen uns Donnerstagmorgen um 7.30 Uhr an der Stadthalle zur Tagesfahrt nach der Mehlbecker Heide. Führung: Gen. Käthe Karlshaus. Bei Regenwetter treffen wir uns um 15 Uhr an der Stadthalle. Freundschaft: Helma.

Gruppe Marx: Heute: Lustiger Abend. Vortrag muß ausfallen. Erscheinen ist Pflicht, da wir über unsere Pfingstfahrt zum Rhein sprechen wollen. Denkt an die 50 ₰ für die Heimkassierung.

Gruppe Lassalle: Spätestens 19.30 Uhr Jugendheim, Marienstraße.

Barmen.

Rote Falken: Heute, Dienstag: Besprechung der Pfingstfahrt. Alle, die mitwollen, müssen unbedingt erscheinen.

Freundschaft: Willi.

Unterbarmen: Dienstag, 20 Uhr: Vortrag des Gen. Severing. Thema: „Was wir von der Erde wissen müssen." Die Bausteine brauchen erst am 1. Juni abgerechnet zu werden.

Heckinghausen: Heute: Vortrag des Gen. Otto Kettig über: „Religion und Sozialismus." — Donnerstag: Fahrt zum Deilbachtal. Führer: Hugo. Treffen 7 Uhr Bahnhof Rittershausen. — Samstag treffen wir uns um 17.30 Uhr am Rittershauser Bahnhof zur Fahrt nach Krebsöge. Badeanzug nicht vergessen! Führer: Willi. Kosten entstehen für beide Fahrten nicht. Denkt an Eitorf für Pfingsten! Freundschaft: Hugo.

Kinderfreunde

Elberfeld.

Gruppe Süd: Wir treffen uns morgen bei schönem Wetter um 16 Uhr an der freien Schule Kölnerstr. (auch die Zeltlagerfalken) Außenspiele. Regnet es, kommen wir um 19 Uhr in der Schule zusammen. Bringt 10 ₰ mit! Freundschaft: Martha.

Gruppen Ost und Nord: Alle Jung- und Rote Falken treffen sich Mittwoch um 17.30 Uhr im Jugendheim. Keiner darf fehlen, da wir Wichtiges zu besprechen haben. Freundschaft: Otto.

Barmen.

Heckinghausen: Wir treffen uns heute um 17.30 Uhr an der Schule. Bringt Sammellisten und die erste Rate für Pfingsten mit!

Verantwortlich für Politik: Dr. Alfred Dang-Elberfeld; für den Teil „Aus dem Wuppertal": Emil Quitzau-Elberfeld; für Gewerkschaftliches, Genossenschaftliches, Aus aller Welt: Karl Dörr-Barmen; Lennep-Remscheid-Mettmann, Kunst und Sport und den unterhaltenden Teil: Oskar Hoffmann-Elberfeld; für den Inseratenteil: Friedrich Heyck-Elberfeld. - Rotationsdruck und Verlag: Verlagsanstalt Freie Presse, Molkenbuhr u. Ko.

Dunkle Wege Amerikas im Weltkrieg

Im Lande der Spione

Das Geheimnis des grünen Jagdhutes

Ein Flüßchen düsterer Erinnerungen ist die Scarpe. Dort auf den großen Schlachtgefilden des nördlichen Frankreich floß sie durch Niemandsland — ein Styx, über den gar viele Seelen fahren mußten. Aber sie war auch darin unheimlich, daß sie vermutlich einen der heimlichen Kanäle des Geheimkriegs bildete, sie sollte der deutschen Front die Berichte ihrer unter den Briten weilenden Spione zutragen.

Nächtlich sandten diese gefährlichen Aufpasser einen Holzblock, eine Kiste oder was sich sonst als Fahrzeug für heimliche Botschaft eignete, auf seine geräuschlose Fahrt in den Strom. Unangerufen glitt es durch die britischen Linien, durchquerte Niemandsland und gelang in die deutsche Front, wo es schon darauf wartende Leute aus dem Wasser fischten. Die britischen Spionsjäger fanden das Mittel schließlich heraus, wurden zu Fischern und spannten durch die Scarpe Netze, die merkwürdige und manchmal grausige Fänge brachten.

Dieser Vorfall aus der ersten Zeit des Krieges war gewissermaßen prophetisch für die spätere Zeit von 1917 und 1918, als die alliierte und amerikanische Gegenspionage weitläufigere Gewässer abfischte und die spitzschnäuzigen Hechte köderte, die im Dunkeln einem weiter gezogenen Netze der Spionageabwehr entgegenschlüpften, dessen Maschen über ganz Europa reichten.

Die Verbindung ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte des geheimen Nachrichtendienstes. Wenn ein Spion seine Nachricht nicht rechtzeitig melden kann, ist er so nutzlos wie gar kein Spion. Aus diesem Grunde kann man wohl sagen, die Franzosen hätten gar keinen Spion beim deutschen GHQ. zu halten brauchen, wenn sie die Nachricht über den deutschen Großangriff vom 27. Mai 1918 doch erst am 6. Juni erhielten. Es ist häufig leichter, einen Spion an seine Arbeitsstelle zu schaffen, als Berichte von ihm zu bekommen.

Hätten die Alliierten und Amerikaner dieses Problem befriedigend zu lösen verstanden, die Wirkung ihrer Arbeit wäre doppelt so tödlich gewesen. Auf unzähligen Wegen versuchten sie, ihren Agenten im deutschen Gebiet die rechtzeitige Uebermittelung der Nachrichten zu ermöglichen. Aber die deutsche Spionageabwehr entdeckte unerbittlich einen nach dem anderen und legte die meisten Spione lahm. Auch nicht einer davon erwies sich als völlig zufriedenstellend. Den Deutschen ging es übrigens nicht besser.

Gegen Kriegsende waren alle einschlägigen alliierten Wissenschaftler mit Einschluß der Amerikaner an der Arbeit, um irgend ein System optischer Signalgebung, vielleicht mit infraroten Strahlen, zu erfinden, das zugleich betriebssicher und ungefährlich war. Der Waffenstillstand kam, ehe man darin einen Erfolg zu verzeichnen hatte. Seitdem haben wohl alle wichtigen Geheimdienste mit Geheimradio herumexperimentiert.

Im Geheimkrieg entspinnt sich das grimmigste Ringen zwischen dem Spion samt seinem Kurier, der versucht, seine Nachrichten so rasch durchzubringen, daß sie dem Feinde noch schaden können einerseits, und dem Spionageabwehrdienst des Gegners anderseits, der versucht, den Spion zu fangen oder ihm die Uebermittelung seiner Nachrichten unmöglich zu machen. Gegen den Spion, den gefürchteten, weil unbekannter Feind in unserer Mitte, ist jedermanns Hand gewappnet. Einen Dolchstich in den Rücken fürchten wir mehr als einen Faustschlag ins Gesicht. Der Spion ist eine der gefährlichsten Waffen im Zeughaus des modernen Krieges, um so schwerer muß man ihm das Leben machen. Gleich einem Verbrecher wurde er von allen gehetzt, von Hysterischen, die an jeder Wand Verschwörungen „im deutschen Akzent" zu hören glaubten, bis zu den Tausenden von Angestellten der Spionageabwehr, die durch ihn allein anderer Dienstleistung entzogen wurden. Alle, Soldaten wie Bürger, wurden durch große Anschläge zum Stillschweigen ermahnt. Jeder Fußlatscher erinnert sich noch der französischen Mahnung: Taisez-vous! Méfiez-vous! Les oreilles ennemis vous écoutent! (Schweigt! Hütet euch! Die Ohren des Feindes belauschen euch!) Oder wie die amerikanische Lesart lautete: „Keep your mouth shut!" (Haltet den Mund!)

Der Inhalt eines grünen Jagdhutes

Ein unauffällig aussehender Mann saß im Café einer Schweizer Stadt an der französischen Grenze und aß. Sein grüner Berghut hing an einem Haken. Da trat zu ihm an den Tisch ein anderer in etwas schäbiger Kleidung, der die gleiche Art Hut auf den gleichen Haken hängte, sich ein Frühstück bestellte und sich dann entschuldigend vorwärts beugte: „Können Sie mir sagen, wo hier in dieser Straße Nummer fünfzehn ist?"

„Sicher", erwiderte der Erste. „Gleich in nächster Nähe." Darauf zog er einen grünen Berghut vom Haken und ging seines Weges. Bald danach verließ auch der andere das Lokal und verlor sich in der Menge. Augenscheinlich hatte er alles, was die Nummer fünfzehn in dieser Straße betraf, vergessen. In einem finsteren Lokal der Nachbarschaft begrüßte der Erste einen anderen, der ihn erwartet hatte, und nahm seinen grünen Berghut ab.

„Wir haben uns richtig getroffen", sagte er. „Er besaß das Losungswort und sein Hut hatte die richtige Falte."

Mit einem Messer spalteten sie sorgfältig den Kiel der flotten Hutfeder und entdeckten eine festgedrehte Rolle ganz dünnen Papiers, auf das eine Botschaft geschickt photographiert war.

Wenn der Bote überhaupt von Frankreich aus nach der neutralen Schweiz hinüberkam, war diese Methode verhältnismäßig sicher, aber was dann, wenn er nicht hinüber gelangen konnte? Wie sollte er seine Nachrichten an eine der vielen Schweizer Beförderungsstellen bringen, die sie schleunigst über die Grenze nach Deutschland weitersandten?

Die Spionenjäger an der französischen Frontstation in Pontarlier und Bellegarde besaßen eine Nase, die für Cyrano del Bergerac*) gepaßt hätte. Neugier war ihre Haupttugend. Sie schnüffelten nach vielen Dingen, prüften und fragten die hin- und herreisenden Passanten bis auf den Grund aus, ohne sich darum zu kümmern, wie echt ihre Pässe oder wie harmlos ihr Gepäck sein mochten. Eines dieser empfindlichen Geruchsorgane wackelte geradezu empört, als es sein Eigentümer in einen Packwagen hineinsteckte. „O!" rief er, „was für ein Gestank!" Aber sorgfältig erworbene Gewohnheit empfahl ihm: „Schau lieber nach, was es ist." Er folgte seiner empörten Nase darauf dahin, wo ein toter Hase lag, den laut Gepäckzettel eine brave Französin in Besancon einer anderen in Genf schickte.

„Kann man sich vorstellen", so fragte sich der Spionsjäger, „wieso jemand einem anderen einen Hasen schickt, der augenscheinlich schon vor sehr langer Zeit eines sanften Todes verblichen ist? Alors, gucken wir uns diesen übelriechenden Hasen einmal näher an. C'est pour la France! Alles fürs Vaterland!"

Mit tapferer Hand fuhr er über das glatte Fell, einmal, zweimal, da — was war das, ein kleiner Knoten? Mit dem Messer ritzte er die Haut und heraus kam wieder einmal eines jener dichtgerollten Streifchens aus dünnem Papier.

„O, wie gerissen!" rief der Spionsjäger. „Aber sie haben sich mit der Ausführung zu viel Zeit gelassen, besonders bei dem warmen Wetter. Da wollen wir uns doch gleich mal die gute Dame in Besancon näher ansehen." — — —

Zahnstocherschrift

Die Entdeckung eines anderen Tricks gelang nicht so rasch. Ein deutscher Spion in Belfort, nahe der amerikanischen Zone, benützte ihn, um seine höchst wichtigen Nachrichten einer Relaisstelle in der Schweiz zuzusenden. Auf der französischen Seite der Grenze bestieg er einen der Durchgangszüge mit Speisewagen. Auf der ersten Schweizer Station betrat sein Gegenspieler den Wagen und stellte es so an, daß er einen bestimmten Platz bekam, den der Erste eben verlassen hatte, nachdem er sich in aller Gemütsruhe die Zähne gestochert hatte. Gleich darauf goß der andere, anscheinend aus Ungeschick, seinen Wein über das Tischtuch, deckte den Fleck vor Verlegenheit mit seiner Serviette zu und aß weiter. Der erste Spion war an der Grenze ausgestiegen und fuhr wieder nach Belfort zurück. Seine Botschaft hatte er mit der im Zahnstocher enthaltenen unsichtbaren Tinte auf das Tischtuch geschrieben. Der Zweite machte die Botschaft leserlich, indem er seinen Wein darüber schüttete, las sie und deckte sie lange genug zu, um die Schrift wieder verbleichen zu lassen.

*) Dieser bekannte französische Windbeutel und „Renommist" im alten Sinne Zacharias duellierte sich seiner riesengroßen Nase wegen. Der Uebers.

Gewöhnlich fand man im Verbrecheralbum die Bilder der bekannten feindlichen Spione und Agenten. Das erklärt, warum sich Spione nicht gerne unter dem Christbaum oder bei anderer Gelegenheit mitaufnehmen ließen, das heißt, wenn sie wußten, das sie photographiert werden sollten. Manches Bild, das offensichtlich eine Vergrößerung war, hatte eine aufregende oder lustige Vorgeschichte. Das Original war von einem Agenten der Alliierten mit einer kleinen Geheimkamera aufgenommen worden, während der Spion eine bekannte Dienststelle des deutschen Geheimdienstes betrat. Derartige Bilder tauschten die Alliierten aus und unser G 2 steuerte unter anderem auch mit Vergnügen das Bild des ehemaligen amerikanischen Soldaten Otto Preiß bei, der im deutschen Geheimdienst in Spanien stehen sollte.

Gelegentlich wurden Bilder von deutschen Spionen, ebenso wie polizeiliche Steckbriefe an die Spionsjäger der Alliierten verteilt. Dann wurden sie samt ihren Sonderheiten in einer Zeitschrift beschrieben, die sonst als Veröffentlichung der AEF. nicht erwähnt wird, obgleich sie einzig in ihrer Art war, nämlich im „Counter-Espionage-Bulletin". Diese streng vertrauliche Zeitung ähnelte der alten „Police Gazette" darin, daß jeder, der sie erhielt, sie wohl las, diese Tatsache aber nicht erwähnte. Gerade wie die Leser von heute interessierten sich damals auch die Generäle und andere Messinghüte*) für die „Echten Spionagegeschichten", die der Herausgeber, Major Richardson, so schön zu erzählen wußte. Der weigerte sich dabei, den Geheimdienst allzu ernst zu nehmen und beschrieb daher die Arbeitsmethoden und das Aussehen deutscher Spione, die vermutlich gegen die Amerikaner arbeiteten, in einer Weise, daß die wenigen Bevorzugten, denen das Blatt zuging, vor Lachen brüllten. General Pershing malte auf sein Privatexemplar jedesmal das unverkennbare „JJP." als Eigentumsmerkmal.

*) Diese Bezeichnung bezog sich ähnlich wie bei uns die Ausdrücke Siegellackbeine, Blechkragen, Goldene Gurgel u. ä. auf die entsprechenden Gradabzeichen aus Gold usw. Der Uebers.

(Fortsetzung folgt.)

Genossenschaftstag in Lübeck

Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berufen den 27. ordentlichen Genossenschaftstag zum 16. bis 18. Juni nach Lübeck ein. Auf der Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen und organisatorischen Angelegenheiten Hochschutzzölle, Steuerbelastung und Ausnahmesteuern, ferner die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine. Damit erhält der Genossenschaftstag in Lübeck seinen besonderen, durch die letzten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Verbraucher gebotenen Kampfcharakter. Lübeck wird ein Genossenschaftstag scharfer Abwehr werden.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 27. Mai. 12: Messehalle Köln: Eröffnung der 36. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. ● 15: Kinderstunde. ● 15.50: Dr. Meyer-Eckhardt: Wallfahrt nach Eyub. ● 16.10: Bücherstunde. ● 16.35: Mitteilungen aus dem Schulfunk. ● 16.50: Prof. Dr. Steffes: Die geistigen Bewegungen der Gegenwart und ihre Bedeutung für den Religionsunterricht. ● 17.30: Konzert. Suppé: Ouv. „Die schöne Galathé". — Lanner: Marien-Walzer. — Lüling: 1. und 2. Teil aus der indischen Suite. — Fink: Schattenspiele. — Nevin: Narcissus. — Jessel: Potp. aus „Schwarzwaldmädel". — Lübbert: Heimenmarsch. ● 18.30: Dr. Wichterich: Deutscher Außenhandel und deutsche Handelspolitik 1925 bis 1929. ● 19.15: Französisch. ● 19.40: Prof. Dr. Kuske: Städte und Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland. ● 20: Konzert. Ouvertüre. — Boccherini: Canzonetta und Menuett. — Coates: Kleine Suite. — Luigini: Türkischer Karneval. — Padilla: Serenade. — Intermezzo: Mai-Kantate. Von Fr. B. Kürten. Musik von G. Kneip. Uraufführung. — Leoncevallo: Melodien aus „Bajazzo". — Waldteufel: Polarsten-Walzer. — Schweda: Im Herbst. — Södermann: Burleske. — Zimmer: Mosaik.

Mittwoch, 28. Mai. 8.30: Mutter und Kind. Gespräche zwischen Frau Pfisterer und Stadtfürsorgerin Theisen. ● 15: Eine Gärtnerin erzählt aus ihrem Beruf. ● 15.55: Josef Magnus Wehner: Wie Unteroffizier Junne starb. ● 16.25: Reg.-Rat Eckhardt: Die Erneuerung der Landschule. ● 16.45: Funkpädagog. Arbeitsgemeinschaft der Lehrer an Volksschulen, Reform- und Versuchsschulen. ● 17.30: Konzert. Haydn: Streichquartett C-dur. — Pfitzner: Streichquartett Cis-moll. ● 18.30: W. Stern: Die Rationalisierung im Wohnungsbau. ● 19.15: Bücherstunde. ● 19.40: Dr. Hartmann: Die junge Generation in Frankreich. ● 20: Philharmonie, Berlin: Toscanini-Konzert. Beethoven: Dritte Sinfonie. — Brahms: Haydn-Variationen. — Rich. Strauß: Tod und Verklärung. Nachtmusik und Tanz.

Roman von Paul Reboux

Der Leuchtturm

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

6. Fortsetzung.

Als der junge Mann beim Lesen müde geworden war, schlief er ein. Daniel betrachtete das Gesicht und war gerührt. Was für eine Aehnlichkeit Bruder und Schwester hatten!

Dieselbe feingewölbte Nase, dieselbe Hautfarbe und das gleiche Gesichtsoval. Dieser Guirec war ein Schuft! Diese reine Jugend verderben zu wollen! Daniel ballte die Fäuste wie ein eifersüchtiger Mann, und er war in der Tat eifersüchtig. Vor seinem Geiste wurden die Bilder von Schwester und Bruder zu einem Bilde. Er verabscheute den sanguinischen, lebensstrotzenden Guirec wie einen Menschen, der seiner lieben kleinen Frau hätte gefährlich werden können. Er war sich jedoch bewußt, daß viel krankhafte Zweideutigkeit in diesem Gefühl enthalten war . . . in diesen Mauern zu sein, als Gefangener des Meeres, unfähig zu irgendeiner Zerstreuung oder gar zur Flucht! . . . Er legte sein Gesicht in seine Hände, aufsteigend aus dem Grunde seines Fleisches zerrte eine Qual an seinem Herzen, schnürte ihm die Kehle zu und ließ Tränen aus seinen Wimpern tropfen.

Als er den Kopf hob, stand Vincent, der erwacht war, neben ihm und sah ihn an.

„Hast du Kummer?" fragte er.

Dieser Beweis von Sympathie erfüllte Daniel mit großer Zärtlichkeit. Seine Nerven entspannten sich, und neue Tränen traten ihm in die Augen. Aber es waren Tränen der Beruhigung, fast Tränen des Glücks . . . Wie er es mit seinem Sohn getan hätte, zog er den jungen Mann an sich und setzte ihn auf seine Knie.

„Ja, ja, mein Junge . . . ich habe Kummer."

Eine mütterliche Freude überkam ihn. Irgend etwas mischte sich jedoch in diese Erschütterung.

Dieser Körper, dessen Wärme er durch den Stoff spürte, die Augen, darin ein geliebter Blick lebendig war, die Züge, die ihn an eine andere erinnerten, alles verwirklichte den Gegenstand seiner ständigen Sehnsucht. Yvonne hielt er umfaßt, Yvonne zog er an sich; verwirrt durch die Entbehrungen und durch die beständige Gegenwart dieses Mischwesens, konnte er den Bruder nicht mehr von der Schwester unterscheiden — sie gingen beide ineinander über, und plötzlich empfand er den Kummer des verliebten Mannes, der seine meineidige Frau streichelt, und plötzlich richtete er sich auf.

„Mach', daß du fortkommst!"

Vincent blieb stehen.

„Was soll das heißen?" fragte er verblüfft.

Aber Daniel wiederholte drohend, fast verstört:

„Geh' — laß mich allein . . ."

Unmittelbar darauf tat es ihm leid. Dieses Bedauern wurde am nächsten Morgen noch vergrößert durch den kühlen Empfang, der ihm beim Frühstück zuteil wurde.

Kein Wort wurde gesprochen. Man hörte nur das Geräusch der Löffel, der Messer und Gabeln und der Teller. Guirec, feindlich und heimtückisch, und Vincent, der schmollte, sprachen hartnäckig kein Wort.

Da zog er sich in eine wilde Abgeschlossenheit zurück. Er weigerte sich, die Mahlzeiten mit ihnen einzunehmen und verließ das Zimmer nicht mehr, obwohl er sich Vorwürfe machte, sie miteinander allein zu lassen.

Die Einsamkeit bewirkte, daß sein Haß gegen Guirec wieder weiter wuchs. Er beschuldigte ihn, der Urheber des ganzen Unglücks zu sein. Ohne ihn, ohne den schaurigen Verdacht, den er erregte, ohne sein zügelloses Matrosenbenehmen, ohne seine Erzählungen wäre nichts geschehen. Die Erinnerung an Yvonne wäre ungetrübt geblieben. Er hätte mit ihrem Bruder von ihr sprechen und ein Herz bewahren können, das ihrer würdig war. Jedoch jetzt glich, im Sturm seiner heftigen Gedanken, das Bild der Jungfrau einer jener Madonnen aus Holz, die die alten Schiffe vorn am Bug tragen und die von den gewaltigen Wellen unablässig überschüttet werden. Was sollte er nur tun . . . Diesen Mann zur Rede stellen und mit ihm Streit suchen? Die Verbannung in einen Leuchtturm gleicht der auf einer einsamen Insel und gleicht alle Gegensätze aus. Guirec würde antworten. An Land würde er jedenfalls angezeigt und bestraft werden, aber bis dahin? . . . Die Begierde, als Rächer aufzutreten, kam ihm immer wieder. Die Zerstörung seiner Zukunft und die Wiederkehr seiner kühlen Berechnung hinderten ihn nicht einmal daran . . . Dann verfiel er wieder in krankhafte Starre. Seine Nerven schmerzten . . . sein Gehirn war leer.

Eines Abends, etwa zwei Stunden nach dem Anzünden der Lampen, hörte Daniel, wie ein Luftzug sich in der Treppe fing. Der seit drei Tagen starke Wind war zum Sturm geworden. Damit der ganze Leuchtturm jedoch wie ein gewaltiges Orgelrohr schnarchte, mußte der Orkan unten irgendwo einen Zutritt haben. Die Zugangstür, das Tor aus Bronze, stand zweifellos offen.

„Wahnsinn! . . ." murmelte er . . . „Wieder dieser Kerl."

Er rief: „Guirec! . . ."

Plötzlich ertönte ein Lärm wie von einer Detonation. Die Tür war zugefallen. Draußen stöhnten die Windstöße wieder. Bisweilen hätte man sagen können, sie klängen wie menschliche Stimmen, man glaubte Rufe zu hören. Die Tür klang metallisch dazwischen. Sicherlich sprangen die Wogen bis hoch hinauf.

Trotzdem wurde alles von einem gewissen Klageruf übertönt. Das ist nicht natürlich. Was machen die beiden anderen? Wo sind sie? Hören sie denn nichts?

Daniel lauschte angestrengt, ob nicht doch im Sturm jemand gerufen hatte.

Um sich davon zu überzeugen, geht er vorsichtig auf die Terrasse hinaus. Ein Windstoß neigt ihn nach vorn. Er klettert weiter, endlich am Geländer beugt er sich hinaus und lauscht abermals . . . Dank dem Zwielicht, das die drehenden Strahlen verbreiten, sieht er, während des intermittierenden Blitzes des Drehfeuers, eine Silhouette an der Tür, die sich jedoch nicht von außen öffnen läßt. Und die Flut steigt! Ein Schiffbrüchiger? . . . Der Unglückliche! . . . Schnell, bevor eine Welle ihn wegreißt. . . . Die Schreie, die gegen den Sturm anheulen, werden leiser, als hätte das Wasser sie erstickt . . . Schnell! . . .

Daniel stürzt in das Dienstzimmer und öffnet die Kiste, in der das Rettungsgerät liegt.

Jemand tritt ein. Vincent.

„Verzeihung", sagt er, „ich dachte, Guirec sei hier. Er hätte schon wieder oben sein müssen. Er wollte wegen des hohen Seeganges nur die Netze einziehen . . ."

Daniel ahnt. Sollte Guirec unten . . .

„Ach", sagt Vincent, „das Rettungsgerät? . . . Guirec hat wahrscheinlich vergessen, es zu reinigen. Man darf ihm deswegen nicht böse sein. Ich werde das morgen nachholen."

In einer sekundenkurzen Atempause des Sturmes dringt ein verzweifelter Schrei an ihre Ohren.

„Zu Hilfe, Vincent! . . ."

Daniel ist dem Ersticken nahe. Da ruft der Elende noch im Angesicht des Todes diesen Namen.

„Ruft man nach mir? . . ." fragte der junge Mann zitternd.

„Meinst du? . . . Hat man dich gerufen? . . ."

„Es schien mir so . . ."

Noch einmal stöhnt die Stimme:

„Zu Hilfe! . . ."

Der fehlende Ton dieses letzten Schreies belebt Daniel endlich und belebt sein verbrecherisches Zögern.

„Da, nimm die Fackel . . . und die Boje . . . so faß doch zu und geh . . . hast du denn nicht gehört? . . ."

„Wo ist Guirec?" wiederholte Vincent.

„Schnell . . . unten . . ."

Sie stürzten die Treppe hinunter. Durch die geöffnete Tür dringt ein Wirbel von Sprühregen ein. Während der von Entsetzen geschüttelte Vincent auf gut Glück ein Tau in die Nacht hinauswirft, versucht der vom Gegensatz zwischen Hell und Dunkel geblendete Daniel, der sich fest an die Mauer krallt, um sich gegen Wasser und Sturm zu schützen, einen Blick um sich zu werfen.

Er versucht mit aller Kraft, den Nebel zu durchdringen. Rechts . . . links . . . Niemand! . . .

Endlich steht er gebrochen, durchnäßt und verstört neben Vincent in dem von eingedrungenen Wasser bespülten Gang.

„Wo ist Bernard?" fragt der junge Mann.

Wortlos deutet Daniel mit einer Bewegung in die Nacht hinaus.

„Fortgerissen!"

„Nicht zu retten?"

„Nein."

„Mein Gott! Der Arme! . . . Und auch das arme Mädel . . ."

„Wer denn, von wem sprichst du?" fragte Daniel, dem eine fürchterliche Angst die Kehle zuschnürte.

„Von Bernards Braut . . . einem jungen Mädchen aus Lannilis. Er sollte sie ja nach seiner Ablösung heiraten. Er hat sie sehr geliebt. Wenn wir beide uns unterhielten, sprach er immer von ihr. Aber du wirst ja so bleich! . . . Du zitterst ja! . . . Was ist denn los?" . . .

„Nichts! . . ."

Etwa Mitte September, drei Monate nach dem Drama, brachte die „Marie-Jeanne" Hervé Douellou nach dem Teufelsfelsen, auf dem sich bereits Jean-Marie Brenellec und Julien Le Hern, Guirecs Nachfolger, befanden.

(Fortsetzung folgt.)

Lenzzauber

Die Sterne glänzen und der Mond desgleichen.
Verliebte Paare wandeln durch den Park,
Verzückte Worte flüsternd, und mit bleichen
Gesichtern und dazu mit zärtlich weichen
Gefühlen ausgerüstet bis aufs Mark.

Besetzt sind alle Bänke von Verliebten —
Sowohl von solchen, die zum erstenmal
Verbotene Früchte naschen, als auch von Geübten,
Die schon dem —zigzigsten die blonden Locken ziepten.
(Wer kennt die Namen, nennt die Zahl?)

Sie alle sehnen sich nach Lenz und Jugend,
Nach Glück bei Sternenlicht und Mondenschein,
Nach Eheringen in der Lenznacht lugend,
Gleichsam ein Großkonzern der „Bank der Tugend",
Doch leider löst sie ihre Wechsel selten ein. . . .

Die Optimisten lassen prolongieren,
Und manchmal reicht es bis zum Hochzeitsfest.
Ein andrer Teil führt sein Akzept spazieren,
Und wieder andre müssen prozessieren.
Der Rest geht — meist erfolglos! — zu Protest!

Cnorceus.

Tagung des Bezirksausschusses für Jugendpflege

im Regierungsbezirk Düsseldorf in Neuß am 22. Mai

Die Eröffnung erfolgte durch den Regierungspräsidenten Bergemann.

Als erster Referent sprach zu dem Gesamtthema:

Jugend und Staat

Genosse Westphal, Berlin, von der SAJ. Er führte in der Hauptsache aus: Wenn wir uns das Verhältnis der Jugend zum Staat betrachten, müssen wir zuerst feststellen, daß ein großer Teil der Jugend überhaupt kein bestimmtes Verhältnis zum Staat hat. Dieser Teil der Jugend lebt im Staat, nimmt Teil an seinen Einrichtungen, ohne sich aber dessen bewußt zu werden, was der Staat ist und wie die Jugendlichen selbst ins Ganze eingegliedert werden. Dieser indifferente Teil der Jugend ist noch viel zu groß und besonders der republikanische Volksstaat muß Wert darauf legen, daß auch aus diesen jungen Menschen verantwortungsvolle pflicht- und rechtbewußte Staatsbürger werden.

Der übrige Teil der Jugend hat wohl ein Verhältnis zum Staat, aber kein einheitliches. Von der absoluten Vereinigung bis zur mehr oder weniger bedingten Bejahung gibt es viele Stufen. Eine absolute Bejahung ist nicht vorhanden, weil selbst die stärkste Verteidigung der Republik noch wesentliche Förderungen an sie stellen werden. Die Einstellung der Jugend zum Staat bewegt sich im allgemeinen in denselben Bahnen wie die der politischen Parteien. Die Jugend hat sich, seit sie aus ihrer anfänglich sehr lebensreformiert eingestellten Bewegung zur Politik kaum viel Mühe gemacht, ihre Einstellung zum Staat festzustellen. Eine besonders der Jugend eigenartige Einstellung ist daraus nicht entstanden, wohl haben die einzelnen Jugendrichtungen die Auseinandersetzungen in den ihnen nahestehenden Parteigruppen stark beeinflußt.

Ursache für das bedingte Verhältnis zum Staat ist erst die Tatsache, daß der Staat, der ein Kind der Not ist, die vielen Hilfsansprüche nicht voll befriedigen konnte. Weiter steht der Staat heute viel mehr im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens. Er hat einen sehr vergrößerten Wirkungskreis, das schafft außerordentlich viel mehr Reibungsflächen. Das Verhältnis der Jugend zum Staat wird sich in dem Maße bessern, in dem sie die bisherigen Bestimmungen der Republik erkennt, und die großen Aufgaben, die ihr im republikanischen Staate noch gesetzt sind.

Als zweiter Referent sprach Herr Joos (M. d. R.): An welche Jugend denken wir, wenn wir das Wort auf die Lippe nehmen. Jugend ist nicht gleich, sie ist höchst differenziert. Denken wir zunächst an den Unterschied der Geschlechter in der Jugend. Ein Unterschied ist zwischen Jugend, die noch eben aktiv den Krieg miterlebt hat. Ein Unterschied gegenüber denen, die ihn als Schulkinder erlebt haben und wieder ein Unterschied bei der Jugend, die nichts unmittelbar mehr darüber erfahren hat. Weitere Unterschiede ergeben sich durch soziologische, weltanschauliche, politische Gesinnung, die Einflüsse der Presse, das öffentliche Leben, Kino, Film, Radio, prägen den Charakter mit. Nicht zu vergessen ist bei all dem, daß der junge Mensch etwas Veränderliches ist, etwas sich Wandelndes, Wechselndes. Gemeinsam ist der Jugend von heute, daß sie das Leben und seine Verhältnisse in einer anderen Art empfindet. Das Alter geht vom Verstand aus, Jugend mehr vom Gemüt, der intellektuelle Mensch geht in Teilen, Jugend geht aufs Ganze, der reife Mensch denkt abstrakt, Jugend immer lebendig. Darum sieht und erlebt sie den Staat anders. Je nach der Art, wie er ihr begegnet.

Jugend steht viel näher dem Volke als dem Staate. Das juristische Gebäude, die Organisation von Recht und Verwaltung, die ganze Apparatur des Staates liegt ihr nicht. Das Volk in den Kameraden, Freunden, Nachbarn, in Verwandtschaft und Heimat, liegt ihr viel näher. Kein abstrakter staatsbürgerlicher Unterricht kann sie überzeugen. Das Mitleben mit dem Staate ist hier nicht nur ein Wissen vom Staate, sondern ein Eingreifen und von ihm ergriffen werden; in seinem Wirken, in der Schule, im Haus, im Betrieb kann der Staat als regelnde und pflegende Macht erscheinen, auch in seinen Gesetzen bei Wahlen, bei Parlamentsdebatten.

Jugend hängt an der lebenden Repräsentation. Wer den Staat verkörpert als Verwaltung und Behörde, von der Gemeinde bis zum Parlament, vom Stadtverordneten bis zum Minister, das ist für den jungen Menschen der Staat. Jede Skandalgeschichte, die breitgetreten wird, nimmt ihm ein Stück Staatsgefühl.

Das sehen wir als Ergebnis im Maße von Eindrücken und Einflüssen, eigene und fremde, durch Orientierung. Wir finden sie in den Organen der Jugend selbst, in ihren Bünden, Gemeinschaften und Organisationen. Aber sie erfassen nicht die gesamte Jugend. Ein großer Teil geht abseits unbestürmt und unergriffen. Wohin treibt sie?

Der Staat kann nicht verzichten auf Jugend, denn sie ist das Volk und der Staat von morgen. Er muß Mittel und Wege zur Jugend suchen. Er hat sie gesucht und zu einem Teil bereits gefunden. In Schule und Jugendpflege hat er sie gefunden. Der Staat kann vorhandene Organisationen, Bünde, Verbände aller Art verwenden, indem er sie stützt und fördert. Er kann durch sie beraten. Er kann das Gebiet der Jugendfragen durchforschen. Er kann vorhandene Energien zusammenfassen. Man denke an Fragen der Jugendferien, Verwendung von Freizeit, Fragen der Hilfe für erwerbslose Jugend. Allerdings kann der Staat nicht alles, weil er nicht von einer einheitlichen Anschauung getragen ist. Aber er muß bedacht sein auf die Erhaltung des Bewußtseins für seine sittliche Idee und seine sittlichen Aufgaben. Das muß auch der heutige demokratische Staat, die Deutsche Republik. Aus dieser Autorität kommt ihre Macht und ihre Gewalt. Weil der Staat das Volk repräsentiert, muß er das ererbte Volksgut wahren. Sinn für Ueberlieferung pflegen, den Gedanken der Selbstbehauptung als Volk wie den anderen Gedanken der Volkssolidarität.

Der heutige Staat wird die bunte Mannigfaltigkeit und Vielerleiheit in der Arbeit für die Jugend anerkennen. Die Erziehung zu einer Ueberzeugungslosigkeit kann nicht sein Ziel sein. Jede Weltanschauungsgruppe soll fest sein, aber aufgeschlossen für die Anerkennung jeder echten Ueberzeugung. Doch gehört vom Staat aus Einsicht, Klugheit, Zurückhaltung und Weite. Daraus muß ein System erwachsen von Zusammenwirken von Staat und freier Initiative. Das wird neue Jugend im neuen Staat.

Zu diesen beiden Referaten sprachen in der Diskussion Pfarrer Philips (Jugendpfarramt Düsseldorf), Grupp vom DGA, Essen, Dr. Klein vom WSV., Konrektorin Heinen, Dr. Steets vom Landesarbeitsamt Köln, die Kreisjugendpflegerin Frl. Künning und Kreisjugendpfleger Voß.

Im zweiten Teil der Beratungen wurde der Jahresbericht über die Jugendpflege im Regierungsbezirk Düsseldorf (Maiheft der Rhein. Jugend 1930) zur Besprechung gestellt. Regierungsrat Dr. Becker gab dann noch einen Ueberblick über die Verteilung der Jugendpflegemittel im Rechnungsjahr 1929 für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Es standen zur Verfügung und sind auf einzelne Jugendpflegeeinrichtungen verteilt worden rund 450 000 Mark. Besondere Aufmerksamkeit soll für die Folge der erwerbslosen und der nicht in Vereinen und Vereinigungen organisierten Jugend gewidmet und im Arbeitsausschuß für Jugendpflege in Verbindung mit dem Landesarbeitsamt in Köln und der Berufsschule erwogen werden, wie dies in geeigneter Weise geschehen kann.

Nach Schluß der Tagung hatte die Stadt Neuß zu einer Besichtigung der städtischen Anlagen und Jugendpflegeeinrichtungen und zu einer Hafenrundfahrt eingeladen.

Fusion im Versicherungsgewerbe

Die nach den verschiedenn Krachs im Deutschen Versicherungsgewerbe notwendig gewordene Reorganisation scheint erfolgreich zu verlaufen. Neben dem Frankfurter Versicherungskonzern (Favag) geriet die „Vaterländische" und „Rhenania", Vereinigte Versicherungsgesellschaften A.-G., in Schwierigkeiten. Sie wurde vom Nordstern aufgenommen. Mit der Fusion ergab sich die Notwendigkeit einer großzügigen Umorganisation. Wie die Nordstern A.-G. jetzt in ihrem Geschäftsbericht für 1929 mitteilt, ist die Liquidation der Verlustgeschäfte bei der Vaterländischen und Rhenania im Gang. Allerdings stehen noch weitere Verluste aus, über deren Umfang jedoch nichts gesagt wird. Besonders verlustreich scheint die Transportversicherung aus dem indirekten Geschäft der Vaterländischen gewesen zu sein.

Selbstverständlich hat die Liquidation der Verlustgeschäfte erhebliche Mittel gefordert. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist dazu Versicherungsverluste mit 4,54 Millionen Mark und Kursverluste mit 440 000 ℳ aus. Die Abschreibungen wurden auf 4,47 Millionen Mark festgesetzt. Trotz der nicht unerheblichen Anforderungen an die Finanzkraft des Konzerns ergibt sich ein Reingewinn von 1,27 Millionen Mark. Daraus soll eine Dividende von 14 Prozent gezahlt werden.

Terrorismus gegen Konsumvereinsmitglieder

Der Einzelhandelsverband Thüringens, Ortsgruppe Jena, Gewerbeverein Jena, stellt in einem Rundschreiben an seine Mitglieder die Entwicklungszahlen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zusammen und bemerkt dazu:

„Aus dieser Aufstellung ergibt sich der gefahrdrohende Aufschwung eines unserer größten Feinde. **Wir haben in diesen Tagen die Liste der Mitglieder der Konsumgenossenschaft Jena uns abgeschrieben** und dabei die erstaunliche Feststellung machen müssen, daß sich unter den Mitgliedern eine ganze Reihe von Geschäftsleuten und Handwerkern befinden. Kein Wort der Verurteilung kann für einen solchen gewissenlosen Verrat des eigenen Standes scharf genug sein."

Es wäre zweckmäßig, wenn eines der in so unerhörter Weise beschimpften Mitglieder des Konsumvereins den Urhebern des Rundschreibens einmal Gelegenheit gäbe, über die Folgen der Beleidigung nachdenken zu müssen. Die Konsumvereine werden natürlich Geschäftsleute und Handwerker, die bei ihnen Aufträge suchen, sehr genau daraufhin prüfen, ob sie irgendwie mit solchen Rundschreiben in Verbindung stehen.

Arbeiter-Sport.

Auswahlspiel um die Bezirksvertretung des 3. Bezirks

Fußballvorschau für Himmelfahrt

Der dritte Bezirk hat alljährlich seine Vertretung zu wählen und eine Mannschaft zu ermitteln, die in würdiger und guter Technik den 3. Bezirk in den Spielen gegen andere Bezirke des Kreises vertritt. Bisher galt der 3. Bezirk stets als einer der besten und spielstärksten des Kreises. Die Statistiken heben sich aber stark gegen den 3. Bezirk ab. Auch an Mitgliedsstärke hatte der 3. Bezirk einen Vorrang im Kreis. Es gilt nun, dieses Jahr wieder eine Elf zu ermitteln, die nach außen hin das Wuppertal glänzend vertritt, zumal der Kreismeister hier wohnt. Der B.-A. hat auch Spieler aus Mannschaften aufgestellt, die sich mit dem Kreismeister messen können. Die Spieler sind meist aus den Stellungen, die sie in ihren Vereinen spielen, herausgehoben worden. Zwar ist es nicht immer leicht, das Richtige zu treffen, doch ein Spieler, der einigermaßen technisch gebildet ist, muß in der Lage sein, den Zusammenhang in der Mannschaft zu finden. Ein Einspielen darf bei solcher Mannschaft nicht lange dauern. Schon kurz nach Beginn muß die Fühlung genommen, die Nebenspieler erkannt sein, besonders, wo es sich um geschulte und erfahrene Spieler handelt. Man kann von solchen Spielern verlangen, daß sie sich jeder Situation anpassen können.

Die Mannschaften stehen in folgender Aufstellung:

A-Mannschaft:

Krämer (Eiche)
Schneider (1911) Weischat (Sonnborn)
Langhut (Sonnb.) Hepperle (West) Hirt (West)
Korten (Eiche) Bred (West) Gutseel (1911) Holstein (Ohligs) Wichnatz (Loh)
Ersatz: Loh.

B-Mannschaft

Meis (Fr. Mut)
Goenen (96) Blomberg (Loh)
Schuh (Loh) Löhken (O.-Spr.) Riepelsiep (O.-Spr.)
Nirpet (Velb.) Altenfeld (96) Köhl (Fr. Mut) Pennekamp (O.-Spr.) Silbermann (Haßlingh.)
Ersatz: 1911.

Nach der vorstehenden Aufstellung zu urteilen, hat zweifellos die B-Mannschaft ein Plus zu verzeichnen. Hier sehen wir bekannte Spieler, die mit zu den besten des Bezirks gehören.

Die A-Mannschaft ist scheinbar nicht so glücklich gewählt. Der Torhüter ist Meister seines Faches. Die Verteidigung wird mit sicheren und weiten Schlägen zu klären verstehen.

Das Spiel muß ein interessantes werden. Die Mannschaften bieten die Gewähr für ein erstklassiges Spiel. Das Spiel beginnt um 3 Uhr auf dem Jahnplatz in Barmen. Die Mannschaften haben um 2 Uhr auf dem Platze zu sein. Schuhe, Stutzen und schwarze Hose sind mitzubringen.

Vor dem Spiele findet das Serienspiel BS. Schwelm gegen Barmen-Leimbach seine Wiederholung. Beginn um 1.15 Uhr.

Um 12 Uhr findet ein Jugendspiel 1911 gegen Herzkamp statt.

Der Jahnplatz hat am Sonntag alle Arten der Fußballspiele zu erwarten: Jugend-, Serien- und Bezirksspiel.

*

Voranzeige für Pfingsten.

Pfingstmontag: Barmen-Loh 1. gegen Freie Turnerschaft Braunschweig. — Barmen-Loh Handball gegen Kaiserau. — Barmen Jugend gegen Köln 93.

Sämtliche Spiele des Nachmittags auf dem Platze am Clausenhof in Barmen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe Elberfeld.

Programm für Himmelfahrt (29. Mai): Morgenfahrt: Rohwinkel-Osterholz-Gruiten. Treffen 7 Uhr: Rathaus. Führer: Erich Mohr. — Jugendabteilung: Tages-Badetour. Treffen 6.30 Uhr: Rathaus. Führer: Otto Leckebusch. Motorradabteilung: Fahrt ins Blaue. Treffen 7 Uhr: Tietz. — Gäste sind zu sämtlichen Veranstaltungen herzlichst eingeladen. H. Z.

Wuppertal, Abteilung Barmen.

Donnerstag, 29. Mai (Himmelfahrtstag): Radfahrer: Fahrt zur Kirspe-Talsperre. Abfahrt 6 Uhr: Wupperfelder Markt. Führer: Berkel-Gäfke.

Motorradfahrer: Fahrt nach Eitorf an der Sieg zur Besichtigung des Schullandheims der Freien Schule Barmen. Abfahrt 7 Uhr: Hauptbahnhof Barmen. Führer: Bleses.

Freitag, 30. Mai, 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Dörner Hof", Barmen, Oberdörnerstr. 51.

Rüstet für die Tage des Volkssports!!

2. Westdeutsche in Dortmund 1. bis 3. August

Reichsarbeitersportag und Bezirksfest 20. Juli Stadion Elberfeld

Schauturnen in Remscheid

Die Freie Sportgemeinde Remscheid veranstaltete am vergangenen Sonntag ein Schauturnen. Der Zweck, dem Publikum zu veranschaulichen, wie sich ein Uebungsabend der Arbeitersportler gestaltet, wurde voll und ganz erreicht. Wie beim allgemeinen Uebungsabend wurde auch diese Morgenveranstaltung mit Lauf- und Gymnastikübungen eingeleitet, dem anschließend das Geräteturnen, ausgeführt von sieben Riegen, folgte. Gemessen an der allgemeinen Sportentwicklung der letzten Jahre konnte festgestellt werden, daß sich die Remscheider Genossen gerade im Geräteturnen beachtliches Können bewahrt haben, was insbesondere bei dem Barrenturnen der ersten Riege zum Ausdruck kam. Auch die erst kürzlich ins Leben gerufene Turnerinnenabteilung zeigte recht gute Anfänge am Pferd. Sehr gut gefielen die von Schülerinnen und Schülern gezeigten Freiübungen und bleibt hier nur der Wunsch offen, daß es dem Verein recht bald gelingt, eine größere Schar Kinder um sich zu sammeln. Die Kinder waren es auch, welche nach gut geturnten Stabübungen der Jugend mit lustigen Singspielen und mit Hilfe eines zum Spielmann herausstaffierten Genossen eine heitere Note in die Veranstaltung brachten.

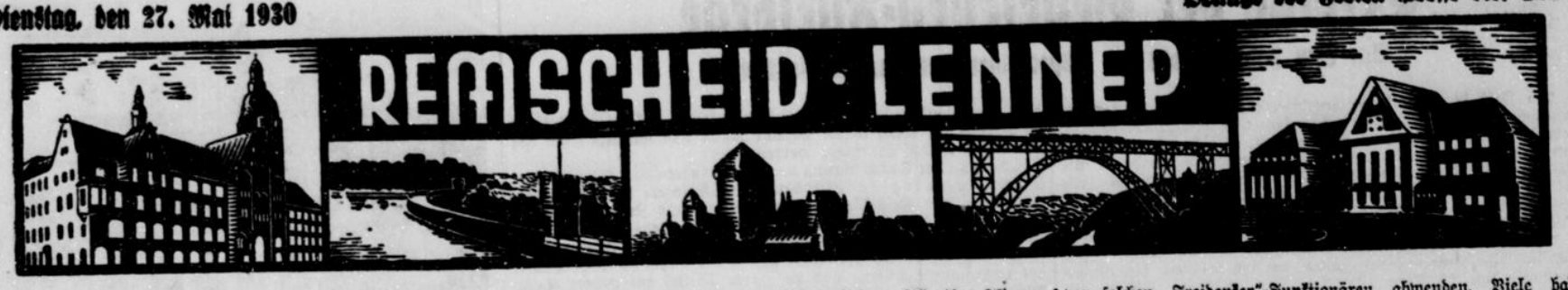
Ein Erfolg für sich waren die von über 50 Genossinnen und Genossen geturnten Freiübungen zum 2. „Westdeutschen" in Dortmund. Hoffentlich gelingt es der Vereinsleitung, ebensoviele Genossinnen und Genossen nach Dortmund zu führen. Nach Keulenübungen der Sportler, sehr flott und lebendig durchgeführten allgemeinen Sprüngen an zwei Pferden und einem Sprungbock und eines lustigen Spieles stellten sich sämtliche Teilnehmer zu einem wirkungsvollen Schlußbild zusammen. Der Vorsitzende des Vereins wies die zahlreichen Zuschauer auf den Zweck der Veranstaltung, die Lage des Vereins und die Ziele der Arbeitersportbewegung hin und schloß mit der Bitte an jeden, selbst den Sportbetrieb im Arbeitersportverein aufzunehmen oder doch zumindestens Kinder und Jugendliche dorthin zu schicken. Daß gerade die Jüngsten im Arbeitersport gut aufgehoben sind, hat die Veranstaltung treffend bewiesen.

Wie hoch der mit dieser Veranstaltung errungene Erfolg der Remscheider „Bundestreuen" zu bewerten ist, kann nur der beurteilen, der die politische Lage im Remscheider Bezirk kennt; ist doch kein Bezirk von der Opposition und ihrer Minierarbeit so stark betroffen worden und hat wohl kaum ein zweiter Bezirk durch die Spaltung so viele Mitglieder verloren, als gerade der Remscheider. Die geschäftliche und technische Leitung des Vereins hat es in prachtvoller Weise verstanden, den Verein neu aufzubauen und, wie man hoffen wird und kann, zu befestigen.

Zum 17. Bundestag des ATSB.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund, die größte Arbeiterorganisation für die Leibesübungen in Deutschland und der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale, hat für die Zeit vom 1.—6. Juni das Bundesparlament einberufen. Zweihundert Delegierte aus dem Reich werden mit dem Bundesvorstand und den Kreisvertretern über das Vergangene rechten und über die weiteren Geschicke des Bundes beschließen. Das große Interesse an der Tagung kommt auch darin zum Ausdruck, daß dreißig Gäste ihr Erscheinen zugesagt haben, darunter Vertreter des SPD.-Parteivorstandes, der Reichstags- und preußischen Landtagsfraktion, des ADGB., der Behörden und anderen Körperschaften und Organisationen.

Den Berichten der Bundesverwaltung wird sich die Behandlung der Pressefrage anschließen, die nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes dahingehend ihre Lösung finden dürfte, daß die Fußballspieler ein eigenes Bundesorgan erhalten und die „Freie Sportwoche" das alleinige Organ der Handballspieler, Leichtathleten und Wintersportler wird. Zum nächsten Tagesordnungspunkt wünscht ein Antrag des Bundesvorstandes mehr Bewegungsfreiheit bei den Entscheidungen über die Teilnahme an staatlichen und kommunalen Veranstaltungen, um die Stärke der Bundesbewegung mehr als bisher gegenüber der Oeffentlichkeit und den Behörden vertreten zu können. An dem Grundsatz, keine Gemeinschaft mit dem bürgerlichen Sport soll nicht gerüttelt werden, lediglich mehr taktische Freiheit wird gewünscht. Ueber diesen Punkt ist ein Kampf der besten Rednergarnituren zu erwarten und wird die verschiedenen Probleme der Machtgewinnung des Arbeitersports aufrollen. Einen anderen Höhepunkt des Bundestages wird der Vortrag „Durch freie Erziehung zum freien Volk" von Lehrer Pflugk-Leipzig darstellen. Den weiblichen Bundesmitgliedern soll ein größeres Betätigungsfeld im Funktionärkörper eingeräumt werden. Diesbezügliche Anträge des Bundesfrauenausschusses liegen vor und lassen in Köln eine rege Aussprache über die Selbständigkeit der Frau im Bund erwarten. Den Bedürfnissen des Bundes entsprechend sieht die Tagesordnung eine Statutenänderung vor. Den Abschluß der Verhandlungen bilden die Wahlen und die Bestimmung des nächsten Bundestages. Sehr wahrscheinlich wird ein Beschluß zustandekommen, der die Abhaltung des Bundestages statt aller zwei Jahre, aller drei Jahre vorsieht. Den Verhandlungen in Köln wird mit größtem Interesse entgegengesehen.



Remscheid, 27. Mai.

Ein teurer Vergleich

Die Stadt muß blechen, so oder so.

Mit einer sehr üblen Sache beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung die städtische Finanzkommission. Es handelt sich um die **Liquidierung einer Schuld der früheren Stadt Lennep** gegenüber dem Tiefbauunternehmer Hubert Potthoff in Lennep, dem vor zwei Jahren der Bau der Ringstraße zum Preise von 280 000 ℳ übertragen worden war. In dem Vertrage hatte sich die Stadt verpflichtet, dem Unternehmer zur Durchführung dieser Arbeit hundert Arbeiter zu stellen. Infolge des Rückgangs der Erwerbslosigkeit war die Stadt bald nicht mehr in der Lage, diese Arbeiter stellen zu können und ergaben sich infolge der dadurch bedingten Fehldispositionen für den Unternehmer Potthoff wesentliche Nachteile, wofür er die Stadt haftpflichtig machte.

Die Auseinandersetzung zwischen der Stadt Lennep bezw. später Groß-Remscheid und dem Unternehmer Potthoff hat die verschiedensten Stadien durchlebt, bis am Montag, den 26. Mai, endgültig das Schiedsgericht sich damit befassen sollte.

Kurz vor „Torresschluß" also nahm die Finanzkommission Stellung zu einem Vergleichsangebot des Herrn Potthoff, wonach er nicht weniger als 50 000 ℳ, sowie für 1½ Jahre Zinsen und zwei Drittel der Kosten des Verfahrens verlangte.

Nach Lage der Sache wurde angenommen, daß das Schiedsgericht die Stadt zur Zahlung einer wesentlich höheren Summe verpflichten würde und stimmte man daher dem Vergleich zu.

Das hiesige Kommunistenblatt nimmt auf Grund dessen Gelegenheit, zu „zeigen, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien und die SPD. der Verwaltung helfen, Unternehmern Riesengeschenke in den Rachen zu werfen". Wie üblich, läßt das Blatt auch in dem angezogenen Artikel jeden Hinweis darauf vermissen, in welch anderer Richtung der Ausweg hätte gesucht werden können. Ja, man gibt sogar zu: „Man sagte sich, das Gericht würde wahrscheinlich die Stadt noch zu einer höheren Summe verurteilen." Man findet in dem Artikel auch keinen Hinweis darauf, was in der kommunistischen Fraktion „man sich sagte". Man schimpft eben nur, und darum dürfte es die Oeffentlichkeit interessieren, daß die schimpffreudigen Herren der KPD. in der Kommission weiter nichts sagten, als daß sie in der Sache, von der sie in der „Stimme" so viel schreiben, nicht orientiert seien.

Damit wollen wir die Leutchen, die im großen und ganzen ja niemand, erst recht aber nicht als Kommunalpolitiker, ernst nimmt, laufen lassen.

Es ist in diesen Tagen wieder Mode geworden, sich ganz besonders aus Anlaß der Etatsberatung der „nachteiligen Wirkungen" der Eingemeindung zu erinnern. Aus diesem Beispiel aber ist wieder einmal klar erwiesen, wie verhängnisvoll für eine verhältnismäßig kleine Gemeinde die Durchführung eines großen Projekts werden kann. In Groß-Remscheid wären sicher hundert Arbeiter zum Bau der Ringstraße vorhanden gewesen. Die Unmöglichkeit einer ergänzenden Hilfe der Gemeinden untereinander hat hier die Stadt Lennep gegenüber dem Unternehmer Potthoff schadenersatzpflichtig gemacht. Die Allgemeinheit trägt die Kosten, denn letzten Endes ist es gleichgültig, aus welcher örtlichen Kasse bezahlt wird.

Einzelheiten zur Namedy-Fahrt

Laut Beschluß des Unterbezirksvorstandes wird die Fahrt am 17. August erfolgen, und zwar per

Extrazug,

der in Lennep eingesetzt wird. Von Köln geht die Fahrt per Dampfer weiter. Die Bergfahrt des Dampfers dauert 5, die Talfahrt 3 Stunden.

Jeder Teilnehmer erhält auf dem Dampfer kostenlos Mittagessen. Außerdem fährt eine Musikkapelle mit. Der Aufenthalt auf der Insel Namedy wird etwa drei Stunden betragen. Dortselbst ist selbstverständlich für den Empfang der Besucher und ihre sachgemäße Unterweisung über die Einrichtungen, das Leben und Treiben im Lager usw. alles vorbereitet.

Die Kosten für die Teilnahme betragen ab Bahnhof Remscheid oder Lennep 8,20 Mark. 10 Mark sind von jedem Teilnehmer zu sparen. Der zu viel eingezahlte Betrag wird während der Fahrt zurückbezahlt.

So ist alles getan, um für verhältnismäßig geringe Kosten den Teilnehmern einen genuß- und erlebnisreichen Tag zu sichern.

Niemand lasse sich die Gelegenheit entgehen. Es ist notwendig, sich jetzt zu entschließen, da nach dem 15. Juni Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen werden können.

Schon jetzt sind die Anmeldungen sehr zahlreich. Jedes Mitglied der Partei wird dieserhalb besucht, aber auch Anhänger unserer Bewegung können sich beteiligen. Jeder Parteigenosse aber und jede Genossin, denen es die wirtschaftliche Lage erlaubt, einmal im Sommer einen schönen und erlebnisreichen Tag am Rhein zu verleben, muß es sich zur Pflicht machen, dabei zu sein. Außer den Kassierern nimmt auch die Buchhandlung der „Freien Presse" Anmeldungen entgegen.

„Wibbels Auferstehung"

Remscheider Schauspielhaus

Hans Müller-Schlössers Schneider Wibbels 2. Teil gelangte am Sonntag zur Erstaufführung. Der 1. Teil fand vor zwei Jahren mit dem Schneiderpaar Astor-Fehrmann starken Beifall. Unser jetziges Paar Karl Hans Schäffler und Anne-Liese Thiele übertraf es noch. Karl Hans Schäffler zeigte gestern, daß er nicht nur dramatische Rollen meistern, sondern auch echten Humor bieten kann. Die junge Künstlerin Anne-Liese Thiele hat in der Rolle der Frau Fin einen großen Schritt weiter auf ihrer künstlerischen Laufbahn getan. Die Darstellung dieser Rolle war eine Glanzleistung. Hans Joachim erwies sich wiederum als vorzüglicher Spielleiter. Er brachte die Komik des Stückes ausgiebig zur Geltung. Vor allem wurde auch die flotte, rheinische Sprache gewahrt, was uns die Komödie besonders liebenswert macht. Schneidig spielte er auch die Rolle des Kommissars. Jonny Werner mimte vorzüglich den kriecherischen Schreiber Fliegenschmidt. Um das gute Gelingen machten sich außerdem verdient Erich Meißel-Lesor als Pate Krönkel, Joseph Gurk als ewig durstiger Polizeidiener Drögendick, Peter Otten und Agi Morasch als Ehepaar Mölfes, Hans Wehrl als Peter Zimpel, Ludwig Rose als Blechschläger Pangdich, Karl Bock als Vagabund und Ottomar Mahr als Wirt zum schwarzen Anker.

Leider war der Besuch sehr schwach. Dieser 2. Teil von Schneider Wibbel übertrifft unstreitig den 1. Teil an Humor und ist deshalb ein Besuch bestens zu empfehlen. Gg.

r. **Im Rahmen der internationalen Frauenwerbewoche der Partei** werden die hiesigen Genossinnen, wie die gestern abend im Lokale Thiel, Bismarckstraße, stattgefundene Frauenversammlung beschloß, eine Werbeaktion durchführen. Von einer besonderen Veranstaltung wird Abstand genommen. Die Kundgebung in Landwehr, die der am Freitag an dieser Stelle erschienene Artikel behandelte, gilt für den Bereich des früheren Unterbezirks Solingen, nicht für Remscheid.

r. **„Amnestie".** Das Schauspiel wird morgen abend zum letzten Male und zwar in der geschlossenen Werbevorstellung der Volksbühne aufgeführt. Der Eintrittspreis zu dieser Vorstellung beträgt nur 60 ₰. Eine Anzahl Platzkarten sind noch verkäuflich. Man wende sich dieserhalb an das Büro des Metallarbeiterverbandes, Papenbergerstr. 22.

r. **Straßenbahn- und Autobusverkehr am Himmelfahrtstag.** Am Donnerstag, den 29. Mai, wird der Straßenbahnverkehr vormittags wie an Wochentagen, dagegen der Autobusverkehr wie an Sonntagen durchgeführt. Nachmittags verkehren auch die Straßenbahnen wie an Sonntagen. (Näheres siehe Bekanntmachung im Inseratenteil.)

r. **Eine gefährliche Situation** ergab sich am Samstagabend in dem unausgebauten Teil der Bauluststraße zwischen Scheiderstraße und Schützenstraße, wo ein Auto seitlich ins Rutschen kam. Nur dem Umstande, daß an dieser Stelle sich keine Passanten auf dem Bürgersteig befanden, ist es zu danken, daß niemand zu Schaden kam. Der Vorfall hat seine Ursache darin, daß die Straße eine sehr starke seitliche Neigung hat und an der einen Straßenseite etwa einen halben Meter niedriger liegt. Die Folgen wären unabsehbar gewesen, wenn der Vorfall sich ereignet hätte zu der Zeit, wo das Lyzeum den Unterricht schließt. Es handelt sich um einen außerordentlichen Gefahrenpunkt, der jedoch infolge der im Tiefbauetat vorgenommenen Streichungen auch in diesem Jahre nicht beendet werden dürfte.

Düsseldorf-Mettmann

Velbert, 27. Mai.

Die Etatsberatung

hat hier gestern begonnen. In fünfstündiger Sitzung wurde der größte Teil des Etats in der Spezialdebatte durchgenommen, nachdem Bürgermeister Dr. Tweer eine eingehende Begründung gegeben hatte. Die KPD. hatte zu allen Kapiteln eine Reihe Anträge gestellt, die aber sämtlich abgelehnt wurden. Soweit der Etat durchberaten werden konnte, wurde er im wesentlichen in der Verwaltungsvorlage angenommen. Lediglich bei der Handelsschule wurde eine Aenderung insofern beschlossen, als statt der zwei Lehrkräfte nur eine abgebaut werden soll. Die für Unterstützung kultureller Vereine auf 1000 ℳ erniedrigte Summe wurde auf 2500 ℳ erhöht. Heute ist die Fortsetzung der Beratungen. Die wesentlichen Etats, die noch zur Beratung stehen, sind der Wohlfahrtsetat und der Steueretat.

Es geht bergab

nämlich bei den kommunistischen Freidenkern.

Es wird uns geschrieben: Das Vertrauen der Mitglieder zu deren Organisation schwindet immer mehr. Das beweisen die in letzter Zeit zahlreich erfolgten Uebertritte zum alten Freidenker-Verband. Als im vorigen Jahre noch einige zu den kommunistischen Freidenkern übertraten, weil sie glaubten, durch einen geringeren Beitrag etwas zu sparen, wurde in der „Freiheit" ein Jubelgeheul ob dieses Erfolges angestimmt. Kann denn ein Mitglied Vertrauen zu einer Organisation haben, die im Verlauf eines Jahres viermal die Leitung wechselt? Als zu Anfang vorigen Jahres die Spaltung perfekt wurde, holten die Beauftragten der KPD.-Zentrale dem Kassierer gewaltsam das Material aus dem Hause, wobei es sogar zu Tätlichkeiten kam. Doch auch der neue Vorstand fand nicht Gnade vor den Gewaltigen der Bezirksleitung. Eine Freidenkerbewegung, die unter der Diktatur einer politischen Partei steht, kann sich niemals als solche auswirken. Sogar bei Leichenbegängnissen wird die Parteipolitik in den Vordergrund gestellt. So fand kürzlich eine Beisetzung statt, wo als Redner ein Herr Obabeckt aus Haan anwesend war. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, welche dem Verstorbenen gewidmet waren, schon war er in seiner Rede beim ostsibirischen Bahnkonflikt gelandet. Erst eine Hymne auf Sowjetrußland, das Paradies aller Proletarier, dann eine Jeremiade für das arme, friedliebende, ringsum von kriegslüsternen Feinden bedrohte Land, die ihm den Garaus machen möchten. Pathetisch rief er am Schluß seiner Rede aus: „Hände weg vom Sowjetrußland". Wie mag den Leidtragenden wohl zumute gewesen sein bei einer solchen „Trauerrede"? Ein ausgezeichneter Grabredner ist auch der derzeitige 1. Vorsitzende der „proletarischen Freidenker von Moskaus Gnaden", Kurt Lehmann. Das hat die letzte Beisetzung bewiesen. Es scheint doch ziemlich Ebbe in der Kasse zu herrschen, daß es nicht mehr langt zum Fahrgeld füe einen guten Grabredner von auswärts. Bisher konnte noch aus dem Vollen geschöpft werden. Die unterschlagenen Gelder sind verbraucht, man ist jetzt auf die eigenen Einnahmen angewiesen. Es verlautet sogar, daß die Ausgabe die Einnahme um 4000 Mark überschritten habe. Von einer freigeistigen Propaganda, Schulung der Funktionäre usw. kann bei solcher Sachlage natürlich keine Rede sein. Auf letzteres scheinen diese Leute überhaupt wenig Wert zu legen. Wie könnte es sonst vorkommen, daß ein Beitragssammler schon in den Vormittagsstunden derart „geistesvoll" war, daß er Mühe hatte, sich auf den Beinen zu halten. Mit Abscheu müssen sich alle Mitglieder von solchen „Freidenker"-Funktionären abwenden. Viele haben den Weg schon zurückgefunden, viele werden ihn noch finden. Uebertritte sind bis zum 50. Lebensjahre jederzeit möglich. Wer seine Rechte gewahrt wissen will, der trete ein in den großen Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, der trotz der kommunistischen Umtriebe sich glänzend behauptet hat.

Ist eine private Kraftwagenlinie strafbar?

Der Kraftwagenhalter Emil K. und der Kraftwagenfahrer Eduard W., beide von Velbert, waren vom Amtsgericht Velbert zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten beide Berufung eingelegt. Die Angeklagten fuhren zweimal täglich von Kupferdreh nach Velbert und zurück, um Arbeiter zu befördern, die sonst keine Fahrgelegenheit hatten. Die ganze Strecke war in drei Teilstrecken eingeteilt und der Preis schwankte zwischen 30—10 ₰ für eine Fahrt bezw. 3 bis 1 ℳ für 12 Fahrten in der Woche. Nach einer eingehenden Beweisaufnahme hob die Strafkammer das erste Urteil auf und sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Zur Begründung des Urteils wurde folgendes ausgeführt: Die Angeklagten fuhren in regelmäßigen Zwischenräumen eine bestimmte Strecke zu bestimmten Preisen ohne Erlaubnis. Die Benutzung des Fahrzeuges war aber nicht jedem, nicht einer unbegrenzten Menge Menschen zugängig, sondern nur immer den gleichen Personen. Auch an den Teilstrecken wurden keine fremde Leute mitgenommen, wenn sie sich nicht vorher anmeldeten. Ferner sind keine Fahrscheine ausgegeben worden, sondern alle Fahrtteilnehmer wurden namentlich in einem Kontrollbuch aufgeführt und nach diesem Buch die Kontrolle ausgeübt. Nach dieser Sachlage konnte das Gericht sich nicht der Ansicht verschließen, daß es sich doch um bestellte Fahrten gehandelt hat, auf die der in erster Instanz zitierte Paragraph keine Anwendung finde. Das Gericht mußte somit auf einen Freispruch erkennen.

v. **Schweinezählung.** Am 2. Juni dieses Jahres findet die zweite vierteljährliche Schweinezwischenzählung statt. Im Gegensatz zu früheren Zählungen wird bei dieser Zählung noch die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche (Aecker, Wiesen- und Weideland zusammengenommen) und die Fläche des Ackerlandes im besonderen, die von den Schweinehaltern selbst bewirtschaftet wird, erfragt. Die Zählung wird, wie immer, unter der Leitung der Ortspolizeibehörde durch freiwillige Zähler vorgenommen. Die Ergebnissen dienen nicht zu Steuerzwecken, sondern sie sollen Aufschluß geben über den Stand und die Entwicklung der Viehzucht. Wer vorsätzlich die Anzeige des Viehbestandes nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bezw. Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ bestraft. Auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil als dem Staat verfallen erklärt werden.

v. **Die städtische Freibadeanstalt** ist geöffnet. Die Badezeiten sind dieselben wie im Vorjahre, und zwar: a) für Herren: Sonntags: vorm. 9—11. Montags: vorm. 8—10, nachm. 3—6.30 Uhr, Dienstags: vorm. 8—12, Mittwochs: 10.30—12, nachm. 3—6 Uhr, Donnerstags: vorm. 8—10, nachm. 3—6.30, Freitags: 8—12 Uhr, Samstags: vorm. 10.30—12, nachm. 3—8 Uhr. b) für Damen: Sonntags: vorm. 7—9 Uhr, Montags: vorm. 10—12 Uhr, Dienstags: nachm. 3—6.30 Uhr, Mittwochs: vorm. 8—10.30, nachm. 6 bis 8 Uhr, Donnerstags: vorm. 10—12 Uhr, Freitags: nachm. 3 bis 6.30 Uhr, Samstags: vorm. 8—10 Uhr. Kassenschluß jeweils ½ Stunde vor Schluß der Badezeit. Kindern im Alter bis zu 14 Jahren ist der Zutritt zur Badeanstalt — außer an den Vormittagen — nur nachmittags von 3—6 Uhr gestattet. Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags, nachmittags von 6.30 Uhr ab, und Sonntag, vormittags von 11 Uhr ab, steht die Anstalt den Schwimmvereinen zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung.

v. **Ueberfahren** wurden an der Endhaltestelle in Werden zwei Frauen von einem Motorradfahrer. Während die eine ohne nennenswerte Verletzungen davonkam, wurde die andere erheblich verletzt und dem Krankenhause zugeführt. Der Ehemann der letzteren verabreichte dem rücksichtslosen Fahrer eine gehörige Tracht Prügel, bis die Polizei erschien und den Tatbestand aufnahm.

v. **Die Kapelle der Schutzpolizei Wuppertal** hatte am Sonntag zu einem Promenadenkonzert eingeladen und zwar am Blumenweg. Der überaus zahlreiche Besuch dürfte Veranlassung dafür sein, solche Konzerte zu wiederholen; es wäre zweckmäßig, wenn sich auch hiesige Kapellen für derartige Zwecke zur Verfügung stellten. Auch für die Gesangvereine, so für den Allgemeinen Konzertverein Volkschor, wäre es ein dankbares Feld, in dieser Beziehung tätig zu sein.

v. **Die Verkehrsunfälle** nehmen ständig zu. An der Schloß- und Friedrichstr.-Ecke kam es am Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen einem Auto- und Motorfahrer, der jedoch noch einigermaßen gut verlief. Die vielen Verkehrsunfälle sollten dafür Veranlassung sein, daß an wichtigen Kreuzungspunkten ein Verkehrsschutzmann den Verkehr regelt.

Neviges, 27. Mai.

ne. **Der Zuschlag zur Friedensmiete auf 124,5 Prozent erhöht.** Infolge der Erhöhung der städtischen Grundvermögenssteuer von 225 Prozent auf 265 Prozent erhöht sich der für Neviges gültige Zuschlag zur Friedensmiete vom 1. April ab von 123 Prozent auf 124,5 Prozent.

Tönisheide, 27. Mai.

t. **Die Auszahlung der Renten für Juni** erfolgt beim hiesigen Postamt während der Schalterstunden von 8.30 bis 12.30 Uhr und 15.30 bis 18.30 Uhr, und zwar Militärrenten am Mittwoch, Invaliden- und Unfallrenten Samstag. An pünktliche Abholung der Renten, möglichst in den Vormittagsstunden, wird erinnert.

tö. **Zusammenstoß.** An der Ecke Kuhlendahler- und Velberterstraße kam es gestern gegen 20 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Auto. Der Motorradfahrer flog im Bogen über das Auto hinweg, wurde aber glücklicherweise nur leicht verletzt. Das Rad wurde so beschädigt, daß es fast unbrauchbar ist.

Mittwoch, 28 Mai
Beachten Sie unsere Ausstellung Neustr.
Kinderschuh-Tag
Aeußerste Preise
Hetter
Zeppelin-Ballons
Neustraße Hoffnung

Erfolge der Genesenen-Fürsorge

Aus dem Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Velbert

Die Zahl der Krankenhausverpflegten hat, wenigstens unter Berücksichtigung des gesteigerten Kranken- und Mitgliederbestandes, ungefähr die gleiche Höhe des Vorjahres erreicht. In Krankenhäusern wurden 929 männliche und 561 weibliche Personen, also insgesamt 1490 Mitglieder gegen 1423 im Vorjahr verpflegt. Die Zahl der Pflegetage betrug bei den männlichen Verpflegten 25 973, weiblichen Verpflegten 14 426, zusammen 40 399. Die Pflegetage verteilen sich, berechnet auf den einzelnen Fall, bei den männlichen mit 27,9 und bei den weiblichen Pfleglingen mit 25,7 Tagen. Die durchschnittliche Dauer eines Falles hat sich bei den männlichen Pfleglingen um 3,3 Tage verlängert, während sich bei den weiblichen Pfleglingen die gleiche Verpflegungsdauer des Vorjahres ergibt. Infolge der um rund 5000 gesteigerten Zahl an Krankenhauspflegetagen haben sich auch die Kosten für die Krankenhauspflege bedeutend erhöht.

Die Zahl der Familienangehörigen, die in Krankenhäusern verpflegt wurden, hat sich von 675 im Vorjahr auf 638 im Berichtsjahre gesenkt. Diese Pfleglinge vereinigten auf sich 13 381 Pflegetage; somit betrug die durchschnittliche Dauer eines Falles 20,9 Tage gegen 21 im Vorjahr.

Im Zusammenhang mit der Krankenhauspflege behandeln wir nachstehend die von unserer Kasse betriebene

Erholungs- und Genesendenfürsorge.

Durch Mitbeteiligung unserer Kasse an dem vor mehreren Jahren käuflich erworbenen Genesungsheim „Schloß Rheinblick" in Bad Godesberg — Eigentum des Verbandes rheinischer Krankenkassen e. V. Düsseldorf — erstreckte sich unsere Tätigkeit auf diesem jüngsten Fürsorgegebiet hauptsächlich in Entsendung von männlichen Kranken. Nebenher haben wir in Einzelfällen von der Möglichkeit der Unterbringung weiblicher Erholungsbedürftiger in dem vom Krankenkassenverband des Kreises Lennep in Löwensen bei Bad Pyrmont eingerichteten Erholungsheim Gebrauch gemacht. An männlichen Erholungsbedürftigen wurden im Verbandserholungsheim, Bad Godesberg, 57 untergebracht, die durchweg eine Kur von 4 Wochen durchgemacht haben. In 15 Fällen handelte es sich um die Entsendung von weiblichen Erholungsbedürftigen zum Erholungsheim Löwensen bei Bad Pyrmont. Die Kurdauer bei letzteren betrug im Durchschnitt ebenfalls 4 Wochen.

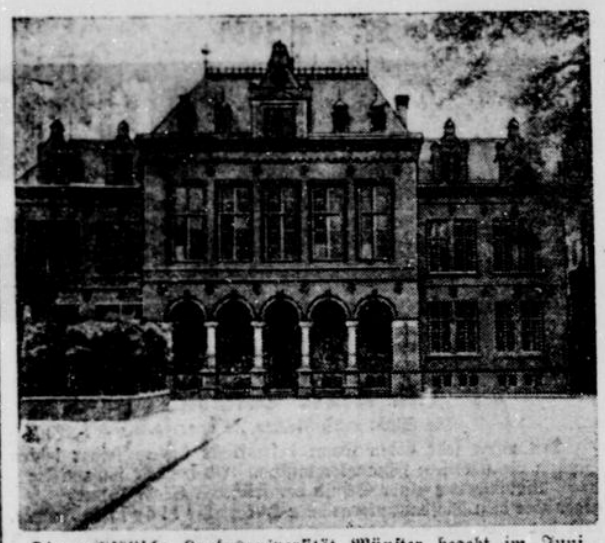
Nach Erstattung eines von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, für Durchführung dieser Erholungskuren bereitgestellten Zuschusses von 3090 ℳ verbleiben an Pflegekosten zu Lasten unserer Kasse noch 7654,20 ℳ. Außerdem war an die Angehörigen der zur Kur Entsandten Hausgeld oder an ledige Personen Taschengeld zu zahlen. Immerhin bilden diese Art Auskgaben eine gute Kapitalanlage, denn alle zur Kur Entsandten kehrten gekräftigt an Körper und Geist in die Heimat zurück und konnten somit der Wirtschaft wieder zugeführt werden.

Auch an der Durchführung von Heilverfahren und Kuren bei Familienmitgliedern beteiligte sich unsere Kasse durch Bereitstellung von Zuschüssen zu den Kosten, und zwar in gleicher Höhe wie bei Krankenhausbehandlungen. Meistens wurden diese Heilverfahren durch die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz eingeleitet; die Kosten verteilten sich in der Regel zu zwei Drittel auf erstgenannte Anstalt und zu einem Drittel auf unsere Kasse. Aber auch bei Unterbringung in Sanatorien usw., wo durch ärztliches Zeugnis die Notwendigkeit der Aufnahme vorher nachgewiesen war, wurde der satzungsmäßige Zuschuß bis zu einer Kurdauer von 13 Wochen bereitgestellt. Die Ausgaben an Beihilfen für derartige Heilverfahren bezw. Kuren bezifferten sich insgesamt auf 12 337 ℳ.

Unter Berücksichtigung der aufgewendeten Kosten für das Mehr an Krankenhauspflegetagen bei männlichen Verpflegten und unter Hinzurechnung der Aufwendungen für die Erholungsfürsorge an Mitgliedern und Angehörigen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen den Krankenhauspflegekosten zuzurechnen sind, haben sich die Gesamtkosten gegenüber dem Vorjahr um rund 56 500 ℳ gesteigert. An Krankenhauskosten für Mitglieder verausgabten wir 220430,31 ℳ gegen 174 474,53 ℳ im Vorjahre; die Bereitstellung von Zuschüssen bei Verpflegung von Familienangehörigen erforderte einen Kostenaufwand von 57 512,56 ℳ gegen 46 963,47 ℳ im Vorjahre. Die Ausgaben umgelegt auf den Kopf eines Versicherten betrugen bei den Mitgliedern 13,58 ℳ (11,04 ℳ) und bei den Angehörigen 3,54 ℳ (2,97 ℳ). Die in Klammern gesetzten Zahlen betreffen das Vorjahr.

Eine Zunahme der Sterbefälle war, selbst unter Berücksichtigung der erhöhten durchschnittlichen Mitgliederzahl, sowohl bei den Mitgliedern als auch bei den Angehörigen festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr mit 80 Fällen von Mitgliedern wurden im Berichtsjahre 110 Fälle zur Anzeige gebracht, wovon 96 auf das männliche und 14 auf das weibliche Geschlecht entfielen. Zweifellos hängt die hohe Sterblichkeitsziffer mit dem strengen Winter zusammen; denn an den Folgen der Erkrankung der Atmungsorgane starben allein 29 Mitglieder, wohingegen es vor 2 Jahren nur 12 waren.

Es starben 177 Familienangehörige gegen 145 im Vorjahre. Diese Sterbefälle verteilen sich wie folgt: Ehefrauen 50, sonstige ältere Familienangehörige 50, Kinder bis zu einem Jahr 39, Kinder von 1 Jahr bis zu 4 Jahren 9, Kinder von über 4 bis zu 8 Jahren 4, Kinder von über 8 bis zu 16 Jahren 3 und außerdem 22 Totgeburten.



Die westfälische Landesuniversität Münster begeht im Juni ihre Gründungsgedenkfeier. Die Universität Münster wurde am 16. April 1780, also vor 150 Jahren, feierlich eröffnet.

Das kommende neue Kreisrecht

Von Landrat Trimborn, Opladen.

In kommunalpolitisch interessierten Kreisen Preußens steht zur Zeit der „Gesetzentwurf zu einer Reform der kommunalen Selbstverwaltung" im Brennpunkt des Interesses. Die kommunalen Spitzenverbände haben zu dem vom preußischen Innenministerium herausgegebenen Referentenentwurf bereits Stellung genommen und ihre besonderen Wünsche und Forderungen für das kommende große Gesetzwerk formuliert. Auch der Verfassungsausschuß des preußischen Landkreistages, dem der Schreiber dieser Zeilen angehört, hat sich mit dem Entwurf in mehreren Sitzungen beschäftigt. Es ist daher angebracht, über die geplante große Reform, soweit sie die Landkreise betrifft, hier einige allgemein interessierende Ausführungen zu machen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung faßt — im Gegensatz zu den bisher geltenden Kommunalgesetzen — organisch in einem Gesetzentwurf, der sich in sieben Büchern gliedert, die Neuordnung der kommunalen und provinziellen Gesetzgebung Preußens zusammen. Während das erste Buch als „Allgemeiner Teil" sich mit den gemeinsamen und grundsätzlichen Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, der Staatsaufsicht und den Auftragsangelegenheiten beschäftigt, behandeln die folgenden Bücher die Spezialordnungen für Städte, Landgemeinden, Aemter, Kreise und Provinzen. Das letzte siebente Buch endlich behandelt die seit der großen Neugliederung der kommunalen Grenzen im Westen besonders akut gewordenen Fragen der zwischen- und übergemeindlichen Arbeit.

Die neue Kreisordnung — nur von ihr soll hier die Rede sein — wird im fünften Buch des Entwurfs behandelt. Für die Rheinprovinz gilt bisher noch die Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887, die in acht Titeln 106 Paragraphen umfaßt. Daneben bestehen noch besondere Kreisordnungen für die sechs östlichen Provinzen Preußens vom 13. Dezember 1872, ferner haben besondere Kreisordnungen die Provinzen Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen, Schleswig-Holstein sowie das ehemalige Herzogtum Lauenburg, die Lande Hohenzollern und Helgoland.

Mit dieser Buntscheckigkeit der bisher geltenden Bestimmungen über die kreiskommunale Verwaltung will die neue Kreisordnung schaffen.

In knapper präziser Form behandelt das Buch fünf des Entwurfs die neue Kreisordnung in 47 Paragraphen und in vier Teilen. Der erste Teil behandelt Organe der Kreisverwaltung, der zweite die Zuständigkeit, der dritte die Selbstverwaltung und der vierte Teil Auftragsangelegenheiten.

Wenn der Entwurf auch in Einzelheiten noch zu wünschen übrig läßt: als Ganzes betrachtet, darf man ihn als einen wertvollen Fortschritt buchen. Der Entwurf ist eine konsequente Fortentwicklung verfassungsrechtlicher Gedanken, die wir bereits im Einführungsgesetz über die Neugliederung in Rheinland-Westfalen gesetzlich verankert finden.

So bringt der Entwurf den Kreisen, die so sehr umstrittene Kompetenz-Kompetenz, die den Kreisen die Möglichkeit gibt, alle jene kreiskommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten zur ausschließlichen Zuständigkeit des Kreises zu erklären, die über Raum, Finanzkraft und Einzelinteresse der einzelnen Gemeinden hinausgehen.

Ferner sind im Entwurf die Bestimmungen über das schematische Ausscheiden von kreisangehörigen Städten aus dem Kreisverbande verschwunden. Bisher schieden bekanntlich ohne weiteres im Rheinland Städte mit 40 000, in Westfalen mit 30 000 und im übrigen Preußen mit 25 000 Einwohnern aus dem Kreisverbande aus und wurden kreisfrei. Das war von dem früheren Gesetzgeber zu schematisch gedacht und paßte in unsere heutigen Verhältnisse nicht mehr hinein. Es ist daher zu begrüßen, daß der Entwurf mit diesem Schema Schluß macht und in Zukunft für die Veränderung bestehender Grenzen allein das öffentliche Wohl gelten lassen will.

Eine dritte, für die Kreise sehr wertvolle Neuerung des Entwurfs bringt endlich das siebente Buch des Gesamtentwurfs, das die zwischen- und übergemeindliche Zusammenarbeit gesetzlich regeln soll. Diese Neuerung ist uns hier im Westen ebenfalls nicht unbekannt. Sie ist z. T. wörtlich dem Einführungsgesetz zur Neugliederung der kommunalen Verwaltungsbezirke in Rheinland-Westfalen entnommen.

Diese drei Neuerungen: 1. Kompetenz-Kompetenz, 2. Sicherungen vor Aushöhlungen der Kreise, 3. Arbeitsgemeinschaften und Zweckverbände entsprechen alten, immer wieder mit Nachdruck erhobenen Forderungen der Landkreise. Wenn jetzt diese Forderungen gesetzlich verwirklicht werden, dann wird das vom Standpunkt der Landkreise durchaus begrüßt, weil den Kreisen größere Möglichkeiten zur positiv schöpferischen kreiskommunalen Arbeit auf lange Sicht gewährt werden.

Was ist im einzelnen zu den Bestimmungen des Entwurfs zu sagen? Der erste Teil des Entwurfs beschäftigt sich mit den Organen des Kreises. Hier ist gegen den bisherigen Zustand wenig geändert. Vertretungskörperschaft bleibt der Kreistag, der von den Kreisbürgern gewählt wird. Erwähnung verdient hier allerdings eine Neuerung: die Errechnung der Kreistagssitze nach dem Entwurf erfolgt in Zukunft nach dem sog. de Hondtschen System, die bisherige Restitimmenaufteilung fällt also in Zukunft fort. Eine überraschende Neuerung bringt der § 199. Er bestimmt, daß diejenigen Provinziallandtagsabgeordneten, die im Kreise ihren Wohnsitz haben, an den Sitzungen des Kreistages mit beratender Stimme teilnehmen können. Ich halte diese Bestimmung schon ihrer Konsequenzen wegen für nicht richtig. Den kreisfreien Städten hat man die gleiche Verpflichtung merkwürdigerweise nicht auferlegt. Es ist daher zu wünschen, daß diese m. E. überflüssige Bestimmung aus dem Entwurf wieder verschwindet.

Ebenso verfehlt und unkonsequent ist eine weitere Neuerung, die der Entwurf bringt und in der (§ 32 Buch 1) Beamten des Kreises und der Provinz, die ihren dienstlichen Wohnsitz außerhalb dieser Gebietskörperschaften haben, das passive Wahlrecht zu den Vertretungskörperschaften von Kreis oder Provinz zuerkannt wird.

Vorstand des Landkreises ist nach § 200 des Entwurfs der Kreisausschuß. Wie bisher, soll er auch in Zukunft aus sechs Mitgliedern bestehen. Neu ist hier allerdings, daß die Mitglieder des Kreisausschusses nach dem Entwurf gleichzeitig auch Mitglieder des Kreistages sein müssen. Gegen den bisherigen Zustand bedeutet das eine sehr einschneidende Neuerung. Der bisherige Zustand hat sich durchaus bewährt. Es besteht daher keine Veranlassung, ihn zu ändern.

Die §§ 204, 205 und 206 des Entwurfs beschäftigen sich mit der Person des Landrats. Hier hält der Entwurf an der Doppelstellung des Landrats als Staatsbeamter und Vorsitzender des Kreisausschusses fest. Bekanntlich sind, leider auch aus den Reihen der Landräte selbst, in den letzten Jahren wiederholt Versuche unternommen worden, den Landrat zu kommunalisieren. In der Leitung des Landkreistages haben diese Bestrebungen Unterstützung gefunden; auch im Landtage ist von Vertretern einzelner Parteien erst vor wenigen Wochen die Kommunalisierung des Landrats wieder gefordert worden. Um so erfreulicher ist es, daß der Entwurf an dem bisherigen Zustand festhält, und es ist zu wünschen, daß im Landtag diese Auffassung schon aus rein staatspolitischen Erwägungen unterstützt wird.

(Schluß folgt.)

Kein neuer Mord in Düsseldorf

Am Montagnachmittag entstand in Düsseldorf große Aufregung durch die Nachricht, daß in der Hildener Heide ein zehnjähriges Mädchen in der elterlichen Wohnung mit einem Schal erdrosselt aufgefunden worden sei. Nach den Feststellungen der Mordkommission dürfte ein Unglücksfall vorliegen. Das Mädchen war aus der Schule gekommen, hatte allein gegessen, da die Mutter in der Waschküche beschäftigt war, und sich zum Spielen umgekleidet. Dabei muß die Kleine ihren Schal zu fest umgebunden haben, so daß sie ohne Hilfe erstickte.

Zuchthaus für Unzucht

Wegen Unzucht mit Todeserfolg wurde der 26 Jahre alte Bäckergehilfe Karl Strauß vom Schwurgericht in Dresden zu der Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hat Mitte März 1924 die 12 Jahre alte Schülerin Charlotte Exner aus Dresden genotzüchtigt und erstickt. Die Nachforschungen nach dem Täter blieben lange Zeit erfolglos. Vor drei Jahren meldete sich Karl Strauß auf der Dresdener Kriminalpolizei und bezichtigte sich der Schuld des Verbrechens. Bald widerrief Strauß seine Behauptungen, ohne daß man ihm Näheres nachweisen konnte. Ende 1929 hat Strauß seine Selbstbezichtigung wiederholt und eine so ausführliche Darstellung gegeben, daß an der Täterschaft nicht mehr zu zweifeln war. Vor dem Schwurgericht hielt der Bäckergehilfe das umfassende Geständnis, das er, von innerer Unruhe getrieben, abgelegt haben will, voll aufrecht. Das Verbrechen hat sich so abgespielt, daß Strauß die 12jährige Schülerin in einen Hausflur lockte, vergewaltigte und, um ein Schreien des Kindes zu verhindern, gleichzeitig würgte. Das Kind ist erstickt. Strauß nahm das Urteil an.

Urteil im Hallenser Raubprozeß

Der Fuhrgeschäftsinhaber Gustav Nebel und der Bäckereiinhaber Karl Elze, beide aus Halle, wurden am Montag wegen schweren Raubes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Friseur Georg Vogel, ebenfalls aus Halle, erhielt wegen Begünstigung vier Monate Gefängnis. Die Angeklagten hatten am 21. März den Geldbriefträger Zensig überfallen und um 4268 ℳ beraubt. Das geraubte Geld wurde von dem Verteidiger des Elze zum größten Teil wieder herbeigeschafft und dem Gericht übergeben.

Großfeuer bei Berlin

Nahe dem Bahnhof Stralau-Rummelsburg bei Berlin brach auf dem der Reichsbahn gehörenden Gelände am Montagmittag ein Feuer aus, durch das in einer Ausdehnung von etwa 10 000 Quadratmeter eine ganze Anzahl von Lagerschuppen der Futtermittelfirma Vogel u. Söhne vollständig eingeäschert wurden. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen. Infolge der leichten Brennbarkeit des Lagermaterials und durch den herrschenden Wind konnten sich die Flammen mit außerordentlicher Geschwindigkeit ausbreiten. Zeitweise war sogar das nahe Hauptschaltwerk der Reichsbahn schwer bedroht. Die Feuerwehr war auf 15. Alarmstufe gesetzt, sie war mit ungefähr 100 Fahrzeugen zur Stelle — ein Rekord, der in Berlin überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Durch die enorme Hitze gestalteten sich die Löscharbeiten sehr schwierig. Mit ungefähr 50 Rohren wurde Wasser gegeben. Drei Feuerwehrleute sind bei der Löscharbeit schwer verletzt worden.

Hanussen experimentiert im Gerichtssaal

In dem Leitmeritzer Prozeß gegen den Telepathen Hanussen wurde gestern diesem im Gerichtssaal Gelegenheit gegeben, Proben seines Könnens zu geben. Hanussen löste angeblich die ihm gestellten Aufgaben mit einer verblüffenden Sicherheit. Es waren ihm fünf Aufgaben gestellt worden, von denen er aber nur vier zu lösen brauchte, da auf die fünfte verzichtet wurde. Hanussen hatte einen versteckten Gegenstand zu suchen, aus Schriftproben eine Charakterisierung des Schreibers zu geben, ferner aus der Angabe von Datum, Ort und Zeit eines Ereignisses dieses zu schildern, schließlich sollte er aus einem ihm in die Hand gedrückten Gegenstand das Schicksal des Besitzers schildern. Die Lösung sämtlicher Aufgaben rief stürmische Ovationen hervor, so daß der Vorsitzende mit der Räumung des Saales drohte.

Das Urteil im Kunert-Prozeß

In dem vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte durchgeführten Kunert-Prozeß, einem klassischen Seitenstück zum Stinnes-Prozeß, ist der Bankier Max Kunert zu 30 000 Mark Geldstrafe und der Kaufmann Salomon Dunkelblum zu 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Urteilsbegründung wirft Kunert den versuchten Betrug in zwei Fällen vor, dem Kaufmann Dunkelblum die Beihilfe hierzu.

Notierung des Viehhofes Elberfeld

vom 26. Mai 1930

Auftrieb: 805 Stück Großvieh, davon 384 Ochsen, 64 Bullen, 209 Kühe, 91 Rinder, 57 Fresser, 521 Kälber, 6 Schafe, 2598 Schweine.

Dem Schlachthof unmittelbar zugeführt: 10 Ochsen, 10 Bullen, 71 Kühe, 10 Kälber, 350 Schweine.

Gattungen	Klasse	Preis für 1 ℔ Lebendgewicht Pfennig
Kälber	a) bester Mast	— bis —
	b) Mast- und Saugkälber	75 „ 82
	c) mittlere Kälber	60 „ 74
	d) geringe „	50 „ 59
Rinder	a) ausgemästete Rinder	58 „ 60
	b) vollfleischige „	54 „ 57
	c) fleischige „	— „ —
Kühe	a) jüngere vollfleischige Kühe	53 „ 55
	b) vollfleischige „	46 „ 52
	c) fleischige „	35 „ 45
	d) geringe „	30 „ 34
Ochsen	a) vollfleischige ausgemästete Ochsen	60 „ 63
	b) sonstige vollfleischige „	55 „ 59
	c) fleischige „	48 „ 54
	d) gering genährte „	— „ —
Bullen	a) jüngere vollfleischige Bullen	56 „ 58
	b) sonstige „	50 „ 55
	c) fleischige	— „ —
	d) gering genährte	— „ —
Schweine	a) Fettschweine über 300 ℔ Lebendg.	62 „ 64
	b) vollfl. Schweine v.ca. 240-300 ℔ Lbg.	62 „ 64
	c) „ „ „ „ 200-240 ℔ Lbg.	64 „ 66
	d) „ „ „ „ 160-200 ℔ Lbg.	64 „ 66
	e) fleisch. Schweine „ „ 120-160 ℔ Lbg.	60 „ 63
	f) „ „ unter 120 ℔ Lbg.	— „ —
	g) Säue	52 „ 55

Marktverlauf: In allen Gattungen mittel, Fettschweine schlecht.